Winter 2012/2013
Nr. 60, 18. Jahrgang
Ladenpreis: 3,80 €

Zeitung für Umweltschutz von unten

grünes blatt

Jetzt neu! Und ganz in pink!



Gentechnik: Neues vom Acker (gemacht) - Seite 4

Pussy Riot im Kölner Dom - Seite 17

AntiAtomNews aus aller Welt - ab Seite 24

Neue Rubrik Mensch-Tier-Verhältnis - ab Seite 54

Außerdem: +++ Sonderseiten über die Hambacher Forst Besetzung +++ Eigentum und Diebstahl +++ Mexico: Klimaschutz zur Aufstandsbekämpfung +++ Direct Action Überblick +++ ...und mehr

Inhaltsverzeichnis

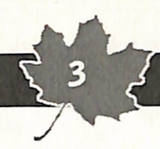
Editorial

dr Unglaublich aber war: Die aktuelle Ausgabe ist tatsächlich im Zeitplan! Na gut zwischen drin ist eine Nummer ausgefallen, aber wer wird denn kleinlich werden. Die verpassten Artikel werden - teils in aktualisierter Fassung - in der Sonderbeilage abgedruckt. Das in der letzten Ausgabe angekündigte Titelthema findet sich mangels Beteiligung leider kaum wieder, stattdessen sind Energiethemen dick drin, sodass wir dennoch wieder eine der umfangreichsten Ausgaben ever produzieren. Ansonsten ist alles beim alten, das grüne blatt ist so bunt, so selbstorganisiert, so kreativ und so pleite wie eh und je. Die Finanzierung der Druckkosten ist nach wie vor eine Frage der Improvisation von Ausgabe zu Ausgabe, wie auch der organisatorische Background nach wie vor von paar mehr Leuten gestemmt werden könnte.

Unterdessen kämpfen wir uns gegen die 4. Kosmologische Konstante der permanent leeren Kaffeekannen Richtung Drucktermin durchs Layout, während in der Welt da draußen so beschissene Sachen passieren wie grade eben die Räumung des Hambacher Forstes. Mehr zum Wald und RWE in der Beilage. Apropos Forst ... Nein, ich glaube eine Ausschweifung zu Karl Haefner passt hier nicht wirklich hin. Vielleicht machen wir im Mai mal eine Sondernummer dazu... So ich mach nächste Woche erstmal Koffeinentzug und wünsche derweil viel Spass beim Lesen.

Impressum

grünes blatt –
Zeitung für Umweltschutz von unten
http://gruenes-blatt.de
Redaktion
grünes blatt – Redaktion
Am Bärental 6
D-04720 Döbeln
Fon: +49 3431/58 94 170
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de
Spendenkonto:
GLS Bank
KNr.: 110 17 40 600
BLZ: 430 609 67
Verlag
SeitenHieb Verlag
Duburger Str. 47 | D-24939 Flensburg
www.SeitenHieb.info
Info@SeitenHieb.info
+49 700-seitenhieb (73483644)
Autor*innen dieser Ausgabe
Dänsch, Dominik Richl, Edvard Sequens, Falk Beyer (V.i.S.d.P.), Jörg Bergstedt, Floh, Matti Adolfsen, Onno Ockcen, Scarlett u.a.
Satz und Layout
Dominik Richl, Floh, Lemor, Falk Beyer, Jörg Bergstedt, Scarlett, Däinsch u.a.
Auflage: 1500 Hefte
Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt. Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige Mitarbeiter*innen. Die Arbeit der Redaktion wird über ein offenes Wiki im Internet koordiniert:
http://gruenes-blatt.de/redaktion/
Zum Schutz vor Spambots und automatischer Indizierung des Redaktionswikis ist dieses passwortgeschützt:
redaktion // grbl-passwort
Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es „die" Kollektivmeinung nicht gibt.
Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter http://gruenes-blatt.de gelesen werden.



Wie weiter?

grünes blatt hat neues Konzept

fb Nach dem Hilferuf in der letzten Ausgabe gab es Anfang Juli ein "grünes-blatt-Perspektiventreffen" in der WAA in Düren. Ein kleines Grüppchen von mehr oder weniger enthusiastischen Leuten hat sich dort über Probleme, aber auch Motivationen für die Arbeit am grünen blatt ausgetauscht. Dabei wurden einige neue, teilweise auch alte, Ideen für die Zeitung besprochen und beschlossen.

Wozu das grüne blatt?

Gegenöffentlichkeit war eines der Schlagworte, warum das grüne blatt den Anwesenden wichtig sei. Auch die politische Ausrichtung auf "Umweltschutz von unten" und das mit diesem Projekt laufende Experiment als Offenes und horizontal organisiertes Medium ist eine Motivation für Aktive am grünen blatt. Einige andere Ziele, die mit der Zeitung verfolgt werden, sind Debatten, das Dokumentieren von Aktionen und Prozessen, Menschen an andere Themen und Blickwinkel heran zu führen, Unterstützung von Kampagnen und Projekten und eine Community-Plattform.

Themenrubriken

Ab dieser Ausgabe besteht die Möglichkeit autonome Themenrubriken zu bilden. Diese sollen es möglich machen innerhalb des zensurfreien Offenen Mediums Bereiche zu profilisieren. Diese können eigene qualitative oder inhaltliche Ansprüche setzen und einen bestimmten Abschnitt selbst gestalten. In dieser Ausgabe starten wir die Energie-Rubrik und eine Rubrik zu Antispeziesismus.

Die Entstehung weiterer Rubriken soll auch dadurch motiviert werden, dass die Rubrikredaktion weitestgehende Autonomie hat. Wenn du eine neue Themenrubrik einrichten möchtest, melde dich bei uns! Bei Interesse an bestehenden Rubriken mitzuwirken wende dich an die angegebenen Kontakte.

Rubriken sollen kontinuierlich betreut werden. Die Rubrikredaktionen entscheiden selbst, welche Artikel sie verwenden wollen und können auch thematisch passende Texte ablehnen. Diese werden nach wie vor in den rubrikfreien Teilen des grünen blatts veröffentlicht.

Finanzierung unklar

Keine Lösung gibt es nach wie vor für eine tragfähige Finanzierung des Zeitungsprojekts. Das grüne blatt war von Anfang an ein "Zuschussgeschäft" und hat sich nie selbst getragen. In den ersten Jahren war die Finanzierung vor allem durch Fördermittel gedeckt, später übernahmen abwechselnd verschiedene Organisationen oder Personen die Kosten.

Auch jetzt gibt es keine wirklich neuen Konzepte. Wichtigste Änderung ist nun, dass für jede Ausgabe eine oder mehrere Personen die Koordination übernehmen und sich dann auch um die jeweilige Finanzierung kümmern sollen. Damit soll vermieden werden, dass bei unsicherer Kostenlage gedruckt wird.

Die Abos decken nur einen Bruchteil der entstehenden Kosten. Das grüne blatt war immer auch eine Zeitung für Infotische und zum Verbreiten an Orten, wo neues Publikum zu erreichen ist, z.B. in Bibliotheken. Viele Zeitschriften werden kostenlos abgegeben. Es ist uns auch wichtiger, dass die Inhalte des grünen blatts mehr Menschen erreichen, als dafür Geld einzunehmen (insofern wir das trotzdem finanziert kriegen). Trotzdem hilft jedes Abo, weil wir damit besser kalkulieren und zumindest einen Teil der Kosten decken können.

Begleitveranstaltungen

Es soll zukünftig begleitend zur publizistischen Arbeit des grünen blatts auch Veranstaltungen geben - inhaltlich passend zu Schwerpunktthemen, aber auch Workshops und Trainings, die Fertigkeiten und Wissen zur Arbeit mit Medien vermitteln. Die Herstellung der Zeitung wollen wir nutzen, um mehr Menschen Layouten und Redaktionsarbeit zu vermitteln.

Klarere Termine

Einvernehmlich wurde beschlossen, dass es zukünftig wieder feste Erscheinenstermine, langfristig geplante Layoutphasen und Redaktionssitzungen geben soll. Das gab es vor der Experimentalphase mit dem grünen blatt als Offenem Medium auch schon, ist dann aber der Spontanität gewichen. Inzwischen halten viele Beteiligte verbindlichere Terminabsprachen wieder für vorteilhaft. :)

Mitmachen!

Das grüne blatt versteht sich als selbstorganisierte Zeitung, als Mitmachprojekt! Es soll keine zentralen Verantwortlichen und Dienstleister*innen geben, die die Arbeit (schreiben, layouten, finanzieren, verteilen) machen, sondern von möglichst vielen Leser*innen mitgetragen werden. Die Leute, die derzeit das grüne blatt produzieren, sind selbst politisch aktiv und haben auch nur begrenzte Kapazitäten sich um eine Zeitung zu kümmern. Überlege, ob und wie du dich in das grüne blatt einbringen kannst. Melde dich bei uns!

Gewaltfrei oder militant – wichtig ist die Qualität!

Zum Erfolg des inhaltsreichen und militanten Antigentechnikampfes – und war für den Klimaschutz daraus folgen kann

jb Am 14. April 2012 titelte die Ostseezeitung auf Seite 1: „Filz und Mauschelei um die Gentechnik?". Im Text ließ sie Kerstin Schmidt, Geschäftsführerin der felderbetreibenden Firmen, zu Wort kommen: „Die grüne Gentechnik in MV ist tot". Ob das auch 2013 bzw. auf Dauer so sein wird, blieb und bleibt offen. Dass aber dieser Satz überhaupt fiel, war bemerkenswert - und erst der Anfang. Denn ab diesem Tag hagelte es für fast einen Monat lang Hiobsbotschaften für die Agrogentechnik mit einem eindeutigen Ergebnis: Die beiden hochumstrittenen Versuchsanlagen mit jeweils mehreren Genfeldern pro Jahr (AgroBioTechnikum bei Rostock und den Schaugarten Üplingen) konnten 2012 nicht angelegt werden. „Wir sind jetzt fast auf Null", sagte Kerstin Schmidt im Mai gegenüber dem Focus - ein Desaster für die hochgeförderte Branche. Was war geschehen?

Der (relative) Erfolg erwuchs aus einer fünfjährigen Auseinandersetzung, die nicht nur eine für politische Bewegungen nicht alltägliche Wirkung zeigte, sondern wegen ihrer Art einer genaueren Betrachtung wert ist. Denn hier gelang etwas, was sonst sehr selten ist: Ein politischer Widerstand in solidarischer Unterschiedlichkeit, in unberechenbarer Vielfalt und politischer Schärfe. Hier zählten nicht Geld, Image, Verbindungen zu Eliten in Politik, Wirtschaft oder Medien, sondern die beharrliche Arbeit an der Basis, direkt vor Ort, an den Konfliktherden, eine politische Kritik mit inhaltlicher Tiefe und der konsequente Verzicht auf Hierarchien, Logos, Abhängigkeiten und Anbiederung. Daher lohnt es sich, genauer hinzugucken - nicht zwecks Lubhudelei, sondern wegen des Signals an andere politische Kämpfe (soweit das Wort nicht schon eine erhebliche Beschönigung für oft unbewegliche Krisenbegleitung darstellt).

Wichtig für das Verständnis ist, dass zwar die Agrogentechnik auf breite Kritik stieß, aber die Ausgangslage für direkte Aktion und emanzipatorische Kritik eher schlecht war. Zum einen standen trotz der zur Schau gestellten Skepsis alle relevanten Größen des politischen Establishments hinter dem Projekt eines großen Freisetzungs- und Firmengründungszentrums 20km östlich von Rostock. Die rot-rote Landesregierung förderte den Aufbau mit Millionen, der FDP-Bürgermeister Sanitz, in dessen Ortsteil Groß Lüsewitz das Hauptgebäude entstand, tat ebenfalls, was er konnte: Grundstück und Gebäude wurden von der Gemeinde zur Verfügung gestellt, der Leerstand vom Land verwaltet und finanziert - und schließlich gab es sogar noch etliche Hektar Acker vom Land dazu. Die Flächen lagen größtenteils in der Gemarkung der Nachbargemeinde Thulendorf, genauer in Sagerheide. Deren Gemeinderat war zwar nicht einverstanden, aber wen interessiert die lokale Meinung, wenn es um den Weltführungsanspruch Deutschlands geht (so jedenfalls benannte Forschungsministerin Annette Schavan das Ziel des von ihr geförderten Projektes BioOK). Ähnlich sah es auch in Sachsen-Anhalt aus, wo zunächst in Gatersleben, dann in Üplingen weitere Zentren der Agrogentechnik wuchsen.

Zum anderen standen zwar bildungsbürgerliche Kreise kritisch zur Gentechnik, stellten aber passend zu ihrer kulturellen Gedankenwelt Gesundheitsaspekte in den Vordergrund. Eine emanzipatorische Gentechnikkritik fehlte ebenso wie praktisches Handeln jenseits der „Politik" mit dem (wohlgefüllten) Portemonnaie. Folglich blieb deren Protest schwach und beschränkte sich auf appellative Vorgänge. Umweltverbände, Grüne und andere schielten auf Bundesebene auf die mehr Spendeneinnahmen versprechenden Kampagnen gegen Monsanto und seinen Mais - Greenpeace trug die meisten Freisetzungen von Sagerheide nicht einmal auf seine Genfelderkarte ein.

Von zwei Seiten wurde dann das Ende dieser Periode eingeläutet. Die Initiative „Gendreck weg!", von einem Spektrum von ImkerInnen bis zu kampagnengeschulten (und meist eher bürgerlichen) Gewaltfreien gegründet, rief zu Feldbefreiungen auf. Im Jahr 2007, drei Jahre nach dem Start des AgroBioTechnikums, wiederholte sich dann dort eine Aktionsmethode, die schon Mitte der 90er Jahre einen wesentlichen Anteil an der Zurückdrängung der Agrogentechnik hatte. Eine gut vorbereitete Aktionsgruppe versuchte, die Fläche zu besetzen. Doch die AktivistInnen hatten Pech, ihre Aktion flog zu früh auf, die Blockaden standen noch nicht und so konnte die Polizei die unerwünschten GentechnikkritikerInnen verjagen. Die waren damals noch sehr isoliert. Alle Anfragen bei LandwirtInnen in der Umgebung nach Unterstützung schlugen fehl. Angst beherrschte das Denken - erst weit entfernt, hinter Kühlungsborn, fanden die AktivistInnen die nötige Basisstation, seine sehr anstrengende Sache. AnwohnerInnen aus dem Ort hatten die nächtlichen Aktivitäten bemerkt und die Polizei alarmiert (die trotzdem lange brauchte, die Aktion zu finden). Regionale Zeitungen verzichteten auf Berichterstattung oder schrieben überwiegend negativ. Die GentechnikmacherInnen, allen voran Prof. Inge Broer, erhielten hingegen viel Platz, ihre Meinungen medial auszubreiten.

Die unabhängig von Verbänden und Parteien agierenden AktivistInnen blieben zäh, machten einige Tage Aktion vor dem AgroBioTechnikum in Groß Lüsewitz, versuchten (erneut vergeblich) eine weitere Besetzung, zudem folgte noch ein Aktionstag im Rahmen der Proteste gegen den im gleichen Jahr in Heiligendamm stattfindenden G8-Gipfel. Hier waren auch NGOs und formalisierte Netzwerke beteiligt. Zudem mussten die Gentechnikfirmen eine Feldbefreiung hinnehmen: Die frisch angelegten Gen-Kartoffelbeete wurden zu großen Teilen zerstört. Auch das Gebäude in Groß Lüsewitz erhielt Besuch und zeigte sich seitdem farblich umgestaltet. Dann war dort erst einmal wieder Ruhe, nur in anderen Regionen kam es zu Auseinandersetzungen, vor allem als BASF seine Uralt-Kartoffel „Amflora" anbauen wollte. Bürgerinitiativen wehrten sich - auch dort mit einer Mischung aus öffentlichem Protest, formaler Politik und direkten, nächtlichen und offenen Aktionen. Am AgroBioTechnikum aber hielt sich die Ruhe weitgehend auch während des erfolgreichsten Feldbesetzungsjahres 2008 mit sieben besetzten Feldern. Vier Genfelder wurden dadurch direkt verhindert, darunter eines mit transgener Gerste in Gießen, welches dann ans AgroBioTechnikum verlegt wurde. Das war inzwischen zu einem Sicherheitsgelände ausgebaut worden mit Zäunen, Flutlicht, direktem Kontakt zu startbereiten Polizeihubschraubern usw. Doch die Verlegung führte wieder zu erhöhter Aufmerksamkeit. Jetzt kam es zudem zu einer wichtigen Bündnisbildung, denn beginnend mit einer Veranstaltungstour durch die Dörfer und in der Stadt Rostock, über eine weitere Feldbesetzung (die von der Polizei geräumt wurde, während sich die örtliche Feuerwehr weigerte, sich an einer solchen politisch motivierten Räumungsaktion zu beteiligen) bis zu einer wochenlangen Mahnwache direkt am Feld entstanden wichtige Kontakte. Es gelang, was sonst meist misslingt: Eine Kooperation zwischen BUND, einigen Grünen, AnwohnerInnen und Gemeinderatsmitgliedern, StudentInnen, Bauern, Bioläden und unabhängigen AktivistInnen. Das war kein festes Bündnis, es wurde nicht über Label und Kontonummern gestrit-

ten, sondern die Beteiligten agierten von Fall zu Fall zusammen - und freuten sich über ihre Unterschiedlichkeit. Genau das brachte eine brisante Mischung, die sich mit dem Wahlerfolg der Grünen ab 2011 auch im Landtag ein wenig fortsetzte, auch wenn die Partei weiterhin skeptisch solch bunter Kooperationen gegenübersteht. Doch es ging ohnehin nie um eine formalisierte Zusammenarbeit, sondern um die Verbindungen zwischen den Menschen. Schreiben wir lieber nicht genauer, wer da wen wann unterstützt hat - es würde manch festgeschmiedetes Weltbild in den wohlsortierten Identitäten deutschen Funktionärswesen durcheinanderbringen.

Genau die Mischung war das Erfolgsrezept. Durchgängig waren militante Aktionen Teil des Aktionsspektrums. Die waren zudem nicht ohne: Neben den beiden Feldbesetzungsversuchen 2007 und 2009 wurde der Turm am AgroBioTechnikum mehrfach erklettert und umgestaltet. Das AgroBioTechnikum wurde mehrfach attackiert, die Gentechnik-Gewächshäuser beschädigt oder Stinkeflüssigkeit in den Räumen verteilt. Spektakulär aber waren vor allem die Feldbefreiungen. Sie geschahen nachts, gerieten aber offenbar immer in Konflikt mit den Bewachungsstrukturen. Bei der ersten Attacke 2009 konnten die BewacherInnen die umfangreichen Zerstörungen nicht verhindern und wurden (wie Wachschützer später selbst berichteten) zum Teil versetzt. Das mag die Reaktion einige Wochen später erklären, als erneut Felder angegriffen wurden, darunter das illegal - nämlich als Zweitfeld - angelegte transgene Gerstenfeld aus Gießen. Diesmal stürzten sich, wie der Lobbyverband InnoPlanta später berichtete, die Bewacher in den Kampf. Ihren eigenen Angaben zufolge wurden sie dabei verletzt, was sich mit den Berichten von AnwohnerInnen über erst sehr zögerlich eintreffende Rettungswagen nicht deckte. Der Vorgang weckte sehr unterschiedliche Reaktionen - von platten Distanzierungen aus dem darin geschulten politischen Lager (SPD, Linke, Grüne, einige NGOs und natürlich die konzernnahen Parteien und Verbände). Doch die Debatte war längst entfacht: Vorträge in Bioläden, Kulturzentren, Gemeindehäusern oder den Gärten der FeldnachbarInnen, Pressearbeit, die Verteilung einer umfangreichen Broschüre über die Seilschaften hinter dem AgroBioTechnikum und anderen Firmennetzwerken an 17.000 Haushalte rund um das Gentechnikzentrum, Einwendungen gegen Genehmigungen, Klagen gegen die Felder, ein am Ende einstimmiger Gemeinderatsbeschluss und das Ende des Pachtvertrages für die Parzellen, die der Gemeinde gehörten. Zu einer jährlichen Tradition wurde die kritische Inspektion am Feld, ein Spaziergang für alle Interessierten am Zaun entlang - kritisch beäugt von Bewachern und Polizei. Bemerkenswerte Berichte über Reaktionen von AnwohnerInnen auf Feldbefreiungen sind überliefert - sie reichen bis zur Sektlaune. Immer deutlicher wurde die Ablehnung der GentechnikerInnen. Sie fuhren durch den Ort Sagerheide auf ihr Feld, vermieden meist jeglichen Kontakt, aber lasen an zunehmend mehr Grundstücken Protestschilder und -plakate.

Von Bedeutung ist zudem der Blick auf das Inhaltliche. Denn auch hier wiederholten sich die sonst scheinbar so verfestigten Rollenklischees nicht. Denn es waren die unabhängigen AktivistInnen selbst, die zu ihren Aktionen auch handfeste Argumente lieferten: Eine dezidierte Herrschaftskritik an der Gentechnik (www.projektwerkstatt.de/gen/emanz_kritik.htm) und die Recherche plus Darstellung der Seilschaften hinter den Kulissen von Feldern und Laboren. Das spielte für die Kritik an Uni Rostock und dem AgroBioTechnikum eine bedeutende Rolle. Denn hier zeigte sich ein Geflecht verschiedener Institutionen, die nach klassischen Elitenmanier („Eine Hand wäscht die andere") Pöstchen, Gelder und Genehmigungen hin- und herschoben. 2009 erschien die Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit", verbunden mit Internetseiten und vielen Veranstaltungen. Die AgroBioTechnikums-MacherInnen wurden nervös: Zusammen mit den ebenso aufgedeckten Filzstrukturen in Sachsen-Anhalt versuchten sie, die ihnen unangenehmen Veröffentlichungen verbieten zu lassen - sie scheiterten trotz üblen Kungelns mit Rechtsanwälten, RichterInnen und betagten FDP-Größen auf ganzer Breite.

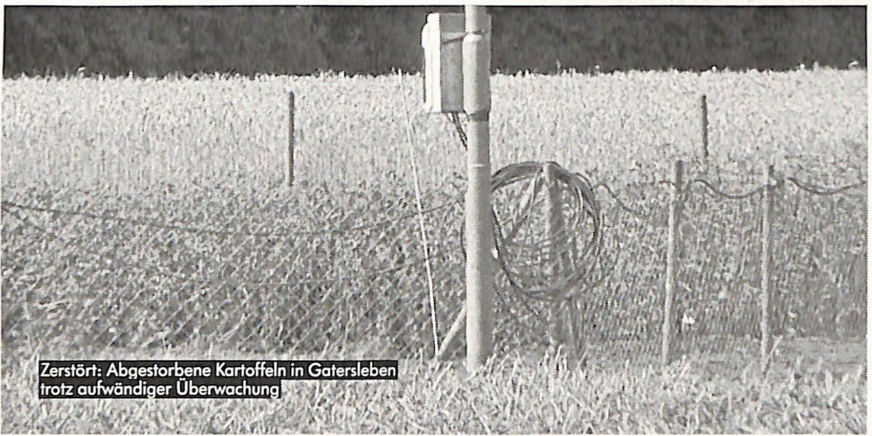
Dann kam 2011 und übertraf das Bisherige noch einmal. Wieder schepperte es an den Gewächshäusern, zudem erschien das Buch zu den Gentechnik-Seilschaften unter dem Titel „Monsanto auf Deutsch". Das Frühjahr startete, genauer am 30. April, mit dem obligatorischen kritischen Spaziergang. Am 4. Juni schauten BäuerInnen und Begleitung auf ihrer Treckerdemo nach Berlin vorbei. Und Anfang Juli passierte das, wovon optimistische KritikerInnen vielleicht noch kühn geträumt hatten: Unbekannten gelang das Kunststück, sämtliche Sicherungssysteme der Felder zum Ausfall zu bringen und ohne körperliche Auseinandersetzung mit den Bewachern die wesentlichen Versuchsfelder zu zerstören. Doch nicht nur das: 48 Stunden wiederholten sie das Spektakel auf einer ähnlichen Fläche in Üplingen, auf der ebenfalls die im AgroBioTechnikum sitzenden Firmengeflechte unter Leitung von Kerstin Schmidt tätig sind. Der Schock saß tief, denn seit diesem Zeitpunkt konnte kein Ort in Deutschland mehr als sicheres Feld gelten. Parallel liefen weiter Veranstaltungen, Spaziergänge und mehr - bis Anfang 2012, kurz nach der großen Demonstration „Wir haben es satt!" in Berlin, BASF und KWS ihren Rückzug aus Deutschland ankündigten (was sie dann doch - zunächst - nicht taten ... wie üblich war es gelogen). Am 14. April erschien dann der eingangs erwähnte Artikel: Die Seilschaften erklärten selbst ihren Tod, zumindest im Nordosten der Republik. Drei Monate später waren von den drei verbliebenen Feldern zwei trotz aufwändiger Bewachung wieder zerstört.


Inmitten von Weizen: Völlig ver„un"krautete Fläche mit angeblichen Versuchsfeld aus Roundup-Ready-Rüben der Firma Monsanto. Doch der im Versuchsantrag behauptete Roundup-Einsatz hat wohl nicht stattgefunden ...

Vorbei ist damit noch nichts und erst recht ist es niemals schlau, profitgierigen Strukturen (die im Kapitalismus der Normalfall sind) durch eigenes Einschlafen wieder das Feld zu überlassen. Aber trotzdem bieten die fünf Jahre Widerstand doch eine Menge interessanter Lehren:

- Radikalität und Militanz ziehen in weiten Teilen der Bevölkerung keinerlei Antipathien nach sich. Meist sind es nur die wählerstimmen- und zuschussorientierten Apparate von Organisationen (z.B. NGOs, Parteien) und ihren HelfershelferInnen in den Medien, die über militante Aktionen quengeln. Sie behaupten dabei mangelnde Akzeptanz in der breiten Öffentlichkeit, ohne diese Annahme jedoch zu überprüfen. Meist fehlt ihnen jedoch der Kontakt zu Basisstrukturen, so dass sie ihre eigenen Aussagen gar nicht unterfüttern könnten. Beharrliches Bestehen auf eine Vielfalt von Widerstandsformen statt allzu schneller Akzeptanz der Dominanz militanzablehnender Funktionärskasten kann sich also auszahlen. Wo Mist passiert, muss die Gegenwehr auch (nicht nur) zu Mitteln greifen, die diesen beenden können. „Protest ist, wenn ich sage Das und Das passt mir nicht. Widerstand ist wenn ich dafür sorge, dass Das und Das nicht mehr passiert", schrieb Ulrike Meinhof. Für den Klimaschutz z.B. heißt das, dass nicht wachsweiche Zertifikate oder sachzwanggetriebener Stromnetzausbau überzeugend wirken, sondern die klaren Ansagen: Atom- und Kohleausstieg sofort! Energienetze und -anlagen in BürgerInnenhand! Weder Rohstoffgewinnung noch Anlagen- und Endlagerbau ohne Zustimmung der dort lebenden Menschen!

- Für diese Position lässt sich offensiv werben, rund um konkrete Konflikte und Themen ist das auch der beste Moment. Es war oft die Schwäche in Protestprojekten (z.B. „Stuttgart 21"), dass sich viele und vor allem die Führungsfiguren von Militanz distanziert haben - meist schon vorauseilend. Damit bereiteten sie selbst den Boden für Spaltungsversuche von Innen und Außen. Dabei gibt es schon seit Langem andere Beispiele: Es war und ist die Stärke im Widerstand gegen den Castor, dass die bürgerlich-gewaltfreien und legalistischen Gruppen sich nicht durchsetzen konnten und mit dem „Streckenkonzept" (jedeR macht auf ihrem Kilometer, was er/sie will - und alle achten darauf, sich nicht gegenseitig zu behindern, sondern eher zu fördern) das bislang dauerhafteste Protesterfolgskonzept des Landes entstand. Diese Strategie ging auch bei den Protesten gegen das WTO-Treffen 1999 in Seattle auf - quasi als Flächenkonzept mit großer Vielfalt auf den unterschiedlichen Straßen und Kreuzungen. Beide Aktionen sind positiv in den Köpfen geblieben und sollten in den Debatten um zukünftige Aktionen in Erinnerung gerufen werden. Große Kraftwerke, Abbaugruben, Halden und Stromtrassen sind für Aktionskonzepte der Vielfalt wunderbar geeignet.
- Militanz ersetzt aber keine Qualität. Für alle Aktionsformen gilt, dass sie möglichst qualitätsvoll und inhaltlich vermittlungsreich sein sollten. Denn kein Steinwurf, ebenso aber auch keine noch so lange Menschenkette ersetzt den Inhalt. Das müssen noch sehr viele begreifen, auch Militante. Denn Form ist kein Inhalt. Wer Steine wirft auf irgend etwas oder, noch schlimmer, die eigenen Leute, zeigt vor allem, sich nicht vorbereitet zu haben. Die militanten Aktionen gegen die Agrogentechnik in Mecklenburg-Vorpommern waren immer sehr zielgerichtet, offenbar gut vorbereitet und inhaltlich vermittelt. Auch hier lässt sich für Aktionen zum Klimaschutz und gegen Braunkohlestätten einiges abgucken: Masse und Klasse sind gefragt, insbesondere immer eine gute Vermittlung nach Außen. Das gilt für militante Aktionen genauso wie für alle anderen Formen öffentlicher oder versteckter Proteste.
- Es bedarf der Apparate und BewegungsführerInnen nicht. Zwar erscheint der Weg über Basisgruppen, Betroffene, lokale Bevölkerung und offene Bündnisse von Menschen (statt von Gruppen mit ihren Identitäten) mühselig und ist für die in der Regel aus bildungsbürgerlichen Kreisen stammenden und eher mit Facebook als direkter Gesprächsführung vertrauten PolitaktivistInnen ungewohnt, aber es lohnt sich. Wenn sich der Widerstand gegen Kohleabbau und CO_2-Emmissionen nicht von Campact, großen Verbände oder Parteien, immergleichen PressesprecherInnen oder anderen abhängig macht, bleibe er beweglicher und unberechenbarer. Außerdem entsteht gerade dann die Möglichkeit, kooperationsfähig zu sein. Denn Offenheit nach außen entsteht durch Verzicht auf eigene Hierarchien und Label, ist aber mit einem klaren Kern an politischen Inhalten gut vereinbar.


Zerstört: Abgestorbene Kartoffeln in Gatersleben trotz aufwändiger Überwachung

- Die Aktionsfähigkeit steigt mit der Aneignung von Handlungsmöglichkeiten. Emanzipatorisch ist dabei die Selbstermächtigung, d.h. die selbstorganisierte Schulung, das Üben, Reflektieren und das Kooperieren in der Aktion. Denn nie müssen alle alles können, sondern Wissen und Erfahrungen können sich ergänzen. Selbstorganisierung und Sammeln von Know-How gelten nicht nur bei der Aktion, sondern auch insgesamt für eine Unabhängigkeit im Alltag sowie für die Nachbeben, z.B. im Umgang mit Repression. Auch hier gilt es, sich von den dogmatischen Erniedrigungen in Verbänden und linken Führungseliten zu lösen. Die Politisierung und oft genug wirksame Behinderung von Polizei- und Gerichtsstrukturen durch einen offensiv-kreativen Umgang spricht hier immer deutlicher für sich - wird aber, zwecks Aufrechterhaltung der bestehenden Hierarchien, von den Apparaten politischer Verbände und Bündnisse bekämpft. Auch beim Widerstand gegen Kohleabbau und Luftverschmutzung lässt sich zwischen diesen Denkkulturen unterscheiden: Emanzipatorische Selbstermächtigung zum Widerstand oder Geschlossenheit in Schafherden unter Führung selbsternannter Avantgarden.
- Hilfreich wären mehr gegenseitige Unterstützung, Kooperation und zugängliche Infrastruktur z.B. in Form von Aktionsplattformen oder Projektwerkstätten. Hier bildet die WAA in Düren einen Anfang, der dort weiterentwickelt und auch andernorts (selbstverständlich unabhängig voneinander und dadurch jeweils eigenartig) nachvollzogen werden kann.
- Der Versuch, formalisierte Bündnisse zu gründen, kann Kooperation eher behindern als fördern. Bündnisse entsprechen meist den Denklogiken der BewegungsführerInnen. Nötig ist die direkte Kommunikation zwischen Menschen. Wer seine Außenkontakte entformalisiert, muss nicht isoliert agieren, sondern kann flexibel kooperieren. Da lässt sich schnell mal mit der CDU eine parlamentarische Anfrage organisieren, bei der tiefbürgerlichen Grünenwählerin ein Unterschlupf klarmachen oder im Vorhof einer örtlichen Firma ein Protestplakat befestigen. Es war eine Einmaligkeit des Gentechnikwiderstandes in Mecklenburg-Vorpommern, dass sich die verschiedenen Akteure nicht spalten ließen - auch aufgrund der vermittelnden Aktivitäten mancher AnwohnerInnen, Verbandsleute und AktivistInnen. Die Versuche der Verbandsapparate, Mauern zu den unabhängigen AktivistInnen aufzubauen, lassen sich durch viele Direktkontakte umgehen. Widerstand ist bunt und unberechenbar - Kooperation ebenfalls. Solange keine Positionen aufgegeben oder auch nur verschwiegen werden, ist viel denkbar.

Der erfolgreiche, aus entsprechendem Bewusstsein und mangels anderer Möglichkeiten konsequent „von unten" entwickelte Widerstand gegen GVO-Felder in Deutschland soll keine Blaupause zum blinden Nachmachen sein. Abziehbilder taugen nicht in einer Kultur selbständigen Denkens. Aber Anregungen können die Aktionen und ihre Wirkung ebenso geben wie Ideen für Aktionen und Strategien. Für den Widerstand gegen Atom und Kohle, Tierfabriken und Schlachthöfe, Nazis und FundamentalistInnen aus Religionen oder Esoterik, Konzerne und profitgierige Institutionen, Militär & Co. kann das alles Mut machen. Überall wird es darauf ankommen, einen vielfältigen Widerstand am Leben zu haben, aber gleichzeitig die Kooperation der Vielen und Unterschiedlichen zu suchen und zu entwickeln. Unabhängige AktivistInnen bzw. militante Gruppen müssen da genauso über ihre Schatten eigener Cliquen oder kultureller Codes springen wie bürgerliche und sonstige Initiativen lernen müssen, dass eine anspruchsvolle Militanz nicht ihr Gegner, sondern hochwirksamer Bündnispartner ist. Unabhängige AktivistInnen können helfen, dafür gute Startvoraussetzungen zu schaffen.

Ticker: Agrogentechnik und ihre Seilschaften

Neues vom Acker (machen)!

(jb) Gießener FeldbefreierInnen
c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 06401/903283
saasen@projektwerkstatt.de, www.biotech-seilschaften.de.vu

Maulkorbprozess in Saarbrücken: Betrugsvorwurf vorläufig verboten

Am 15.10.2012 erging mal wieder ein Urteil im Prozessmarathon von Saarbrücken. Bislang war der Stand, dass alle Kritiken erlaubt waren (Sieg in oberster Instanz). Nun ist das etwas eingeschränkt. Das meiste darf gesagt werden, z.B. den Vorwurf der Seilschaften, dubioser Firmengeflechte, dass Felder nur der Propaganda dienen würden, dass Leute wie Schrader und Schmidt profitorientiert und rücksichtslos seien ... bis hin zur Beschreibung „Mafia". Verboten wurde nun aber, ihnen Betrug, Veruntreuung bzw. Geldwäsche vorzuwerfen. Das Problem ist eine prozessorale Gemengelage, die das Oberlandesgericht durch ein äußerst schlecht begründetes Urteil beim ersten Versuch (offenbar waren die da etwas faul beim Schreiben) selbst verursacht hat - aber jetzt am Autor der Veröffentlichungen über die Gentechnik-Seilschaften abarbeitet. Dieses Problem besteht aber zunächst nur in der Wiederholung des Eilverfahren, also einer vorgeschalteten Schnellprüfung. Im Hauptverfahren, was nun zu diesen Vorwürfen auch wiederholt wird, könnte das dann schon wieder anders aussehen.

Die Einschränkung betrifft aber ohnehin nur den Autor. Alle Anderen können die Kritik weiter äußern. Die aktuellen Veröffentlichungen (gedruckt und im Internet) entsprechen sowieso der nun bestehenden Rechtslage, da sie in der Zeit entstanden, als schon einmal ein Teilverbot galt. Spannend dürfte nun das Hauptverfahren werden - ein Termin steht noch nicht fest.

Akteneinsicht in die Förderunterlagen?

Seit drei Jahren (!) ringt ein Gentechnikkritiker ich mit dem Forschungszentrum Jülich (früher noch mit „Kern-" davor) um Akteneinsicht in die Förderunterlagen zu den BioSicherheitsversuchen. Ein Gerichtsprozess nach dem anderen geht vorbei - und nichts geschieht. Hier ist organisierter Rechtsbruch Alltag. Da wird gemauert, verzögert mit allen Tricks.

Nun steht der vorläufige Abschluss vor dem Verwaltungsgericht Gießen bevor. Allerdings lässt sich schon erahnen, dass es nicht helfen wird. Das Gericht wird mir nach Lage der Dinge Recht geben und das Forschungszentrum Jülich verpflichten, die Akteneinsicht zu gewähren. Es wird aber meiner Argumentation nicht folgen, dass das so nicht reicht, weil das Forschungszentrum mit einer Art legaler krimineller Energie die Verhinderungspolitik fortsetzen wird. Gerichte lassen sich nicht dazu bringen, in Behörden notorische RechtsbrecherInnen zu sehen. So wird es wahrscheinlich keine Fristen setzen, die weitere schmutzige Tricks ausschließen.

Sollte es wider Erwarten doch zur Akteneinsicht kommen, sind über 60 Aktenordner anzuschauen. Da ist Unterstützung nützlich: Wer würde mitkommen zum Blättern, Lesen und Abfotografieren?

Wenn's nicht so traurig wäre ...

Zwei Spiegelreporter haben dieses Jahr den InnoPlanta-Preis für besonders objektiven Journalismus erhalten - für ihren Artikel „Der nächste Ausstieg". Der erschien im Spiegel Nr. 34/2011. Zweieinhalb Seiten lang lassen sie die BefürworterInnen der Agrogentechnik zu Wort kommen, z.B. den Phrasendrescher Jacobsen von der Uni Hannover (HannoverGen). Der Artikel selbst ist eher langweilig, wie die meisten der Lobeshymnen auf die höchstens für fördergeldbasierte Kleinfirmen nützliche Technik. Ein paar Versuche, Fakten zu benennen, zeigen, dass die Autoren mehr spekulieren als recherchieren. Sie schenken den BefürworterInnen ungeprüft Glauben und erzählen ansonsten Geschichten z.B. über Feldbefreiungen, die selbst die BefürworterInnen anders sehen. Das aber ist harmlos gegen einen bemerkenswerten Zufall. Denn erst die letzte Seite bietet eine unfreiwillige Realsatire. Der „tolle" Artikel über Gentechnik füllt dort nämlich nur noch die erste von drei Spalten. Auf der mittleren und rechten beginnt der nächste Artikel. Der heißt „Versteck in der Schweiz". Zitat: „Seither jagen Dutzende Polizisten und Staatsanwälte Täter und Waffe, Verfassungsschützer versuchen, die mafiöse Organisation türkischer Nationalisten in Deutschland zu durchdringen ... Es gab Festnahmen, doch die Verdächtigen musste man wieder laufen lassen, und sie verschwanden Stunden später aus Deutschland, Richtung Schweiz und Türkei. Die Mordserie stoppte, doch von der Ceska fehlt bis heute jede Spur. Bei ihren Ermittlungen stieß die Nürnberger Soko „Bosporus" auf Mehmet, einen Mann aus dem einschlägigen Milieu. Mehmet lebt seit langem in Deutschland, er sei, so schilderte er den Beamten, für die Organisation in die Bundesrepublik geschleust worden, um vor Ort heikle Aufträge zu erledigen. ... Auf die Mitarbeit ihres wohl bislang erfolgversprechendsten Informanten wird die Soko also verzichten müssen - und damit wohl auch auf eine Chance, die spektakuläre Mordserie endlich aufzuklären." Erkannt? Ja, das war der objektive Journalismus zu dem, was später - durch Zufall - aufflog als Mordserie der Naziterrorgruppe NSU. Solch ein Hetzblatt muss einfach geehrt werden ...

Der nächste Bewerber für objektiven Journalismus: MZ-Kommentator

Frank Gehrmann heißt er und ist der Gentechnik-Hofberichterstatter bei der Mitteldeutschen Zeitung. Er schrieb einen Kommentar über die - fraglos schwachen, z.T. aber auch (für Außenstehende nicht durchschaubar) gescheiterten - Proteste in Gatersleben beim In-

Bücher zu Landwirtschaft und Umwelt

Es ist schon einige Jahre her, als die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) eine Buchreihe startete mit dem Titel „Wachstumslandwirtschaft und Umweltzerstörung". Der Blickwinkel der AbL ist dabei geprägt von einer Kritik an der industriellen Landwirtschaft. So bildet die Frage, ob die Größe von Betrieben bzw. deren Bewirtschaftsform eine Rolle spielen, den zentralen Ansatz der Betrachtung. Band I (1989, 156 S.) und Band II (1990, 178 S.), beide mit einer vegetationslosen und tristen Ackerfläche auf dem Titel, handeln die einzelnen Punkte ab. Band I ist systematisch gegliedert und beschreibt die wichtigsten Eingriffsformen wie Meliorationen (z.B. Entwässerung), Düngung, Spritzen, Fruchtfolgen und Bodenbearbeitung. Band II beinhaltet verschiedene Einzelaufsätze mehrerer AutorInnen.

Mit farbigem Titel bestückt sind die folgenden Bände. Band 3 (1991, 158 S.) stellt die Einsatzmöglichkeiten von „Leguminosen" dar, so auch der Titel. Hauptaugenmerk ist die Widerlegung angeblicher Forschungsergebnisse, dass durch den Anbau die Nitratauswaschung ins Grundwasser erhöht wird. Ein Einzelkapitel ist der Bohne gewidmet, während die Lupine - eine Pflanze, die wegen ihrer Anspruchslosigkeit sehr interessant sein dürfte - nur auf dem Titel zu finden ist. Schade. Band 4 mit dem Titel „Lebendige Vielfalt" (1993, 187 S.) behandelt die Frage der Biodiversität. Es geht um die genetischen Ressourcen, die durch vielfältige Anbauformen erhalten oder in der Monokulturlandwirtschaft verloren gehen können.

Danach folgte ein brisantes Buch, der Band V heißt „Landwirtschaft, Umwelt und die Mythen der Wissenschaft". Autor Bernd Keller räumt mit einigen ausgewählten Phrasen aus der Fortschrittsgläubigkeit-Maschine auf und plädiert für eine Rückbesinnung auf die eigenen Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Praxis. Der ständigen Behauptung, Ökonomie und Ökologie seien vereinbar, tritt er ebenso entgegen wie dem vermeintlichen Segen durch immer größere Höfe und Einheiten.

Erich Lück
Der Mensch is(s)t misstrauisch
(2. Auflage 2007, Humboldt in Hannover, 192 S., 7,90 €)
Das Buch ist ein Lexikon der Lebensmittel und ihrer Zusatzstoffe. Sortiert nach dem Alphabet werden Begriffe kurz und präzise beschrieben. Kurze Texte sowie eine E-Nummernliste davor und als Abschluss runden das Buch ab, in dem Gentechnik und Bio-Siegel kleine Sonderkapitel erhalten haben. Schade ist, dass keine Angaben über geeignete weitergehende Informationsquellen zu finden sind.

Charlotte Jurk und Reimer Gronemeyer
Bodenlos
(2011, Brandes&Apsel in Frankfurt, 288 S., 29,90 €)
Das Buch, zum 70. Geburtstag von Marianne Gronemeyer zusammengestellt, ist eher Poesie als Fachbuch. Verschiedene AutorInnen werfen Schlaglichter auf die unterschiedlichen Ideen, die sich mit dem Begriff „Boden" verbinden. Einige der Texte sind schon Jahrzehnte alt und handeln von Bodenhaftung, vom Verlässlichen im Leben, von Barfuß über Schuhe bis zum Automobil. Dann geht es um Vertreibung vom Land, um die Zerstörung von Böden und - immer wieder - um das „Bodenlose", welches sich im übertragenen Sinne in vielen Ecken der Gesellschaft wiederfinden lässt. „Bodenlos" ist damit ein Lesebuch über den Zustand unserer Welt.

Timo Kaphengst und Evelyn Bahn
Land Grabbing
(2012, VSA Hamburg, 94 S., 7 €)
Ein kleines, übersichtliches Buch zu einem aktuellen Thema. Die AutorInnen stellen die Problemlage dar, nennen Zahlen, problematisieren Folgen, berichten über Proteste und schließen mit einem Ausblick auf Handlungsoptionen. So ist das Büchlein eine gelungene Einstiegslektüre und - trotz begrenzter Seitenzahl - Nachschlagewerk.

Andreas Engelhardt
Schwarzbuch Baumwolle
(2012, Paul Zsolnay in Wien, 221 S., 17,90 €)
Akribisch zusammengetragen stellt der Autor die ökonomischen und ökologischen Folgen des intensiven Baumwollanbaus dar. Er zieht Vergleiche mit Wolle, Kunststoff- und Zellulosefasern. Hier kommen an der einen oder anderen Textpassage bereits Zweifel auf, warum Firmennamen fallen oder manch Lobeshymne ohne Beleg erfolgt. In den Perspektivenkapiteln wird noch deutlicher, dass das Buch keine politische Analyse, sondern ein Vergleich verschiedener Rohstoffe für Textilien mit vorher feststehendem Ergebnis ist: Zellulose gehört die Zukunft, alles andere sei noch schlechter. Unterschiedliche Belastungen je nach Herstellungsweg werden im

noPlantaforum 2012. Er hatte mit den DemonstrantInnen vorsichtshalber gar nicht geredet. So ließen sich Vorurteile besser aufrecht erhalten. Auszug aus seinem Kommentar: „Hier gegen es nicht gegen die Grüne Gentechnik im Konkreten, hier geht es um die Protestaktion im Allgemeinen. Natürlich ist eine sachliche Diskussion über die Vor- und Nachteile der Gentechnologie nützlich und vor allem auch notwendig. Angekettet von einem Baum aus ist diese aber schlecht zu führen." Angesichts der triefenden Ideologie auf dem InnoPlanta-Forum, der durch ein massives Polizeiaufgebot verhinderten Begegnung von BefürworterInnen/NutznießerInnen und KritikerInnen, angesichts von 5 (!) Informationsständen entlang des Veranstaltungsgeländes mit allen möglichen Informationen zur Gentechnikkritik, an denen auch munter diskutiert wurde, ist es müßig, darauf hinzuweisen, dass niemand irgendwo in einem Baum angekettet war ...

Kirche pro Gentechnik

Das Center for Advanced Studies (CAS) der LMU München und das Institut Technik-Theologie-Naturwissenschaften (TTN) veranstalteten am 9. Mai 2012 eine Podiumsdiskussion „Grüne Gentechnik bewerten und regulieren". Auf dem Podium die Professoren Hans-Georg Dederer (Universität Passau), Bernhard Gill (LMU), Christof Mauch (LMU), Jürgen Soll (LMU) und Gerhard Wenzel (TUM) - siehe Videomitschnitt unter www.ttn-institut.de/node/1535. Der Moderator war Joachim Müller-Jung, im Hauptberuf Wissensredaktionschef der FAZ. Der schreibt zum Thema Gentechnik einseitige Artikel und zeigt dabei auch bemerkenswerte Wissenslücken. Die werden mit Parolen, froher Hoffnung und Glaubenssätzen solche Sätze gefüllt - so wie im Leitartikel „Das Gespenst Gentechnik geht" am 29.5.2012: „Auf dem Acker fahren wir im Rückwärtsgang. ... Es fehlt nicht mehr viel, und Europa erlebt einen neuen Bankrott ... Dass Erzeugnisse aus gentechnisch veränderten Lebensmitteln, allen voran Sojaprodukte, in die Gemeinschaft gelangen, ist längst unvermeidlich. ... Man schiebt, nachträglich, umstrittene Sicherheitsbedenken vor, um politisch gewollte Verbote durchzusetzen und damit das Zulassungsverfahren ad absurdum zu führen. ... Dass im heterogenen Europa jemals ein amerikanisches Naturbild allgemein anerkannt wird, das die Erzeugnisse der Gentechnik als natürliche Bestandteile der Lebensmittel einstuft, ist heute undenkbar. Die Wissenschaft als Impulsgeber des Fortschritts hat das längst hingenommen. Selbstverständlich bleibt es für sie irrational, die pflanzenzüchterischen Vorteile sicherer Sorten nicht nutzen zu wollen. Aber die Einwände, seien sie grundsätzlicher moralischer Art wie die Nichtrückholbarkeit neuer Genkonstrukte, sind auch für sie nicht mehr fadenscheinig. Sie steht im Wettbewerb und geht dahin, wo sie Chancen für die Grüne Gentechnik sieht. Europa kann hier keine erste Adresse mehr sein.„

Finanziert wird das Treiben des TTN zu guten Teilen aus dem Bayrischen Staatsförderprogramm für die grüne Gentechnik.

FACHAGENTUR NACHWACHSENDE ROHSTOFFE e.V.

Gentechnikfördergeld vom Aigner-Ministerium

Das Förderprogramm zu nachhaltigen Rohstoffen (FNR) finanziert seit Jahren gv-Kartoffelversuche von Prof. Inge Broer aus Rostock. Dieses Programm mal näher zu durchleuchten, könnte wichtig sein ... Geld für Broers Gentechnikprojekt floss erstmals 1999 (also unter Rot-Grün), dann ein zweites Mal ab 2004 (also unter der zuständigen Ministerin Renate Künast) und ein drittes Mal ab 2007 (also unter CSU-Führung).

NORIKA bei Entwicklung von Gentechnikkartoffeln direkt dabei

Seit Jahren haben die Manager der Groß Lüsewitzer Kartoffelzuchtfirma Norika GentechnikgegnerInnen angelogen und behauptet, sie seien an den gv-Experimenten am AgroBioTechnikum beteiligt. Zweifel blieben immer - und waren berechtigt. Ein Blick in das Förderprogramm zu nachwachsenden Rohstoffen zeigt, dass NORIKA Partner bei der Entwicklung der Plastikkartoffeln (Biopolymer) von Inge Broer ist - neben weiteren Unis (Bielefeld, ob Broer herkommt, Tübingen, Rostock und der HU Berlin).

Internationaler Naturschutz-Dachverband pro Gentechnik

Aus einem Interview mit der IUCN-Vorsitzenden Maritta von Bieberstein Koch-Weser im Aventis-Magazin „future" 3/2000 (S. 16): „Wenn man etwas nicht genau wissen kann, sollte man vorsichtig sein, das ist meine persönliche Einstellung. Aber es gibt auch eine andere ethische Verantwortung. Man denke nur einmal an den Weizen oder andere Getreidesorten, die zum Beispiel besonders widerstandsfähig gegen die Trockenheit sind. Arme Bevölkerungen in bestimmten Teilen der Welt könnten sie anpflanzen - und es würden weniger Kinder sterben. Das ist ein gewichtiges Argument. Wir müssen eine differenzierte, wissenschaftliche fundierte und ethisch abgestützte Debatte führen."

„Objektivster Journalist" jetzt bei BASF

„Die Menschheit hat kein Recht auf einen konstanten Meeresspiegel" war der beeindruckendste Satz im Buch „Warum Angst vor Grüner Gentechnik?" von Thomas Deichmann. Zudem warb er offen für Atomkraftwerke statt Windenergie. Wer solches verfasst, ist in diesem Land für höhere Weihen vorgesehen. Auszug aus Wikipedia: „Deichmann war Sachverständiger im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestags und agierte als Referent und Lehrkraft u.a. beim European Science Open Forum, am Kölner Institut für Publizistik, an der Henri-Nannen-Schule Berlin, der TU München, FU Berlin und TU Berlin." InnoPlanta verlieh ihm 2009 den Preis für besonders objektiven Journalismus. Das nützte ihm für eine noch steilere Karriere, jetzt im Sumpf der Konzerne. Nochmal Wikipedia: „Thomas Deichmann (* 1962) ist ein deutscher Journalist und Buchautor. Er war Gründer und von November 1992 bis Mai 2011 Chefredakteur und Herausgeber des politischen Zweimonatsmagazins NovoArgumente. Anfang 2011 arbeitete er zunächst als Kommunikationsmanager für die Royal Bank of Scotland. Seit August 2011 ist er als Leiter der Kommunikation Europa und Asien für die BASF Plant Science tätig."

TeilnehmerInnen beim InnoPlanta-Forum 2012

(laut TeilnehmerInnenliste):

- Vom Bauernverband: Werner Franke, Referent für Acker- und Pflanzenbau des LBV (Brandenburgischer Bauernverband) und Helge Klamke vom Deutschen Bauernverband
- Landkreise: Ulrich Gerstner (Landrat des Salzlandkreises), Karin Müller (Wirtschaftsförderung des Harzkreises) und Bärbel Volkmann (Wirtschaftsförderung des Bördekreises)
- Aus Überwachungsbehörden und -ministerien: Bernd Broschewitz (Landwirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern), Dietrich Mäde (Überwachungsbehörde in Sachsen-Anhalt) und Torsten Hoffmann (Überwachungsbehörde in Brandenburg)
- PolitikerInnen: Martin Neumann (MdB der FDP), Jürgen Scharf und Jürgen Stadelmann (MdL der CDU) und Stephan Bischoff (MdL Bündnis 90/Grüne)

Die überraschendsten NichtteilnehmerInnen (laut Liste): Christel Happach-Kasan (FDP) und Kerstin Schmidt. Zudem durften einige angemeldete Personen (die auch auf der Liste standen) nicht zur Tagung, wenn sie vorher mit den DemonstrantInnen gesprochen hatten!

Vorbei: AgroBioTechnikum und Gentechnik in Mecklenburg-Vorpommern

Aus einem Interview mit Landwirtschaftsminister Till Backhaus in der Ostseezeitung, 11.9.2012.

OZ: Das Agrobiotechnikum Groß Lüsewitz im Landkreis Rostock befasste sich bis 2011 mit Gentechnik-Versuchen. Sind die Messen endgültig gesungen?

Backhaus: Ja, die grüne Gentechnik hat in Deutschland keine Zukunft. Große Teile der Bevölkerung lehnen sie ab. Für mich war das ein Lernprozess. Wenn ein Konzern wie die BASF bei Versuchen mit genveränderten Kartoffeln im damaligen Müritzkreis so schwerwiegende Fehler macht, dann kann ich das vor den Menschen nicht mehr verteidigen.

OZ: Bisher hieß es, es soll Platz für alle sein - genveränderte und traditionell gezüchtete Pflanzen. Gilt das nicht mehr?

Backhaus: Ich glaube inzwischen nicht mehr, dass diese Koexistenz möglich ist. Praktisch nicht, rechtlich nicht. Bis heute konnte man sich nicht auf Haftungsregelungen einigen, nicht einmal auf verbindliche Abstandsregelungen für den Anbau.

OZ: Was bedeutet das für MV?

Backhaus: Für die Gentechnik gibt es in Mecklenburg-Vorpommern keinen Platz mehr. Das Land setzt auf Tourismus und Gesundheitswirtschaft, auf Natürlichkeit. Dazu kann und muss die Landwirtschaft einen Beitrag leisten. Das bietet übrigens Chancen, die bisher viel zu wenig genutzt werden.

Doppeltes Lob zum Abschied: „Gendreck weg!"

„Gendreck-weg!" hat sich am 25.8. offiziell als Aktionsnetzwerk verabschiedet. Zwar laufen noch immer einige Prozesse rund um das Genweizenfeld Gatersleben. Aber ansonsten war nun auch offiziell Schluss. Auch wenn ich finde, dieses Ende kam ein wenig zu spät, denn eigentlich ist es gut, wenn Bewegungen Anfang und Ende haben, um dann Platz zu machen und Ressourcen zu nutzen für Neues, so muss in der Gesamtbilanz doch klar festgestellt werden: 2005, als - zunächst über den Erprobungsanbau via InnoPlanta und dann über die MON810-Felder - wie gv-Pflanzen um sich griffen, war der Start einer Kampagne für direkte Aktionen eine mutige und nötige Tat. Zudem boten die Aktionen immer eine ausreichende Offenheit für unterschiedliche Aktionsformen, so dass Ausgrenzungsspielchen wie in ähnlichen nominal gewaltfreien Netzwerken weitgehend unterblieben. Der Erfolg zählt dann ja auch für sich - und dazu gehört auch, dass z.B. ein Gendreck-weg-Camp (Oderbruch 2007) ein wichtiges Sprungbrett für das erfolgreichste Feldbesetzungsjahr 2008 war.

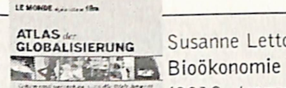
Nun also ist „Gendreck weg!" Geschichte, setzt aber noch einen bemerkenswert politischen After-Party-Punkt. Denn zum Ende der Haftzeit des Feldbefreiers Erasmus konnten wir ganz offiziell bei Gendreck-weg eine bissige Presseinfo gegen Gefängnisse lesen. Die ist so schön, die muss hier komplett rein:

„Pressemitteilung Gendreck-weg

Nach 23 Tagen frei: Gentechnikgegner übt scharfe Kritik am Gefängnissystem

„Gefängnis ist nicht Resozialisierung, sondern Rache am Gefangenen", so fasst E. Müller seine Erfahrungen nach 23 Tagen Haft zusammen. Der Gentechnikgegner wurde heute aus der Berliner JVA Plötzensee entlassen. Dort saß er nach einer Feldbefreiung der Gruppe Gendreck-weg 2008 im fränkischen Kitzingen ein, nachdem er sich weigerte, die festgesetzte Geldstrafe für seine Tat zu zahlen oder seine Zahlungsunfähigkeit nachzuweisen. „Im Gefängnis werden systematisch Leben von Menschen zerstört. Zum Freiheitsentzug kommen quälende Langeweile, die Willkür der Beamten, faktische Rechtslosigkeit der Gefangenen, Desinformation und ein ständiger Mangel an geschützter Privatsphäre." Schon das sei für die meisten nur schwer aushaltbar. „Ein Mitgefangener wollte sich das Leben nehmen - er hat mir den Abschiedsbrief an seine Mutter in die Hand gedrückt", so Müller. Wer die Zeit im Gefängnis überstehe, stünde nicht selten vor den Trümmern seines Lebens. „Ehe, Freundschaften, Job, Wohnung, Geld - immer wieder habe ich gehört, dass das nach kurzer Zeit schon weg war." In der Öffentlichkeit herrsche ein Bild des bösen, brutalen Gefangenen vor, der seine Strafe verdient habe. „So jemanden habe ich während meiner Haft nicht getroffen", so der Berliner. Sogar das Gesetz rede inzwischen nur noch von Resozialisierung und dem Schutz der Gesellschaft, nicht aber von Rache oder Bestrafung. „Die realen Haftbedingungen sprechen den wohlklingenden Grundsatz-Paragraphen 2 und 3 des Strafvollzugsgesetzes Hohn", so Müller.

DVD-Sammlung
„Atlas der Globalisierung"
(2011, Le monde diplomatique film in Berlin, 6 DVDs, insgesamt 315 min)
Die knallig gelbe Box enthält gleich eine kleine Bibliothek von Filmen zu den Folgen globalisierten Wirtschaftens. Sie behandeln jeweils ein Thema - von öffentlich heiß diskutierten Fragen wie dem Biosprit bis zu Dokumentationen über die Haltungsbedingungen auf großen Lachsfarmen. Gemeinsam ist allen, das die dort gezeigten Abläufe in Ozeanen, Regenwäldern oder andernorts mit Mensch und Natur rabiat umgehen.
Der Film „Biosprit" lebt von dem Hin- und Herblenden zwischen automobilen Industrienationen und den vertriebenen EinwohnerInnen in Urwaldgebieten, die - trotz Besitzurkunden - von ihrem Land vertrieben werden. „Lachsfieber" schaut den großen Fischfarmen und der dahinterstehenden Industrie unter die Oberfläche. Um das durch solche Veröffentlichungen angeschlagene Image zu retten, springt der aus Konzern- und Großjägerkreisen geschaffene WWF mit seiner Erfahrung im Greenwashing zur Seite. Doch „nachhaltige" Lachsfarmen sind - wie bei dem Begriff üblich - nichts als Gehirnwäsche: Für 1kg Lachs müssen allein 5kg anderer Fisch gefangen, geschreddert und an den Lachs verfüttert werden.



Susanne Lettow
Bioökonomie
(2012, transcript in Bielefeld, 183 S., 23,80 €)
Die totale Verwertung und Vermarktung von Körper (Organen) und Lebensinformationen (DNA), die Kontrolle von Denken und Fühlen sowie die Manipulation von Leben durch künstliche Stoffe stellen den Expansionsraum des zukünftigen Kapitalismus dar. Mehrere AutorInnen beschreiben in ihren Kapiteln die aktuellen Entwicklungen und Gefahren. Das Buch ist ein gelungener, kritischer Einblick in das Geschäft mit dem Leben. Es taugt auch als Nachhilfe für alle, die glauben, Kapitalismus und Wachstum gerieten von selbst an ihre Grenzen. Was alle LeserInnen mitbringen müssen, ist eine Toleranz gegenüber gestelzter Wissenschaftssprache. Sie macht den Zugang zum Buch nicht gerade leichter, was schade ist.

Gilles Clément
Manifest der Dritten Landschaft
(2010, Merve in Berlin, 64 S.)
Kapitel für Kapitel stellt der Autor - meist in akribisch durchnummerierten Absätzen - Blickwinkel in die Landschaft vor. Er sieht sie als Ausdrucksform bestimmter Denkweisen, und fordert landschaftsangemessene kulturelle Paradigmen ein, die der Welt nicht den Stempel industrieller Erfordernisse aufdrücken, sondern biologische Abläufe zu einer bedeutenden Einflussgröße bei Nutzung und Gestaltung machen. Vom Lesen her gewöhnungsbedürftig, bieten die einzelnen Punkte abwechselnd Anlass zum Kopfschütteln oder Nachdenken.

Jean Ziegler
Wir lassen sie verhungern
(2011, C. Bertelsmann in München, 320 S., 19,99 €)
Ein typischer Ziegler ... fleißig Zahlen und Fakten gesammelt, mit klaren Worten vermischt in einem spannenden Text. Konkrete Beispiele aus aller Welt, vielfach mit eigenen Augen gesehen, mischen sich mit Insiderberichten aus den Sphären der großen Politik. So wird das Buch zur Anklage und mensch reibt sich höchstens die Augen, wie solch ein Werk ins Bertelsmann-Imperium passt.

Thomas Ernst u.a.
Wissenschaft und Macht
(2004, Westfälisches Dampfboot Münster, 340 S., 25,80 €)
Auch wenn das Buch schon einige Jahre auf dem Buckel hat - die Debatte ist immer noch brandaktuell. Schickt sich doch die Wissenschaft mehr und mehr an, in die Nachfolge der bisherigen Wahrheitsregimes Gott und Recht einzutreten. Obwohl in der Wissenschaft selbst wiederholt widerlegt, inszenieren sich fördergeld- und machtgeile TitelträgerInnen immer stärker als Sprachrohre objektiver, sachlicher oder wahlweise wissensbasierter Positionen. Abweichungen von diesen können folglich nur ideologisch sein. Das Buch zeigt auf, wie vielfältig Wissenschaft von Machtsphären durchzogen ist - und wie sie selbst im Machtförmigen wirkt. Es ist ein wertvoller Beitrag, die Nacktheit der Wissenschaft zu erkennen und das, was durch ForscherInnen in die Debatte eingebracht wird, als das zu entlarven, was es ist: Ein - oft wertvoller - Beitrag zu einer Palette möglicher Deutungen, die allesamt geprägt sind von den jeweiligen Diskursen, in denen sie entstanden.

Niklas W. Wiegand
Beobachtungen organisationalen Wandels
(2011, Carl Auer in Heidelberg, 102 S., 16,95 €)
Der Untertitel des etwas aussagelosen Haupttitels lässt eine Arbeit über die Deutsche Forschungsgemeinschaft erwarten. An ihrem Beispiel sollen Selbst- und Fremdbeschreibung sowie - in diesem Fall an einer konkreten Reformierungsphase - der Wandel einer großen Wissenschaftsorganisation beschrieben werden. Doch hinsichtlich des konkreten Falles enttäuscht das Buch. Im Vordergrund stehen allgemeine Überlegungen zur Betrachtungsweise von Organisationen im Lichte moderner Gesellschaftskonzepte. Als es endlich mit dem Fallbeispiel losgeht, ist das für den hohe Preis überraschend dünne Buch auch schon zu Ende. Umso schmerzlicher, dass viele Gedankengänge sich wiederholen - manche Absätze sogar fast wörtlich.

Torsten Wittholt
Die Freiheit der Forschung
(2012, Edition Suhrkamp in Berlin, 372 S., 16 €)
Forschungsfreiheit ist ein vieldiskutiertes Thema. Doch selten ist die philosophische Frage gemeint, Meist geht es um die Frage der Ankopplung von Wissenschaft an Profit- und Machtinteressen, ohne am demokratischen Diskurs teilnehmen zu müssen - der ohnehin ja schon nicht frei von Machtansprüchen wäre. Im Buch wird die Frage überwiegend im abstrakten Raum behandelt. Das ist informativ, aber doch hinsichtlich der Lage fast aller Disziplinen etwas weltfremd. Denn da draußen an den Forschungszentren und Universitäten steht der alltägliche Kampf um Fördermittel und Reputation im Mittelpunkt. Darauf geht der Autor nur am Rande ein. Ganz als Leerstelle bleibt die Frage, was überhaupt Freiheit sei angesichts derAbhängigkeiten.

Das Gefängnis resozialisiere die Gefangenen genauso wenig wie es die Gesellschaft schütze. Im Gegenteil fördere es sogar kriminelle Karrieren. „Ich habe im Knast - ohne danach zu fragen - erfahren, wie ich mich an EC-Karten-Fälschungen beteiligen und wo ich Heroin kaufen kann", sagt der Diplom-Mathematiker. „Ich habe schlicht das Glück, dass ich nicht auf eine dieser Möglichkeiten angewiesen bin."

In der JVA Plötzensee werden ausschließlich Geldstrafen abgesessen. „Hier wird der Zynismus besonders deutlich. Dort landet nur, wer nicht einfach, wie reichere wie reichere Teile der Bevölkerung ein paar hundert oder tausend Euro bezahlen kann. Ein ganzes großes Gefängnis nur für Leute ohne Geld."

Der Gentechnikgegner wurde heute nach 23 Tagen von besorgten Freundinnen und Freunden freigekauft."



Materialien zu Gentechnikseilschaften

Von der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit" und dem Buch „Monsanto auf Deutsch" sind noch genügend Bestände vorhanden. Bestellungen über das Infoformular auf der Internetseite www.biotech-seilschaften.de.vu oder unter www.aktionsversand.de.vu. Da andere Verlage - teilweise mit erstaunlich widerlichen Unhöflichkeiten - die brisanten Botschaften nicht verlegen wollten, wird „Monsanto auf Deutsch" wohl erstmal die einzige Enzyklopädie der Agrogentechnik„mafia" bleiben.

Kabrack!archiv – wer hat Lust z.B. auf Bereich wie Gentechnik, Landwirtschaft oder andere?

Die Bibliotheken und Themensammlungen der Projektwerkstatt gehören zu den umfangreichsten unabhängigen und selbstorganisierten Bewegungsarchiven. Hier stehen über 20.000 Bücher, ein besonderer Schatz aber sind etliche Kopien, Flugblätter, Zeitungstexte, unveröffentlichte Manuskripte zu vielen politischen Themen. Richtig gut nutzbar wären die aber nur, wenn sie wenigstens ab und zu ergänzt, durchsortiert und neue Infos eingeaktet werden. Und darum geht es: Wer hat Lust, an diesem Archive mitzuwirken? Das Ganze ist thematisch sortiert. Das macht es möglich, einen konkreten Themenbereich zu übernehmen, d.h. zu sortieren, zu gestalten, neue Materialien zu beschaffen, eventuell auch zu erfassen und mehr (also z.B. Gentechnik oder Landwirtschaft, Medizin oder noch andere Themen ... es sind viele da drin!!!). Bibliotheken und Archive würden dann zu einer bunten Kooperation mehrerer Leute, die einzelne Themen oder Bereiche übernehmen - vom Einsortieren über das Organisieren weiterer Materialien bis zur Gestaltung von Regalen, bei Interesse auch gerne den angrenzenden Flächen (mal eine Sitzecke, eine Hängematte, ein Schreibtisch ...). Ein paar Einblicke bietet die Seite www.projektwerkstatt.de/kabrack. Also los ... wer Lust hat, eine Themenecke zu übernehmen, an einer mitzuwirken oder auch über das „große Ganze" des Archivs und der Raumgestaltung nachzudenken, sollte sich melden - gerne auch mit Wünschen, an welchen Themen Interesse besteht.



Leben statt Überleben im Aktivismus

GUT und BOESE

(Dä) „Und wie wurdest du politisiert?“ war ein Frage, die ich auf vielen linksradikalen Camps und Kongressen gehört habe. Alle hatten eine Geschichte zu erzählen; darüber wie sie politisiert wurden: meist ging dieser Prozess relativ schnell, eine Art Erweckungs- oder Erleuchtungsgeschichte: ein Flyer und ein Flirt mit einem Aktivistie und plötzlich war „alles klar“ und die bisherigen Ideen, Wünsche, Zukunftspläne und Vorstellungen darüber, wie die Welt funktioniere waren hinfällig geworden: Das ist jetzt alles egal, das ist alles nicht mehr wichtig, wir gehören jetzt alle zusammen, wir alle gegen des Rest der Welt. Für eine bessere Welt, für die Sache, für die Revolution: Ihr werdet's nicht vermuten, wir sind die Guten. Wir sind wie wild für alles Gute und gegen alles Böse, für alles emanzipatorische und gegen alles andere: Staat, Kapital, Schule, Eltern, Umweltzerstörung, Castor, Herrschaft. Emanzipatorisch sind wir, die Szene - Herrschaft die anderen, das Böse da draußen, auf das wir wütend mit dem Finger zeigen. Das, was uns so lange eingesperrt und unterdrückt hat, das, was schuld ist an der ganzen Misere, daran, dass die Welt zugrunde geht. Aber jetzt ist Schluss damit! Jetzt!

Naja, nagut, vielleicht gleich.

Es dauert auf jeden Fall nicht mehr lange. Wir schaffen das, auf jeden Fall. Wir retten die Welt und ich bin ganz vorne mit dabei - ich, du, wir beide sind ganz vorne mit dabei.

Und jetzt erstmal Knutschen, weil überhaupt freie Liebe gehört ja auch voll mit dazu und ist sowieso turbo emanzpatorisch.

Ja. Scheiße. So war das damals auf dem Jukss, auf den Castor-Camps. Ganz schön cool, ganz schön dumm. Klar habe ich an den politischen Inhalten in den letzten Jahren etwas gefeilt, aber was ist jetzt? Jetzt sitze ich hier, will ein Grünes Blatt layouten und es gibt keinen einzigen Inhaltlichen Artikel zum ursprünglich geplanten Titelthema. Hallo? Wo seid ihr alle? Auf dem Jukss (in Magdeburg vor einigen Jahren zum Beispiel) waren wir doch noch so viele. Und warum hat das alles eigentlich nicht geklappt? Was ist denn jetzt mit der befreiten Gesellschaft? Wo seid ihr alle, warum seid ihr nicht mehr dabei? Warum seid ihr so unsolidarisch? Was hat euch bloß so ruiniert?

Haben wir nicht aufeinander aufgepasst, haben wir uns gegenseitig ruiniert? Bestimmt auch. Aber auch die Bullen, die Repression, die Herrschaft, die ganze Scheiße. Haben wir darüber genug geredet? Nein, wäreee ja Zeitverschwendung gewesen „ey egal, Alta, die nächst Aktion, Alta, die wird richtig fett!“ Also Zähne zusammenbeißen und Mitmachen, über eigene Grenzen hinweggehen, Containern und Plakatieren trotz Angst und Kälte, sich beweisen, wie in jeder Jugendgang, nur 'ganz anders' natürlich.

Gut, genug in Erinnerungen versunken: also: was tun, damit Selbstorga und Ökoanarchoaktivismus nicht nur eine Lebensphase war: dafür ist es dann doch irgendwie zu schade und das Lohnarbeitssystem zu scheiße.

Vielleicht klingt das folgende banal oder so und ihr wisst das eh schon alle, aber ich mag hier ein paar Selbsterkenntnisse, mal ganz ohne Szenesprech auflisten:

1. Ich habe mich selbst überschätzt. Einige von uns haben sich selbst überschätzt. Überhaupt war Selbstüberschätzung ganz schön angesagt. Von einen Moment auf den anderen herrschaftsfrei zu sein klappt halt doch nicht, gar nicht so verwunderlich.

2. Ich habe Fehler gemacht. Wir haben ganz schön viele Fehler gemacht, vielleicht sogar richtig fiese, vielleicht waren wir sexistisch und übergriffig, viele von uns. Wir haben nicht gut zugehört, wir haben uns in blödsinnigen und eifersüchtigen Vorstellungen verstiegen. Ich habe in der Szene so viele Beziehungsdramen mitbekommen: ey, ihr habt Fehler gemacht, gebt das doch endlich mal zu!

Ist doch auch nicht so schlimm,

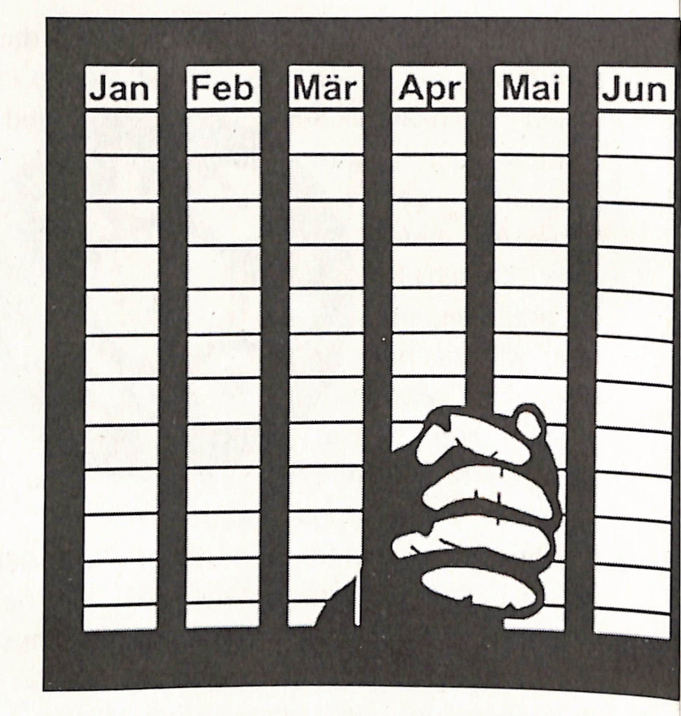
nur hört endlich mal auf, die Fehler zu leugnen und sie ständig zu wiederholen, das kotzt mich richtig an.

3. Ich habe es mir zu einfach gemacht. Nicht alle von uns sind gut, weil sie die richtigen Theorien aufsagen können und die richtigen Aufnäher tragen. Nicht alle da draußen sind Böse, weil sie es nicht tun. Irgendwie waren da draußen doch viele Leute gut zu mir und in der Szene ganz schön viele erschreckend böse. Also: gut und böse, schwarz und weiß, drinnen und draußen, ist gar nicht so leicht zu trennen, muss ja aber vielleicht auch gar nicht immer sein. Vielleicht sind auch emanzipatorische Leute mal unausgeschlafen und auch Aktivisties haben sich von anderen blöde Verhaltensweisen abgeschaut und bekommen schlechte Laune, wenn ihnen kalt ist und es nur Trash zu Essen gibt. Es gibt halt mehr Variation als 1 und 0.

Was also fehlt, um im Aktivismus ein gutes Leben zu leben ist vielleicht bei einigen nur die Fähigkeit
- Ruhe zu bewahren,
- die eigenen Kräfte realistisch einzuschätzen, Tendenzen zu Größenwahn frühzeitig zu erkennen,
- Fehler zuzugeben und auch die Möglichkeit dafür zu bekommen (eine „Fehlerfreundliche“ Umgebung),
- die Komplexität der Dinge zuzulassen und in mehr als zwei Kategorien (Ich/Wir: gut; die Anderen: Böse) einzuordnen und allen Menschen ihre individuellen Grenzen zuzugestehen,
- konzentriert und aufrichtig zu kommunizieren

Wenn diese Fähigkeiten fehlen, werden nicht viele Alt im Aktivismus. Es blieben nur die Möglichkeiten, sich zu verrennen und aufzugeben oder sich zu verrennen und trotzdem weiterzumachen.

Wohin das führt war & ist mancherorts zu sehen: garstige 'alte Männer', die andere aus „ihrem“ Projekt mobben und andere



Projekte diskreditieren (die, die trotzdem weitergemacht haben) und der krasse Mangel an Leuten, die kontinuierlich in der Szene mitarbeiten (die, die aufgegeben haben).

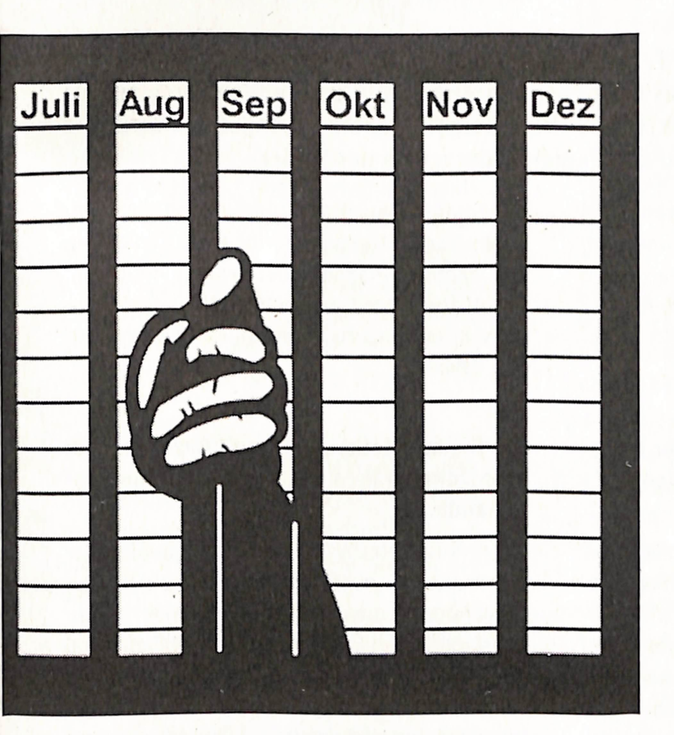
Alfred Binder: Religion. Eine kurze Kritik

fb Eine “Einführung in die Religionskritik” verspricht der Einband dieses Büchleins. An manchen Stellen gelingt es Binder auf amüsante Weise Widersprüche in einigen Argumentationen seitens der Glaubenslobby heraus zu arbeiten. Des Autors Ablehnung von Religion ist dabei unübersehbar, lässt aber auch Tiefe und streckenweise Logik der Abhandlung missen. Wohlwollend formuliert eröffnet dieses Buch einige Einblicke in die Streitfelder zwischen Religiösen und ihren Kritiker*innen. Verärgerlich ist allerdings, dass Binders Auseinandersetzung mit den “gängigsten Argumenten” oft unschlüssig oder gar unlogisch bleibt.

So sind die präsentierten Definitionen überwiegend unscharf. Der Argumentationsstil hat immer wieder Stammtischniveau, wenn auch verpackt in intellektueller Sprache. Religion und andere, nicht mittels der konventionellen Naturwissenschaften nachweisbare Phänomene werden in einen Topf geworfen. Widersprüche in der einen Religion werden den anderen zum Vorwurf gemacht. Dabei wirft Bender unkritisch Kampfbegriffen wie “Terroristen” in die Schlacht, um die Gegenseite zu diskreditieren. Hauptargumentationslinie sind immer wieder biologistische Vergleiche, in denen sozialisiertes Verhalten als genetisch verankert mit der Evolutionstheorie begründet wird, um religiöse Anmaßungen zur Erklärung der Welt zu entkräften. Moral, das Ergebnis diskursiver Herrschaft und Unterdrückung, wird in Übereinstimmung mit den Glaubensmonopolen bejaht und unkritisch zur Grundlage des menschlichen Zusammenlebens erklärt.

“Argumente” der Gegenseite werden vorgestellt, mit Binders Worten konkretisiert (und dabei oft einzelne Aspekte selektiert und scheinbar widerlegt, obwohl diese Aspekte auf den zweiten Blick nicht das eigentlich diskutierte Argument

Darüber wie wir diese Fähigkeiten entwickeln können kann und mag ich wenig schreiben oder vorwegnehmen, nur diese unabgeschlossenen Gedanken:



Es muss möglich sein, nicht nur die eigene Sozialisation, sondern auch die eigene Politisierung kritisch zu reflektieren: beider Prozesse kamen von außen und haben uns sowohl genützt als auch geschadet. Es ist schwierig aber mit guten Freund*inn*en oder viel Zeit und einem guten Notizbuch möglich, die Schäden, Verwirrungen und Traumatisierungen aufzuarbeiten, und die darunter verschütteten Schätze wieder zu heben. Es ist schöner und lebendiger, als sich im Lohnarbeitssystem evtl. endgültig verschütten zu lassen.

Der erste Plan, der erste Traum musste und muss nicht der richtige sein. Wir haben immer genug Zeit, um ihn weiterzuentwickeln. Wenig Energie in einen wirklich guten Plan zu stecken ist besser, als sich mit viel Energie zu verbeißen. Sie stetig und ermüdend in schnöden Tätigkeiten, wie Creditpoints sammeln oder anderen dabei zu helfen aus Geld mehr Geld zu machen, zu verlieren, ist keine dauerhafte Alternative. Bei dem Blick auf unsere Ziele, denken wir oft zu einseitig an materielle Dinge wie PCs, Immobilen und Werkstätten, dabei sind psychische und soziale Ressourcen oft für das Scheitern oder den Erfolg (der sich leider oft nur eingeredet wird) von einer entscheidenderen Bedeutung.

In diesem Sinne: Grow selforganisation not frustration – um im Aktivismus zu leben brauchen wir mehr Menschlichkeit, Selbstkritik und Empathie als unbedingt zum Überleben nötig wäre. Hier müssen mache von uns Politisierten noch sensibilisiert werden. Es lohnt sich, dies gemeinsam zu erproben und zu lernen, um das Leben in der Szene nicht nur auszuhalten sondern wieder genießen zu können:

Organisiert euch in Gruppen, nehmt euch gegenseitig erst, hört euch gegenseitig zu, macht euch nicht übereinander lustig, wenn ihr euch nicht sicher seid, ob das ok ist.

Grafik: Dä

* Alfred Binder:
Religion. Eine kurze Kritik
* Alibri Verlag, Aschaffenburg 2012
* ISBN 978 3 86569 120 0 * 172 Seiten

repräsentieren) und dann wiederholt polemisch, aber arm an argumentativem Gehalt, widerlegt. Dabei geht verschiedentlich auch die Logik verloren, wenn der Autor extreme Verallgemeinerungen bringt, die offensichtlich unzutreffend sein müssen. Letztlich sind viele der vorgetragenen "Argumente" Thesen für eine andere Interpretation der von Religionsvertreter *innen behaupteten "Wahrheiten". Binder kleidet diese jedoch allzu oft als Wahrheiten und begeht damit selbst Manipulation an seinen Leser*innen, was er doch den Religionen zum Vorwurf macht.

Erst zum Ende des Buches hin gewinnt die Argumentation an Tiefe. Dort sind einige Formulierungen präziser und korrekter: "Wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass es so etwas wie einen geistigen Ursprung des Universums gibt, kann wohl nicht ermittelt werden, aber die Wahrscheinlichkeit, dass es übernatürliche Wesen, Geister, Götter oder einen Gott von der Art, wie von den Religionen behauptet, halten wir für gleich null. Sie sind einfach allzu menschlich."
Auch ein interessanter Vorschlag ist eine "Irgendetwas-Religion" für all diejenigen, die gern an eine höhere Macht glauben wollen, sich dabei aber nicht selbst belügen wollen. Die beschreibt Binder so: "Ein Gebet könnte etwa lauten: Irgendetwas! Ich weiß zwar nicht, ob es dich gibt und ob du mich hörst, ob du mir oder den Menschen hilfst, aber wenn es dich gibt und du dich für mich interessierst, dann bitte ich dich um x, y und z. Oder: Dann danke ich dir für x, y und z (auch wenn ich nicht weiß, ob ich Grund zum Dank habe)."

Leider hält das Buch nicht was es verspricht. Es gibt sicher bessere Literatur zur Einführung in die Religionskritik.

Thesen zur Kritik der Demokratie

„Wo das Volk herrscht, geht der Mensch unter"

jb Die Demokratie ist der Liebling aller. Von NPD bis hin zu den organisierten Teilen deutschsprachiger AnarchistInnen geht es um ihre Rettung, Verbesserung oder wahlweise auch erstmalige Erschaffung. Was heute als unbefriedigend empfunden wird, gilt als „undemokratisch", dem die positive Idee von „Echter Demokratie jetzt", direkter oder Basisdemokratie entgegengestellt wird. Die interessantere Frage wird dadurch in den Hintergrund gestellt: Hat die Demokratie Fehler? Oder ist sie der Fehler?

1. Jede Demokratie und jede demokratische Organisationsstruktur braucht eine Quelle der Legitimation von Herrschaft, die in die Menschen selbst projiziert wird.

Demokratie beruht immer auf einer handlungs- und entscheidungsfähigen Einheit. Jenseits der teils gravierenden Unterschiede zwischen repräsentativer, direkter, Basis- oder Konsensdemokratie benötigen alle diese Systeme eine klare Abgrenzung derer, die die Entscheidungen treffen (dürfen), von denen, die nicht mitentscheiden dürfen. Es muss für jede Wahl genauso wie für jede Mehrheits- oder Konsensabstimmung geklärt sein, wer abstimmen darf und wer nicht. Folglich beinhaltet Demokratie unabwendbar auch eine Einteilung in Innen und Außen. Diese wiederum erzwingt Gremien oder Mechanismen, die die Grenze zwischen Innen und Außen festlegen. Dieses kann nur dann der später als ‚Innen' geltende, d.h. abstimmungsberechtigte Kreis von Personen sein, wenn er schon vorher wiederum an anderer Stelle definiert wurde - allerdings dann zwingend ohne irgendeine Legitimation des erst mit dem Akt gebildeten Kollektivs.

2. Kollektivbildung und kollektive Entscheidungsfindung erfordern die Bereithaltung von Durchsetzungsmitteln.

Diese gewährleisten zum einen die Nichtbeteiligung der Personen, die als Außen definiert wurden. Zum anderen setzen sie die gemeinsamen Beschlüsse nach innen durch und definieren, wann eine zwangsweise Durchsetzung nötig ist und welche Mittel dabei eingesetzt werden. Dabei entstehen neue Privilegien und Methoden der Machtausübung, die in einer horizontalen Gesellschaft völlig verschwinden könnten. Bei der Auswahl der später mit besonderen Befugnissen ausgestatteten Personen setzen sich Menschen durch, die über höhere Durchsetzungspotentiale verfügen (Alter, Geschlecht, rhetorische Fähigkeiten). Die Erlangung von Ämtern mit formalem Machtpotential verstärkt folglich ungleiche Handlungsmöglichkeiten zwischen Menschen statt Horizontalität und Gleichberechtigung zu fördern. Gremien mit Kontroll- und Regelungsfunktion werden oft mit dem Hinweis auf Faustrecht, eine gewaltbereite Natur des Menschen oder dem notwendigerweise entbrennenden Kampf um Ressourcen legitimiert. Diese Betrachtung überzeugt nicht, da gerade dann, wenn diese Grundannahmen als wahr eingestuft werden, die in abgehobene Gremien aufrückenden Menschen solche Orientierungen mittels ihrer dann bestehenden Privilegien verstärkt ausleben könnten.

3. Ob parlamentarische, direkte oder Basisdemokratie: sie alle haben einen „demos" - und brauchen ihn!

Die genannten zentralen Charakterzüge der Demokratie (handlungs- und entscheidungsfähige Einheit, Innen-Außen-Definition, Durchsetzung eines hergestellten Gesamtwillens - jeweils auch im Wandel der Anschauungen, Diskurse und der sie prägenden Eliten) sind in jedem Typus von Demokratie vorhanden. Die heute diskutierten Formen sind daher gegenüber der dominanten Variante der repräsentativen Demokratie nur Abweichungen im Detail. Zudem bieten sie - jeweils ohnehin nur im Detail - nicht nur zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten, sondern schaffen auch neue Gefahren. So verschärfen jene Reformvorschläge, die eine größere Mitwirkungskraft der Einzelnen im kollektiven Entscheidungsgang vorsehen, die Herausbildung der kollektiven Einheit und der notwendigen Grenzziehung zwischen dem Innen und Außen, indem sie über die ständige Einbindung der Einzelnen in den gemeinsamen Entscheidungsprozess das ‚Wir'-Gefühl steigern und das klare, oppositionelle ‚Nein' unter Androhung des Ausschlusses aus dem ‚Innen' gestellt ist.

4. Umgekehrt sind die Subjekte der Demokratie Projektionsfläche für die Hoffnungen der Unterdrückten - statt ihrer selbst.

Unzufriedenheit mit Regierenden oder anderen Menschen (bzw. konstruierten Kollektiven) mündet auch in Demokratien regelmäßig im Wunsch nach Verbesserung. Dieser Wunsch ist oft diffus, aber vorhanden. Demokratie bietet konkrete Wege, wie Verbesserungen erzielt werden können und sollen. Dieses sind in repräsentativen Systemen die Exekutive, in Basis- und direkter Demokratie die Gesamtheit, also wahlweise Volk, Plenum, Gerichte, neue Parteien oder Ähnliches. Demokratie verhindert damit, dass Menschen sich selbst als AkteurInnen fühlen und danach handeln. Statt selbst aktiv zu werden, sich einzumischen, Kooperationen aufzubauen usw., projizieren die Menschen ihre Hoffnung auf eine neue Regierung, das nächste Plenum oder Vorstandssitzung. Wahlkämpfe und die stetige Wiederkehr der vor wenigen Jahren abgewählten Parteien zeugen davon.

5. Diskurssteuerung und Akzeptanzbeschaffung prägen die demokratische Propaganda.

Abstimmungen, Wahlen und Rituale der Durchsetzung höherer Werte (Strafprozesse ...) gehören in allen Formen der Demokratie zu den wichtigsten Elementen. Entsprechend sind die Abläufe stark ritualisiert und verregelt. Propagandistisch werden solche Ereignisse als besonders entscheidende Vorgänge in der Praxis von Gemeinschaft aufgeladen. Das zieht eine starke Fixierung auf diese zentralen Akte kollektiver Entscheidungsfindung nach sich, die eine fehlende Selbstorganisierung von Menschen verschleiern und horizontale Begegnung zum unwichtigen Nebenereignis abstempeln.

6. Demokratie übernimmt die Rolle der Religionen, wahrscheinlicher aber ist sie einfach selbst eine.

Mit dem Bezug auf den Gesamtwillen als moralisch höherwertige Quelle von Handlungsnormen ist die Demokratie eine Weiterführung religiöser Orientierungen. Das Volk tritt an die Stelle des Gottes und wird nun als Ausgangspunkt des Guten und Machtvollen benannt. Wie beim Bezug auf Gottes Wort wird der Wille des Volkes bzw. das demokratisch Legitimierte als das Gute vom anderen, dem Bösen abgegrenzt. Das Böse kann bekämpft werden. Zudem erhielten und erhalten in religiösen Gemeinschaften einzelne Personen und Gremien eine große Machtfülle aus der Behauptung, im Namen des höheren Willens (Gott oder eine andere transzendente Quelle) zu sprechen. In gleicher Weise beziehen sich heutige Regierungen, VolksvertreterInnen, RichterInnen und andere auf das Volk als höheren Willen. In beiden Fällen steigert der Glaube an die höhere Instanz die Bereitschaft zur Unterwerfung bei denen, die nicht im Namen des Höheren auftreten.

7. Demokratie und Diktatur haben mehr gemeinsam als sie unterscheidet

In ähnlicher Weise wie sich die Typen einer Demokratie nur im Detail unterscheiden, sind auch Monarchie, Diktatur und die Demokratie lediglich verschiedene Formen von Organisierung und Steuerung kollektiver Systeme bei weitreichender Übereinstimmung der wichtigsten Merkmale. So existieren Recht und Rechtsprechung, Polizei und Armeen, Eigentumssicherung und nationale Abgrenzung, Verwertungs- und Profitzwang in allen bestehenden Gesellschaftsformationen. Die Gewalteilung ist überall eine reine Fiktion und wird propagandistisch erzeugt. Zwar kann die Freizügigkeit für die einzelnen Menschen sehr unterschiedlich gestaltet sein. Das ist aber weniger davon abhängig, ob es sich um eine Demokratie, Monarchie oder Diktatur handelt, als vielmehr davon, welchen Grad autoritärer Zuspitzung das jeweilige System entwickelt. Der zentrale Unterschied zwischen den Systemen reduziert sich auf den Mechanismus, wie die Ausführenden der Herrschaft ausgewählt werden.

8. Die herrschende „Klasse" moderner Gesellschaften sind die Funktionseliten. Die Demokratie gibt ihnen einen optimalen Rahmen zum Wirken.

Die konkreten Strukturen der bestehenden Demokratien in Staaten, Institutionen, Verbänden und sozialen Zusammenhängen weisen folglich stark oligarche Züge auf. Die Führungspositionen, seien sie durch formalisierte Vorgänge besetzt oder als herrschende Elite informell entstanden, können nicht gleichberechtigt von allen Menschen eingenommen werden. Mehrfach gestufte Verfahren bei der Auswahl von EntscheidungsträgerInnen machen direkte Mitsprache und horizontale Organisierungsmodelle unmöglich. In vielen Fällen sind Hierarchien und Stellvertretung sogar durch Gesetze vorgeschrieben, z.B. in Partei-, Vereins- und Wirtschaftsgesetzen. Demokratie ist daher im Wesentlichen eine Oligarchie, in der sich vor allem die Mechanismen der Auswahl Weniger geschichtlich gewandelt haben.

9. Die heutige Debatte über Demokratie suggeriert als Problem, dass die Demokratie sich nicht voll entfaltet hat. Damit verschleiert sie, dass Demokratie diese Probleme schafft.

Die heutige Debatte über Demokratie ist eine über ihre vermeintlichen Defizite. Mit einer Schwemme von Büchern, Texten und Kommentaren zur Demokratie wird versucht, Fehler im System der Volks-Herrschaft zu finden, zu beschreiben, zu analysieren und zum Teil auch zu beheben. Die meisten AutorInnen fordern eine bessere Demokratie, etliche schlagen ihre eigenen Organisationen als Wegbereiterinnen zu dieser vor. Die Frage, ob nicht das System ‚Demokratie' selbst die Ursache sein könnte, also ob gerade ihr Funktionieren die Konkurrenz zwischen Menschen und Kollektiven, die internen Hierarchien und Abgrenzungen, die ständige Instrumentalisierung und Normierung sowie andere Probleme erzeugt oder verschärft, wird regelmäßig gar nicht gestellt. Das Unterlassen dieser grundsätzlichen Frage ist eine Ausblendung, die auch methodisch alle politischen oder wissenschaftlichen Abhandlungen über Demokratie fragwürdig erscheinen lässt, weil das Spektrum an Antworten künstlich eingeschränkt wird.

10. Eine Alternative entsteht erst dann, wenn zentrale Steuerung, Kontrolle, Repräsentation und kollektive Einheit als solche in Frage gestellt werden.

Angesichts der Fülle offener und versteckter Dominanzen in jeder kollektiven Entscheidungsstruktur kann eine herrschaftsfreie Gesellschaft nur als offenes System entwickelt werden, in dem sich Menschen horizontal, ohne formale, feststehende Regeln oder anders verfestigte Privilegien begegnen. Eine solche Gesellschaft wäre eine Vielfalt, die schon deshalb nicht als Kollektiv handlungsfähig wäre, weil es keine Legitimation gäbe, im Namen des Ganzen aufzutreten und für alle zu sprechen.

11. Der Weg zu einer solchen offenen und horizontalen Gesellschaft bestünde aus einer Vielzahl und Vielfalt von Experimenten, in denen auf kleinem Raum oder in sozialen Netzen, die Teil des offenen Ganzen wären, die Prinzipien von kollektiver Einheit, zentraler Steuerung und Privilegien abgeschafft würden.

Bestandteil solcher Experimente sollte der horizontale Zugriff auf alles Wissen und alle Ressourcen sein, gleichzeitig aber sollte der Rahmen so offen sein, dass sehr unterschiedliche Versuche gleichzeitig gestartet werden können. Mit dieser Umsetzung visionärer, d.h. über heutige Handlungsformen hinausweisender Ideen bei gleichzeitiger Weiterentwicklung der Ansätze durch ein konkretes Tun und Reflektieren der Erfahrungen muss eine widerständige Orientierung verbunden sein. Sie muss sich notwendigerweise gegen kollektive Identität, kollektive Handlungsweise und Stellvertretung, ebenso aber auch gegen jede zentrale Kontrolle und Steuerung richten. Widerstand und Vision, Praxis und Theorie verschmelzen so zur voranschreitenden Strategie gesellschaftlicher Intervention.

Erstmals verfasst am 23. Oktober 2006, überarbeitet im Oktober 2012 in der Projektwerkstatt Saasen.

Mehr zum Lesen: Jörg Bergstedt, „Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung" im Verlag SeitenHieb in Reiskirchen (www.seitenhieb.info).



Christian Dries
Die Welt als Vernichtungslager
(2012, transkript in Bielefeld, 515 S., 39,80 €)
Unter dem martialischen Titel verbirgt sich eine Analyse und Gegenüberstellung der politischen Positionen und Weltanschauungen dreier streitbarer PhilosophInnen. Hannah Arendt, Günther Andres und Hans Jonas haben sich alle auf ihre Art aus dem Fenster gelehnt und den Konflikt mit dem Mainstream, herrschenden Eliten bis hin zu formalisierter Macht nicht gescheut. Das Buch untersucht Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Werken und Wirken, allerdings mitunter in einer anstrengend komplizierten Sprache verfasst. Viele Zitate bieten einen intensiven Einblick.

Ingo Schulze
Unsere schönen neuen Kleider
(2012, Carl Hanser in München, 80 S., 10 €)
Der Text des Buches basiert auf einer am 26.2.2012 gehaltenen Rede in Dresden. Der Redner und Autor verliest dort das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern und interpretiert es auf die aktuelle Zeit. Doch sein Blick, so kritisch er beim Blick auf vereinfacht dargestellte neoliberale Entwicklungenist, fällt trüb aus, wenn er „seine" ostdeutsche Bürgerbewegung oder die Demokratie als Ganzes lobt. Insofern bleibt das Märchen seinem Interpretierer hoch überlegen, denn Letzterer hüllt seinen geliebten demokratischen Staat immer noch in schönste Kleider ...

Abgesang und Rettung der Demokratie? Wie eine Flut von Büchern das Gute sichern soll, was nie da war ...

Die Reihe der Bücher mit Abgesängen auf die Demokratie ist lang. Sie verweisen auf Mängel in der Ausführung, bejammern das Verlassen des guten, weil demokratischen Pfades oder schlagen vermeintliche Verbesserungen vor, die sich schnell als Steigerungen demokratischer Legitimierung, aber nicht als Emanzipation oder Abbau von Herrschaft zeigen. Meist fehlt ihnen eine Analyse, was Demokratie eigentlich bedeutet und ob nicht ihre Grundideen schon das Problem sin. Denn dann wären die auftretenden Probleme, z.B. ihre Kompatibilität mit kapitalistischer Ausbeutung, keine Überraschung. Eines haben alle Bücher auf jeden Fall gemeinsam: Ihre AutorInnen entstammen den bürgerlichen Bildungseliten - egal ob sozialdemokratisch, neoliberal oder marxistisch geprägt. Herrschaftskritische Positionen und Veröffentlichungen werden von ihnen konsequent ignoriert. Von daher sind ihre Werke auch vom wissenschaftlichen Anspruch her eher die Produktion von Ideologie.

Mit mehreren neuen Büchern beteiligt sich der marxistisch orientierte PapyRossa-Verlag aus Köln an der verkürzten Debatte. Als Basistext präsentiert sich „**Demokratie**" von David Salomon (2012, 131S., 9,90 €). Zwar werden in verschiedenen Kapiteln Informationen über die Geschichte und Erscheinungsformen der Demokratie vermittelt, eine Analyse von Herrschaftsmomenten in ihr erfolgt aber nirgends. So verwundert nicht, dass völlig unkritisch mit Begriffen wie „Volk" oder „Arbeiterklasse" umgegangen wird, ohne diese vereinnahmenden Kategorien zu durchleuchten. Demokratie mutiert zur freundlichen Verpackung sozialistischer Konzepte und gedanklichen Fusion dessen, was ohnehin ähnlich ist: Avantgardistischer Marxismus und triefende Bürgerlichkeit. Dem setzt Thomas Wagner in seinem Buch „**Demokratie als Mogelpackung**" (2011, 143 S., 11,90 €) noch einen drauf. Er bejammert einen anderen Klau des Begriffes, nämlich durch die Vertreter autoritärer oder gar rechter Konzepte. Seine Analyse derer Aktivitäten ist phasenweise erhellend, um nicht neben der Rettung von Demokratie auch noch zum Vorantreiber neuer Blüten demokratischer Herrschaftslegitimation überzugehen. Die Zurückweisung von Konzepten zur Demokratisierung per Direktwahl von Volksführern, wie sie von links bis rechts zu finden sind, ist wichtig. Deshalb aber gleich zum Retter der Demokratie oder gar, wie es im Buch unverblümt zum Ausdruck kommt, der traditionellen Parteistrukturen zu werden, macht das Buch zu einer besonders verkürzten Betrachtung.

Ebenfalls bei PapyRossa erschienen ist „**Der dritte Anlauf - alle Macht den Räten**" des niedersächsischen Linken-Funktionärs Manfred Sohn (2012, 180 S., 12,90 €). Es dient nicht der Rettung von Demokratie, sondern ist eine Werbeschrift für Regierungsformen nach Rätesystemen der Art des alten Sowjet-Bolschewismus, der unreflektiert als „Systemalternative" zum Kapitalismus bezeichnet wird, während die Marktwirtschaft „Anarchie" sei. Wer einen derartigen Begriffswirrwarr und weitgehende Theorielosigkeit offenbart, überrascht dann nicht mehr mit dem plötzlichen Positivbezug auf Demokratie, wie er z.B. in der Kapitelüberschrift „Rettet die lokale Demokratie" vorkommt.

Auch das Buch „**Stirbt die Demokratie?**" von Hartwig Barthold (2009, R.G. Fischer in Frankfurt, 206 S., 16,80 €) steht dem Theoriebrei in Nichts nach. Demokratie ist unhinterfragt das Gute, bildet aber eher ein Synonym für (Schein-)Wohlstand und (autoritäre) Ordnung. Die in ihr typische kapitalistische Wirtschaftsform wird nicht hinterfragt. Die von den echten Demokratien ausgebeuteten und geschundenen anderen Staaten werden als defizitär bis undemokratisch kritisiert - und schließlich wird dem lethargischen Bürger auch noch eine Hauptschuld eingeräumt, wenn sich obrigkeitsstaatliche Ideen immer mehr ausbreiten. Mit politischer Analyse hat solch ein Buch wenig zu tun.

Etwas anders fällt die Textsammlung „**Demokratie?**" (2012, Edition Suhrkamp in Berlin, 137 S., 14 €) aus. Herausgegeben von Giorgio Agamben lassen mehrere AutorInnen, meist aus geisteswissenschaftlichen Uni-Fakultäten, ihren Gedanken freien Lauf. Das fällt mitunter bissig, ebenso oft aber durcheinander oder auch platt aus. Entstanden ist so ein Lesebuch mit allerlei interessanten Blickwinkeln und Anregungen - eher eine Diskussion als ein gegliedertes Fachbuch.

DemokratiebefürworterInnen sind hier nicht alle - manch ein Text wirkt wie ein Pamphlet wieder der Demokratie. Doch auch hier glaubt niemand an die Fähigkeit der Menschen zur Selbstorganisierung ohne steuernden Überbau. Beeindruckend ist eher der Preis für das eher dünne Taschenbuch.

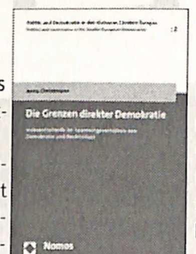
Alex Demirovic und Heike Walk
Demokratie und Governance
(2011, Westfälisches Dampfboot in Münster, 305 S.)
Die AutorInnen beleuchten moderne Entwicklungen demokratischer Rechtsstaaten im Zuge der Internationalisierung von Politik. Sei es aufgrund der dort herrschenden Schwäche staatlicher Strukturen oder als Folge der Anerkenntnis einer Überlegenheit diskursiver Steuerung - vermehrt treten informelle Zirkel und Runden an die Stelle formalisierter Politik. Die Abläufe der vergangenen Jahre, Chancen und Risiken werden in einer wissenschaftlichen Sprache erörtert. Durch diese Form der Auseinandersetzung entfernen sich die (für solche Abgehobenheit überwiegend auch bekannten) AutorInnen weit vom realen Leben. Pragmatische Ansätze z.B. der Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen, der Verlagerung von Macht in bürgerschaftliche Organisierungen oder der Verzicht auf einheitliche Politiken geraten dadurch aus dem Blickfeld einer im ExpertInnenmodus geführten Debatte.

Siegfried Frech/Ingo Juchler
Bürger auf Abwegen?
(2011, Wochenschau Verlag in Schwalbach, 334 S.)
Die Anfangskapitel beschreiben in nüchternen Zahlen die zunehmende Abstinenz vieler Menschen vom parlamentarischen Politikbetrieb. Ein besonderer Blick fällt auf Formen direkter Demokratie und die Frage, ob sie das Interesse der Menschen fördern können. Leider bleibt dieses auf Abstimmungen beschränkt, obwohl der Mangel an Mitsprache gerade die Planungs- und Entscheidungsfindungsprozesse betrifft. Die im Hauptteil aufgezeigten Möglichkeiten politischer Bildung, das Interesse an Politik wieder zu stärken, verkommt so auch zu Überredungsstrategien. Warum aber sollten BürgerInnen partizipieren, wo sie doch merken, dass diese meist nur durchgeführt wird, um die Akzeptanz der Entscheidungen von oben zu erhöhen - nicht aber die tatsächliche Mitbestimmung? Diese Frage hätte in das Buch gehört, fehlt aber leider.

Carl Deichmann
Politisch denken - politisch handeln
(2010, Militzke Verlag in Leipzig, 480 S. plus CD, 29,80 €)
Das Buch dient dem Politikunterricht in der gymnasialen Oberstufe. Es dürfte aber mit seiner Fülle an Material insgesamt zu den umfassendsten Handbüchern der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit über Parlamente, Parteien und staatliche Organisationsstrukturen gehören. Die Menge an Informationen, Quellen und Texten ist schier unübersehbar. Aus ihnen können Anregungen und Material für Unterricht und Seminare geschöpft werden. Die beiliegende CD bietet Buchinhalte und weitere Materialien in digitaler Form und damit leicht verwendbar an.

Sahra Wagenknecht
Freiheit statt Kapitalismus
(2010, Eichborn in Frankfurt, 365 S., 19,99 €)
Ein Rundumschlag der Linken-Spitzenpolitikerin mit dem Ruf, dort dem antikapitalistischen und sozialistischen Flügel anzugehören. Mit markigen Worten und eindrucksvollen Beispielen beschreibt sie das Scheitern des Kapitalismus genau bei dem, was er verspricht: Freiheit und Wohlstand. Stattdessen würde, so ihr Plädoyer, der demokratische Staat all dieses besser beschaffen können. Wagenknecht nimmt damit an der zentralen politischen Debatte mit klarer Position teil: Staat statt Markt. Die Menschen interessieren dabei nicht. Einen emanzipatorischen Politikansatz oder auch nur eine Teilverlagerung von Macht aus Konzernen und Parlamenten hin zu den Menschen erwähnt die Politikerin gar nicht - typisch für die Eliten, die um die Machtverteilung zwischen ihnen streiten, aber immer von oben denken.

Stefan Arlanch
BürgerInnenrat
(2011, AG SPAK in Neu-Ulm, 176 S.)
Das Buch baut auf der modern wirkenden Theorie auf, dass Staat und Markt in ihrer Macht durch ein wachsendes zivilgesellschaftliches Engagement zurückgedrängt werden. Diese These, gleich auf den ersten Seiten klar benannt, bildet unüberprüft die Eingangsvoraussetzung, aus der dann verschiedene Ideen und konkrete Beispiele für die Art der Mitwirkung zivilgesellschaftlicher AkteurInnen entwickelt werden. Leider bleibt aber schon der Begriff „Zivilgesellschaft" so unbestimmt, dass das Buch dem hegemonialen Diskurs auf voller Breite folgt: Formale BürgerInnenbeteiligung wurde in den letzten Jahrzehnten geschliffen wurde. Da der Ersatz, informelle Gesprächszirkel, nur eine Begleitfolklore zur Politik des vermeintlich Unumgänglichen bietet, wird gar nicht mehr benannt. Dass zudem keineswegs die Breite der Bevölkerung eingebunden wird, sondern bestimmte, elitennahe Kreise, geht ebenso verloren in den Füllworten von Governance bis Bottum-Up. Auch das umfangreich dargestellte Fallbeispiel Wolfurt bringt da nur wenig Aufhellung.



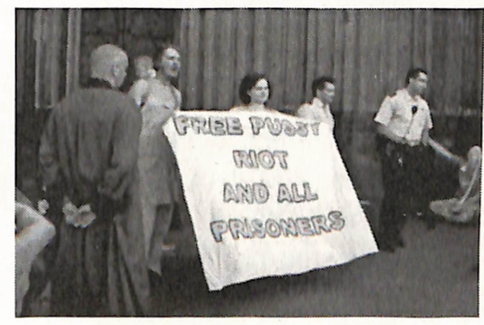
Anna Christmann
Die Grenzen direkter Demokratie
(2012, Nomos in Baden-Baden, 291 S., 49 €)
Der Titel täuscht - und so enttäuscht das Buch. Es geht tatsächlich nur um das Verhältnis von Volks-/BürgerInnenentscheiden und parlamentarischer Politik bzw. Kontrolle durch Gerichte. Zu dieser Fragestellung bietet die Autorin auch erschöpfende Darstellungen und plädiert für mehr Mut zu in rechtsstaatliche Kontrollorgane eingebetteten Abstimmungen. Dass direkte Demokratie aber auch Herrschaftsausübung stärken kann, in dem sie diskursive Steuerung in formale Beschlüsse umsetzt oder sogar Volksführermodelle legitimiert (weswegen auch viele rechte Gruppen von „Volks"demokratie träumen, wie es ähnlich die realsozialistischen Regimes taten), wird im Buch gar nicht thematisiert. Insofern fehlt eine moderne Herrschaftsanalyse und das Buch verbleibt auf einem recht oberflächlichen bis banalen Niveau.



Pussy Riot Aktion gegen Kirche, Staat und Knast im Kölner Dom

19. August 2012, Köln
„Heilige Maria, Jungfrau, werde Feministin und erlöse uns von Putin". So lautet ein Zitat der feministischen Punkband „Pussy Riot" aus Moskau bei ihrem Punkgebet im Februar in der Christi Erlöser Kirche. Es ist auch der erste Satz auf dem Flyer einer am Sonntag im Kölner Dom geschehenen Solidaritätsaktion für die inzwischen wegen „Rowdytums" zu 2 Jahren Haft verurteilten Feminist_innen.
Gegen Ende der 10 Uhr Messe im Kölner Dom trat am Sonntag eine Gruppe von Aktivist_innen, in bunten Röcken und Strumpfmasken, ähnlich wie die russischen Aktivistinnen in den Gottesdienst und sangen und schrien nach Maria, die ihnen Helfen sollte das „System abzutreiben" und „Pussy Riot zu befreien". Bei sich trugen sie ein Transparent: „Free Pussy Riot and all prisoners" .
Ihr Auftritt dauerte wohl weniger Zeit als der der russischen Aktivist_innen, welche sich etwa 40 Sekunden Zeit verschaffen konnten. Schon nach wenigen Sekunden stürmten die ersten engagierten Domschweizer und zwei Sicherheitsbeamte auf die singenden Aktivist_innen zu und trugen, schubsten oder zerrten sie unter Einsatz von Würgegriffen und Knietritten aus der Kirche. Dort wurden sie festgehalten, bis die Polizei eintraf.

„Durch die Reaktion der Domschweizer wurde bestätigt, was wir deutlich machen wollten. Neben einer deutlichen Solidaritätskundgebung für Pussy Riot, sollte thematisiert werden, dass nicht nur das russische Regime autoritär und brutal gegen Menschen vorgeht, welche Normen brechen und gegen stumpfe Alltagsregeln verstoßen, sondern jeder Staat. Kirche und Staat sind Institutionen, die den Menschen die Selbstbestimmung nehmen und jedes kreative Handeln unterbinden." so eine der Aktivist_innen. Der Polizei-Einsatzleiter kündigte dann auch an, persönlich Anzeige zu erstatten.
_Drei Aktivist_innen, die vor der Kirche zunächst von den Priestern und später von der Polizei festgehalten wurden, hielten während dessen Reden und thematisierten auf Deutsch, Englisch und Spanisch ihre Kritik an Strafe und Herrschaft. Dabei bezogen sie sich auf die Band „Pussy Riot". Mit einer ähnlichen Aktion gingen die Feminist_innen in der Christi-Erlöser-Kathedrale gegen das russische Regime vor, welches kürzlich einen Gesetzesentwurf vorbrachte, der das öffentliche Ausleben von Homosexualität unter Strafe stellen soll.



Umstehende Passanten und Kirchenbesucher_innen reagierten unterschiedlich auf die Aktion, so wurde teils applaudiert und andere regten sich lautstark auf und forderten die Festnahme der Aktivist_innen oder dass die ihren Protest ins Internet verlegen sollten.

Die Aktion erreichte nicht nur in Deutschland die großen Medien, auch in Spanien und in den Niederlanden wurde darüber berichtet. In Russland wurde ein Video von der Aktion, was kurze Zeit später im Internet erschien, in den Hauptnachrichten gesendet.

Laut den katholischen Nachrichten erstattete das Erzbistum Köln Strafanzeige wegen Störung der Religionsausübung, Hausfriedensbruch und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz gegen die Aktivist_innen.

Dies kündigt Domdechant Robert Kleine im Interview mit dem Kölner Domradio an. Kleine erklärte dazu: "Die Ruhe im Kölner Dom wurde gestört: Während eines Gottesdienstes wurde die Aktion durchgeführt. Dies können und wollen wir nicht hinnehmen. Deshalb werden wir Strafanzeige stellen. Das Recht auf Demonstrationsfreiheit darf nicht über das Recht auf Religionsfreiheit und die religiösen Gefühle der Gottesdienstfeierenden gestellt werden."

Es wird sich zeigen ob mit Hilfe von weiteren Aktionen und einer politischen Prozessführung die katholische Kirche es sich leisten kann weiterhin an der Anzeige festzuhalten. Wenn sie öffentlich weiterhin in Verruf geraten und Menschen dies zu Anlass nehmen aus der Kirche auszutreten, kann mensch in diesem Fall ja tatsächlich von einer Kosten Nutzen Rechnung schreiben.

Während dessen wurden die zu jeweils 2 Jahren Haft verurteilten Pussy Riot Aktivistinnen in Russland in ein Arbeitslager in der Teilrepublik Mordowien und Aljochina verbracht.
Es ist also weiterhin notwendig die Aktivist_innen mit solidarischen Aktionen zu unterstützen!
Free Pussy Riot and all Prissoners!

Das Video zu der Pussy Riot Soli-Aktion im Kölner Dom findest du unter: http://vimeo.com/47813091
Aktuelle Informationen zu den inhaftierten Pussy Riot Aktivist_innen in Russland findest du auf Deutsch unter: http://freepussyriot.org/de/about-de

Linke Camps im Umgang mit Sexismus und Grenzüberschreitungen

'Utopie und Verantwortung' oder 'Jedes Jahr dieselbe Scheiße': Die Herausforderung linker Camps im Umgang mit Sexismus und Grenzüberschreitungen

DEFMA: Der Sommer ist wieder da und somit sind linke/libertäre Camps (A-Camp, Grenzcamps, Antifacamps usw.) verstärkt Gesprächsthema und Teil der Urlaubsplanung. Camps ermöglichen Menschen aus verschiedenen Orten und Zusammenhängen, sich zu treffen, zu vernetzen, weiterzubilden, andere Formen von Zusammenleben auszuprobieren und/oder Aktionen zu planen und durchzuführen. Camps sind inzwischen eine nicht mehr wegzudenkende Form der politischen Kommunikation und Praxis – das ist auch gut so!

Leider sind Camps auch oft Orte, wo sexualisierte Übergriffe vermehrt stattfinden – trotz vorgegebener emanzipatorischer Ansprüche und pauschalen (Lippen-?)Bekenntnissen zu einer antisexistischen Praxis. Eine Analyse, warum das so ist, würde den Rahmen dieses Textes sprengen.

Wir von DEFMA müssen jedenfalls feststellen, dass wir immer wieder über Übergriffe informiert werden, die im Rahmen von linksradikalen Camps stattgefunden haben. Weiters werden wir in diesem Kontext oft gebeten, Tätern zu vermitteln, dass sie nicht zu spezifischen Camps kommen sollen. Wir gehen allerdings grundsätzlich davon aus, dass Täter an Camps teilnehmen, auch wenn das der Orga und den Teilnehmer_innen nicht bewusst ist/sein will. Weil so viele unterschiedliche Menschen, die einander nicht kennen, zusammenkommen und die Camp-Strukturen temporär aufgebaut werden, ist es besonders schwierig bis unmöglich, ein Camp als „Safer Space" zu gestalten.

Klar ist weiters, dass auch Orte, die sich gern als „Freiräume" bezeichnen, nicht frei sind von Hierarchien, unsolidarischem Verhalten, Sexismus, Rassismus, Homophobie und dem ganzen anderen Scheiß.

Nichtsdestotrotz liegt es in der Verantwortung jeder Gruppe und aller Personen, die ein Camp organisieren oder daran teilnehmen, dieses möglichst antisexistisch, antirassistisch, antiheteronormativ, barrierefrei, sowie frei von sonstigen Unterdrückungsmechanismen zu gestalten. Beispiele, wie so etwas ausschauen könnte, sind Trauma Support/Out of Action und die Antisexist Contact and Awareness Group während der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm.**

Uns ist bewusst, dass nicht jedes Orga-Team die Ressourcen hat, um Support-Teams für jegliche Situation aufzubauen. Allerdings scheint es trotzdem wichtig, Überlegungen anzustellen, wie ein Camp als antisexistischer Raum gestaltet werden kann.

Sinnvoll können etwa FrauenLesbenMädchenTrans*-Schlafbereiche und –Rückzugsorte sein, Aufhängen von antisexistischen Plakaten, Workshops zum Umgang mit sexualisierter Gewalt und Zustimmungskonzept, Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse oder designierte Menschen, an die mensch sich bei/nach Vorfällen wenden kann usw.

Das sind nur einige der Möglichkeiten, die Palette an erfolgreichen Optionen und Interventionen ist lang. Unabdingbar ist jedoch, dass unter den Organisator_innen Konsens darüber besteht, wie mit (sexualisierten) Übergriffen umgegangen wird und diesen Umgang schon im Vorfeld an (potentielle) Teilnehmer_innen zu kommunizieren.

Klar ist, dass diese Maßnahmen Übergriffen nicht vorbeugen können. Herangehensweisen wie die oben genannten zeigen allerdings eine gewisse Bereitschaft, sich mit Sexismus und sexualisierter Gewalt auseinanderzusetzen, sowie Verantwortung gegenüber den Teilnehmer_innen zu übernehmen und einen Ort zu schaffen, wo sexualisierte Übergriffe nicht toleriert werden. Wenn Gruppen nicht einmal bereit sind, sich Gedanken dazu zu machen und einen Konsens bezüglich dem eigenen Umgang mit sexualisierten Übergriffen zu finden, sollen sie sich ernsthaft überlegen, ob sie es

überhaupt verantworten können, ein Camp auf die Beine zu stellen. Teilnehmer_innen müssen sich bewusst sein, dass sexualisierte Übergriffe nicht einfach durch (vage) Ansprüche wie z.B. „wir sind alle anarchistisch, warum sollten wir sexistisch sein"... verhindert werden können. Es wäre daher schön, wenn sich alle Teilnehmenden darüber im Klaren wären, dass ein antisexistisches und solidarisches Klima für jedes Camp einen notwendigen Teil gelebter linksradikaler Praxis darstellt.
Sollte es zu Übergriffen kommen, unterstützt die Betroffene und ihre Definitionsmacht und macht klar, dass Übergriffe nicht toleriert werden!
Ein hierarchiefreier Raum kann nur dann entstehen, wenn jede_r einzelne dazu beiträgt.
In diesem Sinn – D.I.Y. or DIE!

Und übrigens: In unserer Utopie gibt es keine sexualisierte Gewalt! Create Anarchy NOT MANarchy!

Die Internetzseite der Gruppe DEFMA aus Wien:
http://defma.blogsport.de/

Anmerkung des Layouters: Der Text ist schon über ein Jahr alt und der Sommer ist auch schon vorbei. Ich habe mich aber dennoch dazu entschieden, diesen Text für die aktuelle Ausgabe des grünen Blattes zu verwenden, da ich der Ansicht bin, dass sich an der Situation, wie sie oben beschrieben wird, auf linken Camps/Konkressen/Seminaren, abgesehen von denen, die explizit einen Arbeitschwerpunkt auf Antisexismus gelegt haben, leider nicht sonderlich viel geändert hat.

Konsumkritik für wen?

Durch meine Erfahrung mit konsumkritischer Arbeit, ergänzt durch soziologische Erkenntnisse, bin ich zum Schluss gekommen, dass die politische Haltung zum Konsum von der Position in der Gesellschaft abhängen sollte.

In den Anfängen meiner politischen Arbeit habe ich mich außer mit Antifademos vor allem mit Konsumkritik beschäftigt. Das Konzept, konkret kleine Änderungen durch anderes Konsumieren zu erzielen, fand ich in Anbetracht des Elends in vielen Orten des globalen Südens notwendig. Auch heute, nach etlichen Marxseminaren, antikapitalistischen Vorträgen und Diskussionsrunden, finde ich dieses Konzept noch wichtig, auch wenn ich systemüberwindenden Ansätzen jetzt spannender finde. Wie ich durch meine konsumkritische Arbeit dazu gekommen bin, möchte ich hier erzählen.

Ich wohne in einem Doppelzentrum, wo eine Universitätsstadt 15 Kilometer entfernt von einer Industriestadt liegt. Ich habe in beiden Städten konsumkritische Workshops gehalten, Infostände, und öffentlichkeitswirksame Aktionen organisiert, mit extrem unterschiedlicher Resonanz:

In der Universitätsstadt wurden uns die Flugblätter, jetzt etwas überspitzt dargestellt, quasi aus der Hand gerissen. Es gab eine extrem gute Resonanz und viele Leute wollten mehr darüber wissen, wie sie kritisch Einkaufen gehen können.

In der Industriestadt dagegen blieb niemand an Infoständen stehen. Die Workshops waren ganz okay besucht, allerdings fast ausschließlich durch eine relativ kleine Szene von Gymnasiast*innen.

Ich konnte mir das, wie ich es drehte und wendete, einfach nicht erklären. Erst in einem Seminar zum französischen Soziologen Pierre Bourdieu ging mir ein Licht auf.

Bourdieu entlarvt auch die Gesellschaft nach dem zweiten Weltkrieg als

Klassengesellschaft. In der bürgerlichen Soziologie wird dagegen von einer nivellierten Mittelschichtsgesellschaft gesprochen, wo quasi alle der Mittelschicht angehören würden. Bourdieu hat dies nicht nur behauptet, sondern mit zahlreichen empirischen Studien, also mit Umfragen usw., belegt, dass z.B. der Geschmack der Menschen von ihrer Position in der Klassengesellschaft abhängt. Die Klassengesellschaft ist natürlich viel komplexer als in Marx' Prophezeiung, dass sich alles auf Arbeiter und Bourgeoise reduzieren würde. Dennoch stimmt die grobe Unterteilung.

Bourdieu erkennt, dass im Proletariat eher ein Geschmack der Notwendigkeit vorherrscht. Dort ist eine Anstrengung nötig um nicht sozial abzusteigen, die Menschen versuchen deshalb, materiell und oberflächlich gut da zu stehen. Im Bürgertum ist das alles schon quasi von alleine gegeben und die Jugend macht sich keine großen Sorgen, aus der Gesellschaft herausgeworfen zu werden. Dort ist eher Identität wichtig und die Abgrenzung nach unten. Bourdieu erkennt deutliche Unterschiede in Bildungs- und Besitzbürgertum. Bildungsbürger sind für ihn die beherrschte Fraktion der herrschenden Klasse. Bildungsbürger versuchen vor allem über Bildung und Wissen ihre Abgrenzung zu erreichen, während Besitzbürger es mit edlen materiellen Dingen tun.

Nun erkläre ich mir damit das Verhalten der Leute in den beiden Städten:

Ich nehme an, dass die Studierenden und Akademiker*innen der Universitätsstadt am Wissen interessiert sind und eher auch eine Möglichkeit der Abgrenzung darin sehen, besser zu konsumieren. Das klingt jetzt böse, aber so ist es nicht gemeint und so denken die einzelnen Menschen auch nicht. Sie wollen tatsächlich die Welt verbessern, aber strukturell können und wollen sie das, weil sie als Teil der Gesellschaft schon akzeptiert sind, aber sich um eine Identität selbst bemühen müssen. Ethisch konsumieren schlägt für sie zwei Fliegen mit einer Klappe: Die Welt wird besser (der bewusste Handlungsantrieb) und der Mensch, der ethisch konsumiert, fühlt sich dadurch besser (der unbewusste Handlungsantrieb), was sich positiv auf die Identität auswirkt. Damit keine Missverständnisse aufkommen: Ich finde dies vollkommen legitim und ich meine, es muss politisch genutzt werden. Schließlich zähle ich mich selbst zu dieser Gruppe und bin übrigens davon überzeugt, dass die Politisierung über Antifa **GENAU DIE SELBEN** Handlungsantriebe beinhaltet.

In der Industriestadt sieht es anders aus: Unter den Gymnasiast*innen gibt es zwar viele, die zu dem oben beschriebenen Bildungsbürgertum zählen oder sich selbst dahin begeben (aufstrebende Arbeiterkinder sind darunter, wie Kinder von Besitzbürgern die nicht in die sehr wohlhabenden Fußstapfen ihrer Eltern treten wollen). Das sind die, die in die Workshops gehen.

Auf der Straße allerdings sind vor allem Arbeiter*innen, Kleinbürger (auf die ich hier nicht eingehen möchte) und Besitzbürger unterwegs, schließlich ist es ja eine Einkaufsstraße. Die Arbeiter*innen sind doppelt belastet. Meistens haben sie genug Schwierigkeiten, in der Gesellschaft als ganze Bürger akzeptiert zu werden. Wie in vielen Industriestädten haben viele von ihnen einen Migrationshintergrund (also meistens Nachkommen von griechischen, italienischen oder türkischen Gastarbeiter*innen), was die Akzeptanzschwierigkeit noch erhöht. Dazu haben sie meistens keine schöne, erfüllende Arbeit, wie sie Bildungsbürger haben (Lehrer-, Sozialarbeiter-, Designer-, Dozent*in, usw.). Sie schuften in entfremdeten Arbeitsumgebungen, in den Fabriken und Betrieben, auf dem Bau oder als Putzkraft. Sie sehen nicht ein, warum sie ihr hart verdientes Geld, meistens ist es nicht einmal genug, um nachhaltige soziale Sicherheit zu garantieren, in den globalen Süden weitergeben sollen, schließlich fühlen sie sich selbst (zurecht) als der Arsch der Gesellschaft. Um die gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen, orientieren sie sich an der Oberklasse, meistens ohne das Geld dazu zu haben, welches wirklich dazu nötig wäre. Deshalb haben die Dinge, die sie kaufen, einen gewissen Kitsch: Sie sehen meist teurer aus als sie sind. Die Oberklasse dagegen leistet sich lieber Dinge, die dezenter, aber

dafür wirklich edel sind.
So kommt es zu Jugendlichen wie einem, den ich kennenlernte, der 400 Euro Hiphop-Style am Körper trägt und dessen Mutter Mercedes fährt, sie sich aber über deren Putzjob finanzieren, Schulden haben und am Essen und der Wohnung sparen.

So ist es absolut nachvollziehbar, dass Arbeiter*innen (und damit meine ich jetzt keine hochbezahlten Daimler-Arbeiter*innen, die durch die traditionell durch Arbeiterkämpfe und Streiks erkämpfte, vergleichsweise hohe Beteiligung am Profit des Konzerns, sich einen kleinbürgerlichen Lebensstil leisten können und so meist auch zu Kleinbürgern werden) keinen Bock auf Konsumkritik haben.

Deshalb dürfen sie jedoch nicht, wie es wir Bildungsbürger leider oft tun, als schlechte Menschen oder dargestellt werden. Denn sonst wird das nichts mit dem Antikapitalismus. Schließlich haben diese Leute eine andere, und, wenn Marx auch nur ein wenig Recht hat, besondere Rolle bei der Veränderung der Gesellschaft. "Fair Trade" ist das, was sie für sich wollen, schließlich schuften sie für einen Niedriglohn bei Lidl und Aldi. Das funktioniert aber nicht dadurch, dass wir den Lidl-Kassierer*innen einen Euro zustecken, das wäre extrem arrogant und kontraproduktiv.

Nein, hier liegt eins der ganz wenigen Potentiale, Antikapitalismus PRAKTISCH werden zu lassen. Die Arbeiter*innen, vor allem ihre Jugend, haben ein eigens, aus ihrer Position resultierendes, aber nicht unbedingt bewusstes Interesse daran, die Verhältnisse zu stürzen. Marx schlägt vor, dieses Interesse zu bedienen und hofft, dass sich die vergeblichen Arbeiter*innenkämpfe zu einer Revolution hochschaukeln. Dieses Hin und Her aus verlorenen Kämpfen und gesteigerter Wut darüber, welche die Kämpfe auf der nächsten Stufe intensivieren, nennt er hier "dialektisch".

Und in den Großstädten Hamburg und Berlin zeigt sich diese neue Allianz aus jungen Bildungsbürgern und jugendlichen Prolls (als Proletarier*innen), die auch Bourdieu erkennt. Die radikale Linke, die den Prolls aufzeigt, dass sie auch keinen Bock auf Arbeit hat und trotzdem den allgemein konsumierten Luxus will, und das auch praktisch anbieten kann (Tipps und Legitimation zum Ladendiebstahl, Schwarzfahren, Krankfeiern usw.) hat Erfolg: Auf radikalen Demos gegen Nazis, Polizeistaat und Herrschaft kämpfen idealistische Bürgerkids mit frustrierten Arbeiter*innenkids zusammen. Diese Strategie scheint mir die aktuelle Version des anarchistischen wie kommunistischen Klassikers "Klassenkampf" zu sein.

Mein Fazit wäre (vielleicht ist eures ja anders):
Ethischer Konsum ist schön und wichtig und schafft den Ausgebeuteten im globalen Süden kleine Freiräume, zumindest wenn es sich nicht um greengewashte Konzerne sondern um Projekte von unten handelt. Auch ökologischer Konsum bringt etwas, schließlich haben wir dann vielleicht mehr Zeit zum Kämpfen, bevor der Planet nur noch für die Reichen bewohnbar ist.

Aber ethischer Konsum darf nicht zur Abgrenzung gegen Arbeiter*innen verwendet werden, das wäre unfair und kontraproduktiv.
Wer diese Gesellschaftsschicht aber nicht außen vor lassen will und vor allem wer sich ernsthafte Gedanken über Antikapitalismus machen will, sollte sich mit aktuellen Konzepten des Klassenkampfes (z.B. (Post-)Operaismus) und Ideen zur massentauglichen Aneignung von Konsumgütern außerhalb von Arbeitszwang beschäftigen.

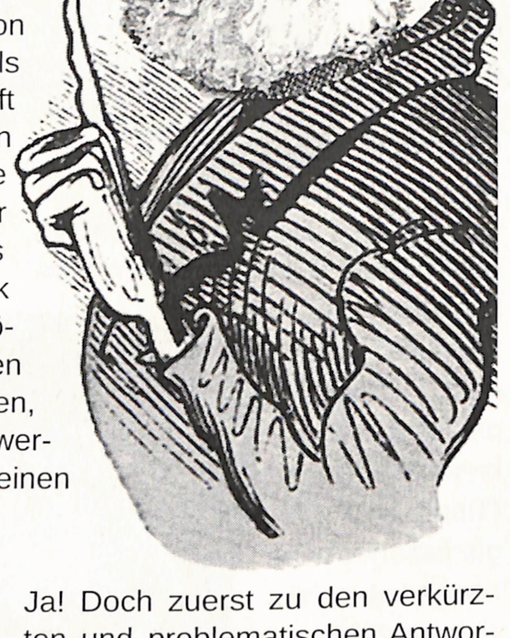
Antikapitalismus darf nicht zum Argument gegen ethischen Konsum und schon gar nicht gegen politische Projekte und soziale Kämpfe verwendet werden. Denn nicht nur ethischer Konsum wird als Abgrenzungsmerkmal verwendet, sondern auch die reduktionistische Erkenntnis, das der Kapitalismus an allem schuld ist. Wenn keine antikapitalistische Praxis vorgeschlagen wird, sondern im Gegenteil, soziale Kämpfe und politische Projekte mit dieser Erkenntnis gebäscht werden, so kann mensch dabei getrost von einer prokapitalistischen Praxis sprechen!

Abbildungen von commons.wikimedia.org

Konsum, das Glück und die Rettung der Welt

Nachtrag zur Konsumdebatte, Ergänzung zu dem Artikel "Wer die falsche Frage stellt, ..." von vega

(Dä) Der Kapitalismus ist eine Gesellschaftsform, in der angehäutes (/akkumuliertes) Kapital eine das Leben der Menschen bestimmende Eigendynamik entwickelt.



Für die Anhäufung von Kapital hat Lohnarbeit die vorrangige Schlüsselrolle. Arbeiter*innen schaffen (/produzieren) durch ihre Arbeit Werte, bekommen aber nur einen Teil des von ihnen geschaffenen Wertes als Lohn ausbezahlt. Das Kapital häuft sich bei denen an, die Menschen für sich arbeiten lassen, da sie die Produkte dieser Arbeit für mehr Geld verkaufen können, als sie als Lohn ausbezahlen müssen. Streik und Forderungen nach Lohnerhöhung gehören so zur traditionellen Praxis der antikapitalistischen Linken, da sie als geeignet angesehen werden, der Anhäufung von Kapital einen Riegel vorzuschieben.

In unserer Gesellschaft ist die Produktion in der oben genannten Weise kapitalistisch organisiert. Es ist für eine ökologisch-antikapitalistische Praxis wichtig, dies im Hinterkopf zu behalten. Neben der Produktion ist allerdings die Vermarktung der Waren bzw. Arbeitsprodukte ein gesellschaftlicher Schlüsselbereich des Kapitalismus. Die kapitalistische Produktion braucht einen Absatzmarkt, braucht Konsument*inn*en: Als ideologische Legitimation der Produktion und ganz praktisch: Wenn der Schrott, der produziert wird, nicht mehr gekauft wird, kriegt der Kapitalismus die Krise. Es stellt sich also die folgende K-Frage: Kann es Kauf- und Konsum-entscheidungen geben, die geeignet sind, die kapitalistische Logik zu durchbrechen oder anzugreifen?

Von mir gibt es dazu ein klares Ja! Doch zuerst zu den verkürzten und problematischen Antworten auf diese Frage:

1. Moralische Selbstbegrenzung beim Konsum
2. Scheiß egal, alles konsumieren, es gibt kein richtiges Leben im falschen, Helau!

zu 1.: Ist in der Szene weit verbreitet. Ob Containern oder nur vegan, 'bio' und 'fairtraide' kaufen dürfen, spielt hier keine große Rolle, die Motivation ist die gleiche: es geht darum als Konsument*in möglichst keine negativen Auswirkungen auf Arbeiter*innen und 'den Planeten' zu haben. Oft steht dahinter die Überzeugung, dass sich durch richtigen Konsum die Welt retten oder zumindest deutlich verbessern ließe, wenn nur alle mitmachen würden. Das gute an diesem Ansatz ist die kritische Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des eigenen Handelns auf andere, wir können berechenen, wie groß unserer ökologischer Fußabdruck ist, realisieren wieviel Tierleid unserer Konsum auslöst, können dies im Hier und Jetzt ein ganzes Stück reduzieren und lernen so einiges über ökologische Zusammenhänge.

Problematisch an diesem Ansatz ist die Selbstwahrnehmung als vereinzelte*r Schuldige*r. Ich fühle mich schlecht, habe ein schlechtes Gewissen und bin unter Umständen bereit, harte Arbeit und Entberungen auf mich zu nehmen, um dieses schlechte Gewissen los zu werden und dabei nicht auf mich selbst und meine eigenen Grenzen zu achten. Hinzu kommt, dass die Auswirkungen des eigenen Verzichts kaum zu einem sichtbaren Erfolg führen. Dies führt oft zu Frustration mit fatalen sozialen Folgen wie:

- weiteres sich in den Konsumverzicht hineinsteigen,
- Leben auf Sparflamme, schlechte Ernährung, politisch Handlungsunfähig werden.
- Agressives Missionieren gegenüber Leuten, die nicht aus dem Container oder nicht vegan leben,
- abschreckendes und unfreundliches Auftreten, Verbitterung, soziale Isolation.
- verstärkter Drogen- und Alkoholkonsum, um Schuld und Scheitern ertragen zu können.

zu 2.: klingt zwar cool, ist aber einfach nur dumm. Adorno würde sich im Grab umdrehen.

Vereinzelt geht nicht viel. Wirksam handlungsfähig werden wir erst in der (möglichst unkontrollierten, unideologischen, konkurrenzfreien und spontanen) Interaktion mit Anderen, deren Gleichwertigkeit mit uns selbst uns bewußt ist.

Eine Gruppe glücklicher -d.h. psychisch stabiler- Individuen wird die zur Erhaltung ihrer Existenz notwendige Kreativität und Fähigkeit aufbringen. Wer glücklich ist, findet dafür soziale und materielle Wege, erfriert und verhungert unter den hiesigen technologischen und klimatischen Bedingungen nicht. Wir können in diesem Fall annehmen: Wo ein gemeinsamer Wille ist, ist ein Weg.
Wenn uns Leser*innen des Grünen Blatts existezielle materielle Angst packt, ist dies meißt irrational - wohl auch eine Angst vor materieller Kooperation und den damit zusammenhängenden sozialen Prozessen.

Grundlage eines Antikapitalistischen Konsums wäre zunächst, das Glück außerhalb der kapitalistischen Waren zu suchen. Der Motor der Produktion brummt, weil immer neue letztendlich leere Glücksversprechen auf den Markt geworfen werden, die Maschienen (die Nähmaschienen in Indien wie die Druckmaschinen die der Esoterikverlage) laufen für unsere vergebliche Suche nach verlorenem Glück, sie laufen, weil wir unglücklich sind.

Konsum und Einkaufen ist idelogisch und mystisch aufgeladen: durch Werbung etc. wird uns suggeriert, das Glück und das gute Leben alleine kaufen zu können. Dies ist nicht der Fall. Eher macht uns der Krempel oft unglücklich, ertrinken wir vereinzelt in sinnlosen Waren, die ihr Glücksversprechen nicht einhalten, sondern uns im Gegenteil eher lästig werden und zur Last fallen.

Wie also richtig Konsumieren? Das wesentliche Kriterium von dem wir ausgehen müssen, wenn wir ein gutes Leben leben wollen, sind die eigenen Bedürfnisse. Diese Bedürfnisse sind vielfältig und irrational. Neben der Sicherung des eigenen physischen Überlebens leben wir vor allem von Geschichten, rücksichtsvoller Sexualität, Spannung, Spiel und Spaß gut und dürfen das auch. Wir dürfen weich, bunt, kreativ, verrückt und auch mal für andere unnütz sein, egal was (Szene-) Normen und Autoritäten dazu sagen.
Wenn wir so unseren Bedürfnissen nachgehen, ist es auf jeden Fall sinnvoll dies auf anderen Wegen als durch einkaufen zu tun, einfach weil es mehr Spass macht und besser funktioniert. Wenn wir tatsächlich mal das pralle selbstorganisierte Leben hinter uns lassen und Dinge gekauft werden sollen, halte ich die folgenden drei Kriterien für sinnvoll:

1. Alternativen:
Gibt es realistische & zufriedenstellende Alternativen zum Kauf (Ausleihen, Klauen, Umsonstladen, Selbermachen, ...)?
2. Folgen: Habe ich möglichst lange (nachhaltig) etwas von diesem Produkt oder hat es langfristig sogar negative Aus-wirkungen: Schädigt es meine Gesundheit/ meine Psyche, bringt es mich in eine Abhängigkeit, verursacht es für mich weitere Arbeit, ein Entsorgungsproblem, gibt es Folgekosten?
3. tatsächlicher Nutzen:
Befriedigt das Produkt meine Bedürfnisse wirklich oder stellt es sich nach dem Kauf dafür schnell als unbrauchbar heraus?

Ganz entscheidend geht es darum, das Glück, den Wahnsinn, die Liebe, das Gute, die Rettung der Welt und die ganze Wunderbarkeit des Lebens NICHT in den kapitalistischen Waren zu suchen. Das sind nur schöde Gegenstände, das ist da nicht drinnen! auch wenn die Werbung immer wieder das Gegenteil verspricht.
Wir können durch richtigen Konsum nicht die Welt retten.

Strategischer Konsum sollte den dauerhaften Erhalt der eigene Handlungsfähigkeit außerhalb der Sphäre des Konsums als oberstes Ziel haben.

Wir können unsere Teilnahme am kapitalistischen Markt reduzieren und wir können diesen Markt nutzen, um in gutes Material und gesunde Nahrung zu investieren, um auf dieser Basis die Welt posiv und antikapitalistisch weiter zu gestalten - ohne Warenkonsum könnten wir das oft (leider noch) nicht.

Montage: Dä

Tschechien will Strom aus AKWs subventionieren

Themenrubrik Energie
Kontakt: energie@gruenes-blatt.de
Einsendeschluss: 3. Februar 2013
Thematisch passende Beiträge für diese Rubrik im nächsten grünen blatt bitte vor Einsendeschluss an uns mailen.
Wir freuen uns über Menschen, die sich an der Energierubrik beteiligen wollen!

Das tschechische Industrieministerium hat den Entwurf einer neuen Energiekonzeption vorgelegt, wo einerseits geplant ist, die staatliche Förderung der erneuerbaren Energiequellen komplett zu streichen, während gleichzeitig öffentliche Gelder für ein Verfahren eingesetzt werden sollen, das ähnlich auch in Großbritannien diskutiert und "contracts for difference" genannt wird. Das würde ein gewisses Preisniveau des Stroms aus den geplanten neuen Atomreaktoren in Temelín und Dukovany sicherstellen. Nur so wäre es möglich, das Überleben der Atomstromerzeuger auf dem Markt zu garantieren.

Die Kosten für den Bau neuer Atomreaktoren steigen von Jahr zu Jahr, anders als bei Anlagen zur Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen, die billiger werden. Und weil der Verkauf großer Strommengen an das Ausland weitergehen soll, besteht das Risiko, dass diese Exporte von den heimischen Konsumenten bezahlt werden müssen.

Laut Finanzberechnungen von "CandolePartners" würde das die tschechische Öffentlichkeit jährlich fast 680 Millionen EUR kosten. Eine durchschnittliche Familie mit einem Jahresverbrauch von etwa 4.500 kWh müsste so mit Mehrkosten in Höhe von ca. 57 EUR pro Jahr rechnen, was etwa einer 10%igen Preissteigerung gleichkommt. In Großbritannien, wo eine ähnliche Form der staatlichen Subvention diskutiert wird, errechneten Experten der City Bank, dass eine derartige Subvention die britischen Haushalte zusätzlich etwa 200 Pfund (256 EUR) kosten würde.

Die Atomenergie ist heute schon durch eine reduzierte Haftung im Fall von Atomunfällen massiv privilegiert. Laut dem Institut für Versicherungswesen an der Universität Leipzig würde Strom aus AKWs mindestens 0,14 EUR/kWh kosten, wenn man versteckte Subventionen beseitigt.

Die Behauptung des Industrieministers, dass die finanzielle Unterstützung für die Atomkraft nur eine Reaktion auf Marktdeformationen sei, welche von den erneuerbaren Energien verursacht wären, ist eine exzellente Manipulation. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Unterstützung der erneuerbaren Energien soll deren Nachteile in einer Situation ausgleichen, wo die anderen Energiequellen nicht für Umweltbelastungen und atomare Schäden aufkommen müssen.

Edvard Sequens, Calla

Sonne+Freiheit Preis 2012 geht an ....

NukeNews Zum 7. Mal bereits konnte die österreichisch-tschechische NGO "Sonne+Freiheit" einen Preis für grenzüberschreitenden Aktivismus im Anti-Atom-Bereich vergeben. Das geht oft Hand in Hand mit kulturellen Aspekten und persönlichen Begegnungen.

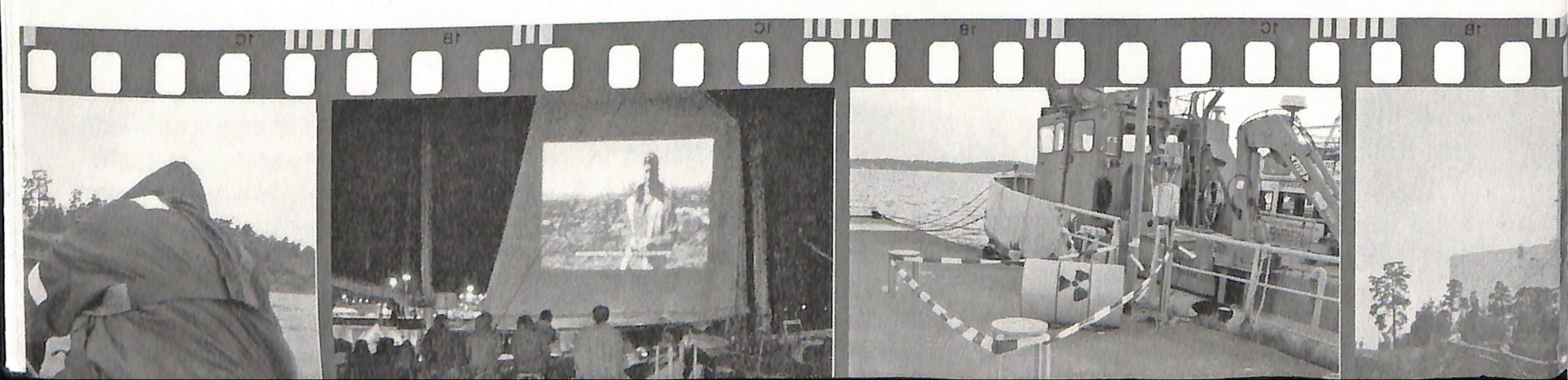
Dieses Jahr war Irmgard Schmied aus Nordösterreich, welche unter anderem mehr als 3.000 Unterschriften gegen das AKW Dukovany gleich hinter der Grenze zu Tschechien gesammelt hatte, die österreichische Preisträgerin.

Ihr Gegenüber wurde mit Jiri Dvorak der ehemalige Bürgermeister der südböhmischen Gemeinde Lodherov. Beide PreisträgerInnen erhielten u.a. je eine nicht börsennotierte Aktie von Österreichs größter Windkraftbeteiligungsfirma www.windkraft.at im Wert von ca. 400 EUR.

Herr Dvorak organisierte erfolgreich ein Gemeindereferendum in seinem Ort, der als möglicher Standort für ein Atommüllendlager ausgewählt worden war. Zwischenzeitlich scheint aber die Lobby mit ihrer Strategie "mit Millionen Loyalitäten kaufen" Erfolg zu haben. Beide Ausgezeichneten werden gemeinsam weiter daran arbeiten, dass die Atomlobby ihre Heimat nicht zerstören kann.

Der Preis wird immer rund um den 5. November verliehen, in Erinnerung an die Volksabstimmung gegen das AKW Zwentendorf vom 5.11.1978, die dazu geführt hat, dass Österreich sich sogar in der Verfassung als Anti-AKW-Land definiert. Der Verein Sonne+Freiheit organisiert jährlich im August einen Spezialsprachkurs und verwendet die so erzielten Spenden zur Finanzierung des Preises im November.

http://www.sonneundfreiheit.eu



Symbol der sogenannten "Atom-Rennaissance" mit internationaler Solidarität ausschalten

fb Finnland gilt international immer noch als das Vorzeigeland der angeblichen "Rennaissance der Atomkraft" (die es nachweislich nicht gibt, es werden mehr Reaktoren geschlossen als gebaut). Dort wurde mit Olkiluoto-3 der Bau eines Prototyps des Siemens-Framatome (heute Areva, Siemens hat sich inzwischen aus dem Geschäft zurück gezogen) Produkts EPR (Europäischer Druckwasserreaktor) gestartet, ein Modellvorhaben, das dem Atomkonzern zu neuen Verkaufszahlen verhelfen soll. Jahrelang hieß es in den deutschen Medien von Finnland, dort gäbe es keinen Widerstand, die Bevölkerung sei vielmehr der Atomindustrie gegenüber offen eingestellt. "Onkalo", ebenfalls auf der Olkiluoto-Halbinsel, soll das weltweit erste genehmigte Atommüll-Endlager für hochradioaktive Abfälle werden. An unzähligen Standorten wollen Bergbaukonzerne in Zukunft Uran abbauen.

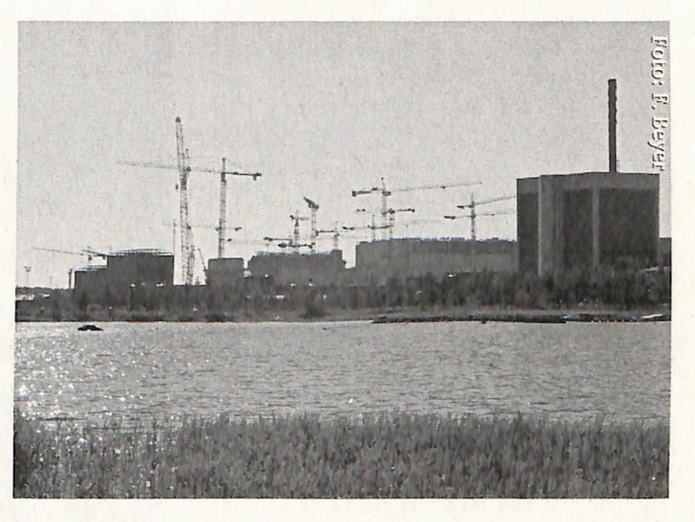
Tatsächlich entsprach es nie der Wahrheit, dass es in Finnland keine Proteste gegen die Atomkraft gegeben hätte. Die deutschen Medien waren nur unglaublich ignorant. Als 2008 seit vielen Jahren das erste Anti-Atom-Camp nahe Olkiluoto veranstaltet wurde, berichteten hiesige Zeitungen auch von dem AKW-Bauvorhaben und behaupteten wieder es gäbe keine kritischen Stimmen - das für die dünnbesiedelte Region große und bunte "International Anti Nuclear Festival" wurde einfach nicht wahrgenommen, es passte nicht in das deutsche Bild der finnischen Verhältnisse.

Mit internationaler Unterstützung wurde 2010 die erste öffentliche Großaktion gegen die finnische Atomindustrie unternommen - die "Olkiluoto-Blockade". 250 Aktivist*innen versperrten für einen Tag die Hauptzufahrtsstraße zum AKW, blockierten mehrfach für kurze Zeit auch die vorbeiführende Fernverkehrsstraße und legten mit Lock-on-Aktionen eine weitere Nebenzufahrt still. Insbesondere Olkiluoto ist das Symbol der sogenannten Atom-Rennaissance. Es ist nicht nur eine Frage der Solidarität der Anti-Atom-Bewegung der BRD, die international als große und starke Bewegung wahrgenommen wird, sondern auch strategisch wichtig dieses Symbol anzugreifen.

Daher beginnen wir jetzt schon mit der Mobilisierung für die große Blockade des AKW Olkiluoto im Sommer 2013. Gemeinsam mit Anti-Atom-Organisationen aus verschiedenen Teilen der BRD wollen wir einen Aktivist*innen-Bus organisieren. Wir hoffen auf solidarische Unterstützung von vielen anti-atom-bewegten Menschen und Gruppen. Super ist auch, wenn ihr euch als Aktionsgruppe auf eigene Aktionen vorbereiten wollt.

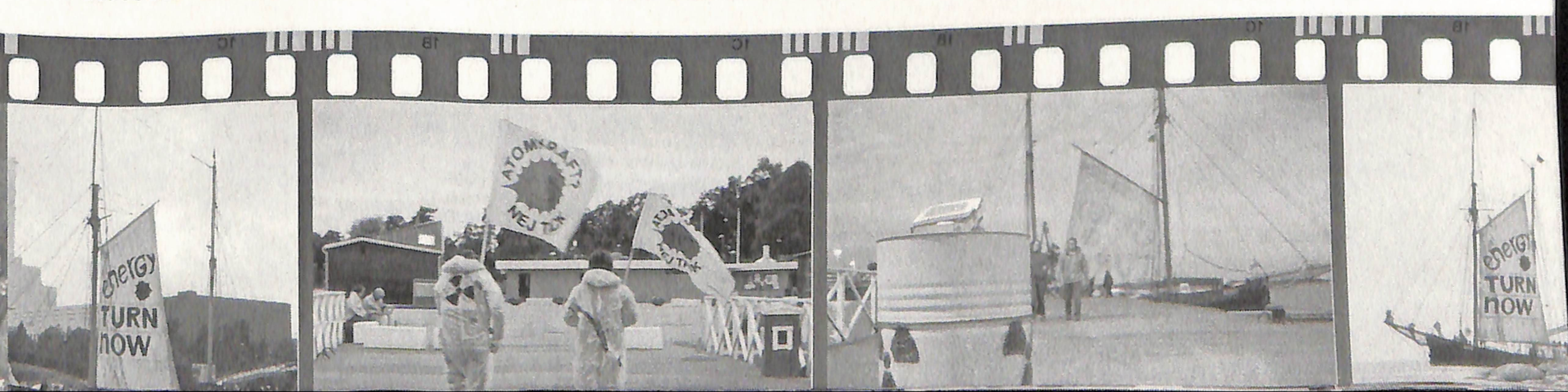
Der Bereich, in dem die Proteste stattfinden, ist von Wäldern und Feuchtgebieten umgeben. Gleichzeitig ist die Polizeipräsenz bei den bisherigen Aktionen mit etwa einer Hundertschaft verglichen mit deutschen Verhältnissen beeindruckend gering gewesen. In Finnland gibt es keine Widerstandsgeschichte der Anti-Atom-Bewegung, wie sie sich hier über Jahrzehnte entwickelt hat. Einige Aktivist*innen, die wissen was sie wollen und resolut auftreten, haben eine gute Chance effektiv zu blockieren.

Die Solidarität von Aktivist*innen aus der deutschen Anti-Atom-Szene wird ein wichtiges internationales Signal sein, das praktisch beweist, dass unser Widerstand grenzenlos ist und keine nationale Sache ist.


Foto: F. Beyer

Schreibt an contact@nuclear-heritage.net oder ruft im Netzwerkbüro unter 03431/5894177 an, wenn ihr an der Blockade in Olkiluoto teilnehmen oder bei der Organisation des Aktivist*innen-Busses helfen wollt.

Diejenigen, die sich solidarisch zeigen wollen, aber nicht selbst nach Finnland fahren, können mit einer Spende für die Finanzierung der Mobilisierung und des Busses zur Aktion beitragen: Spendenkonto von Greenkids e.V., Konto 1101740600, BLZ 43060967, GLS Bank, Verwendungszweck "Olkiluoto".



Uranabbau-Pläne in Rahe nahe E.ON's Pleite-AKW (FIN)

NukeNews In Finnland in der Stadt Rahe an der nördlichen Ostsee will ein Goldbergwerk Uran in das Meer verklappen. Die Mengen an Uran in den Bergbau-Abwässern liegen bis zu 200 Mikrogramm pro Liter und im Grundwasser über 10 Mikrogramm pro Liter. Die EU-Wissenschaftsbehörde spricht beim chemisch äquivalenten abgereicherten Uran von 0,5 Mikrogramm je Liter, die vorläufig als ökologisch vertretbare Menge angesehen werde. Der Umfang von Uran, das innerhalb der erwarteten 10jährigen Betriebszeit des Bergwerks verklappt werden soll, wird in Tonnen zu zählen sein.

Das Uran könnte außerdem auch in fester Form vorkommen, wo es bis zu 10 mg/l betragen darf. Der Originalgenehmigung zufolge können die Wässer bis zu 500 Mikrogramm pro Liter Arsen und bis zu 400 Mikrogramm pro Liter Zyanide enthalten. Kupfer und Kobald könnten nahe an 100 Mikrogramm pro Liter herankommen, obwohl es dazu keine See-Genehmigung gibt. Die anderen Werte scheinen ebenfalls ökotoxisch zu sein.

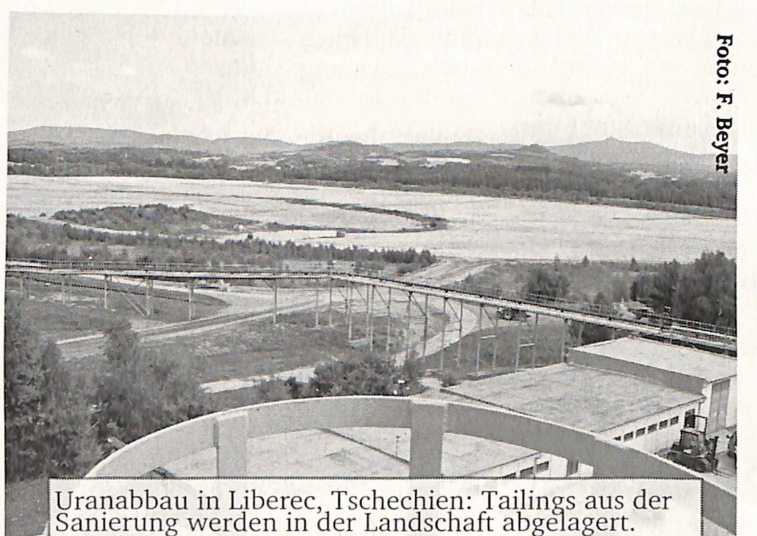
Urangenehmigung Bedrohung für West-Australien

NukeNews Das West-Australische Umweltministerium hat eine noch nicht endgültige Genehmigung für West-Australiens erstes Uranvorhaben erteilt. Toro Energy meinte, dass die Wiluna Uranmine noch eine Bundesgenehmigung und eine Reihe Zustimmungen anderer Bundesstaaten brauchen würde und auch mögliche juristische Schwierigkeiten bezüglich der zu erwartendenden Risiken und Konsequenzen zu erwarten habe. Der Uranabbau wird von Umwelt- , lokalen und Aborigines-Gruppen, Gesundheitsbehörden und Gewerkschaften heftig kritisiert.

Camp des Nuclear "beschützt"

fb Ende Juli/Anfang August war das erste internationale Anti-Atom-Camp von Aktivist*innen aus dem Nuclear Heritage Network organisiert worden. Es war das jährliche Sommer-Gathering des Netzwerks und sollte dazu beitragen von Atomthemen in anderen Regionen der Welt zu erfahren, andere Aktivist*innen kennen zu lernen sowie zum Start und zur Förderung von bevorstehenden Kampagnen und Projekten beitragen. Aktivist*innen aus verschiedenen Ländern nahmen daran teil und teilten ihr Wissen in Workshops und Präsentationen miteinander.

Obwohl das Gathering nicht darauf ausgerichtet war große Aktionen vorzunehmen, drehte die lokale Polizei gewissermaßen durch, als sie davon erfuhr, dass eine internationale Veranstaltung in ihrer für gewöhnlich verschlafenen Gegend stattfinden sollte. Verschiedene Behördenvertreter*innen riefen im Vorfeld des Camps an oder tauchten vor Ort auf und mit dem ersten Tag des Gatherings befand sich das Dorf unter intensiver Beobachtung von Polizeieinheiten. Dabei wurden Gesetze gebrochen, Hausfriedensbruch begangen und Überwachungen ohne richterliche Genehmigung vorgenommen; Nachbarn wurden gestört und erschreckt, denn sie hielten die Zivilpolizist*innen, die durch die Büsche krochen, für Einbrecher. Willkommen in Deutschland!



Uranabbau in Liberec, Tschechien: Tailings aus der Sanierung werden in der Landschaft abgelagert.

Foto: F. Beyer

Themen

Beim Camp am Projekthaus in Döbeln waren u.a. die Atompolitik in Litauen, Lettland, Slowenien, Österreich und Tschechien, Kampagnen gegen deutsche Atombürgschaften und Europas Atomkurs sowie gegen den AKW-Neubau in Kaliningrad Thema. Weitere Workshops setzten sich beispielsweise mit atomkritischer Wissenschaft, dem Referendum in Litauen, Aktivismus und Burnout sowie mit konkreten Projekten auseinander.

Uranabbau in Liberec

Eine Exkursion führte zu einem derzeit stillgelegten Uranabbau im tschechischen Liberec nahe der deutschen Grenze. Dort wurden im In situ-Bergbauverfahren Säuren in den Untergrund gepumpt, um das gelöste uranhaltige Gestein nach oben zu pumpen. Derzeit läuft die sogenannte Sanierung des Uranabbaus. Wir erhielten eine offizielle Führung durch das verantwortliche Unternehmen und konnten uns einen Einblick davon verschaffen, was unter dem Titel "Renaturierung" geschieht.

Als Nebenprodukt der Reinigungsver-



Heritage Networks: gut von der Polizei

suche des chemisch stark verschmutzten Grundwassers fallen immer noch jedes Jahr viele Tonnen Uran an, die die Sanierungsfirma auf dem Markt verkauft. Es wird also noch immer eine relevante Menge Uran produziert, aber nicht offiziell als Uranabbau.

Im Anschluss trafen wir uns mit Menschen einer lokalen Initiative gegen den Uranabbau, sahen uns verschiedene Präsentationen zu den Folgen dieser Industrie und zu den Aktivitäten der Gruppe an und lernten die Aktiven vor Ort kennen. Ersten Kontakt hatten wir bereits durch das Netzwerktreffen im Vorjahr geknüpft, das im tschechischen Budweis stattgefunden hatte.


Was die Polizei da wohl wollte? Das Anti-Atom-Sommercamp war eine reine Bildungsveranstaltung.

Aktionssommer

Eingebettet war das Camp in den "Anti-Atom-Aktionssommer", in dessen Kontext Aktivist*innen dazu aufgerufen hatten an verschiedenen internationalen Camps und Aktionen teilzunehmen. Teilnehmer*innen unseres Netzwerktreffens waren zuvor beim Anti-Atom-Camp im polnischen Lubiatowo, einige nahmen im Anschluss an einer Fastenaktion gegen Atomwaffen in Paris, andere an dem Olkiluoto-Protestcamp und der Blockade des finnischen Atomkraftwerks teil. Zuletzt fand Ende August/Anfang September eine Anti-Atom-Segeltour von Stockholm nach Greifswald statt.

Der Aktionssommer hat viele neue Kontakte zwischen Anti-Atom-Gruppen und Aktivist*innen geschaffen, auch das wiederholte gemeinsame Treffen und Aktionen machen hat die Verbindungen gestärkt. Einige Projektideen sind entstanden und bereits laufende Projekte und Kampagnen weiter entwickelt worden.

Australisches Uran versorgte Desaster in Fukushima

NukeNews In den Reaktoren von Fukushima wurde Uran aus Australien verwendet. Die Bergbaufirmen wollen diese Tatsache nicht eingestehen. Stattdessen verstecken sie sich hinter vorgeschobenen Argumenten wie "Geschäftsgeheimnis" und "Sicherheit". Die Wahrheit ist nun aber ans Tageslicht gekommen. Das Australische "Safeguards and Non-Proliferation Office" gab im Oktober folgendes zu: "Wir bestätigen, dass mit Australien verbundenes nukleares Material am Standort Fukushima Daiichi war - und zwar in jedem der Reaktoren - vielleicht in fünf von sechs, oder es könnten auch alle von ihnen gewesen sein".

Urantransport mit Luftblockade aufgehalten

NukeNews Am 7. Mai fuhr ein Urantransport mit 450 Tonnen Uranhexafluorid von der Urananreicherungsanlage in Gronau nach Pierrelatte in Frankreich. Kurz vor Münster musste der Zug gestoppt werden, weil mehrere Kletteraktivist*innen in luftiger Höhe über den Schienen hingen. Erst nach acht Stunden war die Räumung abgeschlossen und der Zug konnte seine Fahr fortsetzen. Atomtransporte zur Versorgung der Atomindustrie fahren regelmäßig quer durch die Welt, meistens unbemerkt.

Uranium Action Day in fünf Ländern

fb Zum zweiten Mal riefen Anti-Uran-Aktivist*innen den internationalen "Uranium Action Day" aus. Er fand am 29.9.2012 mit Aktionen in Döbeln, Duisburg, Essen, Frankfurt, Gronau (Deutschland), Jekaterinburg, Kazan, Moskau, Murmansk (Russland) und an anderen Orten in Ungarn, den Niederlanden und der Mongolei statt. Es ist möglich, dass es noch mehr Veranstaltungen waren und wir sie noch nicht auf unserer Aktionstag-Homepage dokumentiert haben. Im Jahr 2008, als der Uranium Action Day erstmals ausgerufen worden war, war die Zahl der involvierten Länder und Städte sogar noch höher.

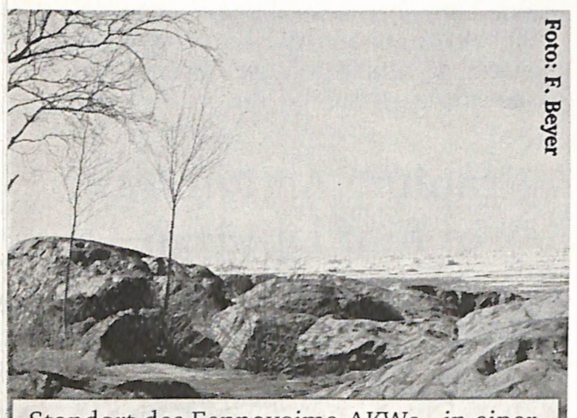
Der Uranium Action Day hatte das Ziel, die Uranindustrie mit Protesten zu konfrontieren, indem öffentliche Events, insbesondere vor dem jeweiligen Sitz der entsprechenden Firmen, organisiert wurden. Die Gefahren des Uranabbaus und der Uranverarbeitung öffentlich zu thematisieren und die Problematik der AKWs mit der Herstellung des atomaren Brennstoffs in Verbindung zu bringen war ein weiteres Anliegen.



Atomkraft ist kein gutes Geschäft mehr

Die jüngsten Nachrichten zeigen, dass die Atomkraft kein gutes Geschäft mehr ist. Nach dem Unfall in Fukushima sind rund um die Welt weitere Projekte storniert worden. Finnland aber scheint unbeirrt mit neuen AKWs weitermachen zu wollen.

Das Fennovoima-Projekt hat viele Probleme mit der Finanzierung, sagen ExpertInnen. Der größte Shareholder (E.On mit 34 %) hat bereits begonnen, sich aus dem Nuklearbereich zurückzuziehen und sagt, sich auf die erneuerbaren Energien konzentrieren zu wollen. Kleine Investoren könnten ein Problem haben, falls mit dem Bau begonnen wird. Die Errichtungskosten sind seit dem Start der Bauarbeiten um etwa 100% gestiegen. Um mit neuen AKWs Gewinn machen zu können, müssen die Strompreise steigen.


Foto: F. Beyer

Standort des Fennovoima-AKWs - in einer idyllischen, aber für die Anlage riskanten Gegend.

Ein neues Atomkraftwerk soll in Pyhäjoki in Nordfinnland gebaut werden. Der Konzern Fennovoima ist ein neuer Spieler in diesem Feld. Aber als Nachwirkung des Unfalls in Fukushima berechnen die Investoren die Kosten des Baus neuer Anlagen, und diese Berechnungen geben der Atomkraft einen neuen Namen: "Unternehmenskiller".

Selbst vor dem Unfall in Fukushima waren Warnungen zu neuen Atomanlagen veröffentlicht worden. Nach einer Pause von 25 Jahren, in denen sich der Neustart von AKW-Bauvorhaben als schwierig erwiesen hat, steigen die Kosten im Projektverlauf in die Höhe. Das am meisten vorangeschrittene Projekt, Olkiluoto-3, ist im Augenblick etwa 100% über den geplanten Kosten und 4 Jahre hinter dem Zeitplan. Die Automatisierungstechnik ist noch immer nicht akzeptiert. Olkiluoto wird bei dem Finanzgiganten Citi-group als Warnung verwendet, die schon im Herbst 2009 seine Kunden speziell davor warnte in Atomkraft zu investieren. Anlagen in Atomkraft werden in der niedrigsten Kategorie eingeordnet, deren Verzinsung ebenso.

Die deutschen Unternehmen E.On und RWE ziehen sich derzeit aus zwei großen Projekten in England zurück: neue Reaktoren in Wylfa und Oldbury werden wahrscheinlich nicht gebaut, neue Partner zur Finanzierung zu finden könnte sich als unmöglich herausstellen. Der Grund für den Rückzug ist wirtschaftlicher Natur: der Bau von Anlagen Erneuerbarer Energien zahlt sich schneller aus als bei der Atomkraft. E.On beendet nun alle Atomvorhaben im Ausland, Fennovoima (mit einem E.On-Anteil von 34%) ist das letzte verbliebene Projekt.

Die Gebote für den Bau neuer Atomanlagen sind Handelsgeheimnisse, aber die veröffentlichten Hochrechnungen basieren auf den abgebrochenen Projekten. Im November 2010 wurde der EPR-Reaktor auf 9,6 Milliarden Dollar geschätzt (7,2 Milliarden Euro: U.S. Calvert Cliffs Block 3). Die letzten bekannten Preisinformationen stammen aus Großbritannien, 7 Milliarden Pfund, was 8,7 Milliarden Euro gleichkommt.

Im Frühjahr 2012 hatten die kleinen Unternehmen "Jyväskylä energy" und "Åland Energy" angekündigt ihre Fennovoima-Anteile zu veräußern. Zuvor versuchte "Korpelan voima" seine Anteile nach Schweden an Skellefteå Kraft zu verkaufen. Der Stadtrat von Skellefteå sagte Nein.

Es bestehen wachsende Zweifel an den Investitionsmöglichkeiten kleinerer Shareholder von Fennovoima. Insbesondere kommunale Unternehmen ohne eigene Energieerzeugung dürften nicht in der Lage sein die nötigen Millionen Euro zu investieren, mit denen sie allein gelassen wurden, um Sicherheiten für die Kredite zum Bau des Kraftwerks aufzubringen. Diese Frage wurde in einem Zeitungsartikel wenige Wochen bevor Jyväskylä und Åland ihre Beteiligung an Fennovoima beendeten, aufgestellt. Es gibt eine Beteiligungsgesellschaft von Fennovoima und 10 kleinen Unternehmen im Norden. Die Summe der von den Shareholden nötigen Investitionen übersteigt deren jährliches Betriebseinkommen. Die Eigentümer dieser Unternehmen könnten aufgefordert werden Sicherheiten für die Kredite aufzubringen. Tätigen die Unternehmen diese Investitionen eigenmächtig, ohne Genehmigung ihrer Eigentümer?

Ein eigentümlicher Fall ist die Firma "Rovakairan tuotanto". Sie hält 26.08% der Anteile an "pohjois-Suomen voima Oy". Diese war ursprünglich als Beteiligungsgesellschaft für Wasserkraft-Anteile von Rovaniemi, Sodankylä und Kittilä gegründet worden, und ihre Geschäfte basieren auf dem "Mankala-Prinzip": das Unternehmen macht keine Gewinne, aber verkauft all seine Energie an die Eigentümer auf Herstellungskostenbasis. Rovakairas Investitionen in Fennovoima werden 7mal größer sein als der jährliche Umsatzerlös des Unternehmens von 1,9 Millionen. Sind die Bürger von Rovaniemi etc. bereit diesen Preis zu zahlen?

Experten sagen, dass eine auf einer gemäßigten Schätzung von 6,6 Milliarden Kosten basierende Konstruktion null Prozent Atomkraft bringen wird, wenn die Strompreise auf 78 EUR/MW steigen werden. Diese Kalkulation schließt nicht die Endlagerung ein. Wie anhand der früheren Kostenschätzungen zu sehen ist, ist Atomkraft kein gutes Geschäft mehr.

Matti Adolfsen, Kemi



Das Ende des Fennovoima-Atomprojekts

Wie schon früher in diesem Jahr vorausgesagt wurde, könnte das Fennovoima-Projekt aus wirtschaftlichen Gründen enden. Seitdem haben mehrere Kleinaktionäre das Projekt verlassen, aber der letzte Sargnagel war E.Ons Ankündigung, sich ebenfalls zurückzuziehen. Jetzt werden etwa 40% der Aktien zum Verkauf angeboten, aber kein Käufer ist in Sicht. Da sich noch mehr Aktionäre zurückziehen, deutet alles darauf hin, dass das Projekt für einen siebten Atomreaktor in Finnland zu Ende geht.

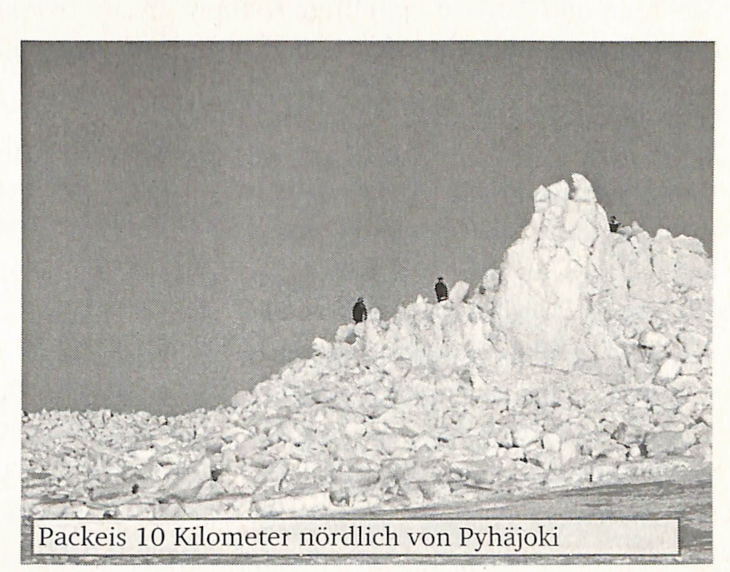
Es sieht aus als wäre der Fennovoima-Atomkonzern in großen Schwierigkeiten. Der größte Anteilseigner, E.ON, kündigte im Oktober an das Projekt zu verlassen. Mit einem Anteil von 34% entsteht ein zu großes Loch, das von den finnischen Shareholdern gestopft werden müsste.

Einige Wochen zuvor waren bereits zwei Schlüsselpersonen in ihrer Organisation entlassen worden: Die Kette, die dazu führte, begann kurz nachdem Fennovoima mitgeteilt hatte Pyhäjoki als Standort für den Bau des Atomkraftwerks ausgewählt zu haben. Die ersten Anteilseigner, die sich verabschiedeten, waren zum Frühlingsbeginn Unternehmen aus Jyväskylä und Åland.

Sechs weitere Shareholfer verließen Fennovoima im September und zwei haben ihre Anteile an dem Projekt reduziert. Das bedeutet einen Kapitalverlust von 10% auf finnischer Seite. Fennovoima teilte mit, dass das Unternehmen nicht in der Lage war die Anteile dieser Firmen zu verkaufen, daher stehen deren Namen immer noch auf der Internetseite von Fennovoima. Zu diesem Zeitpunkt hatte E.On noch nicht bestätigt, ob der Konzern das Projekt aufgeben oder fortsetzen will.

Fennovoima erhielt Angebote von Toshiba und Areva zu Beginn dieses Jahres. Der Preis wurde nicht mitgeteilt, nicht einmal den Shareholdern. Der vorläufige Preis (5 Jahre früher) sollte 4-5 Milliarden Euro betragen. Heutzutage ist bekannt, dass die Kosten zum Bau eines Atomreaktors zwischen 7,2 und 9 Milliarden Euro schwanken. Einer alten Analyse der Citigroup zufolge sagt die Wirtschaft "nein" zur Atomkraft.

In Kemi hat der Stadtrat einen Prozess in Gang gesetzt, um das städtische Energieversorgungsunternehmen aus Fennovoima herauszuziehen. Das Unternehmen hatte Anteile gekauft, ohne den Eigentümer zu fragen. Nun, da Fennovoima mehr Geld für Planung und die spätere Konstruktion verlangt, erlaubt der städtische Haushalt diese Beteiligung nicht mehr. Ein anderer Vorgang war kürzlich in Kemi zum Abschluss gekommen, der solche Risikoinvestitionen ohne Genehmigung verhindern soll. Es ist wahrscheinlich, dass sich diese Initiative durchsetzen wird, sagte ein Mitglied des Stadtrats von Kemi. Und falls dem so ist, wird eine kleine Gruppe von Investoren, im wesentlichen kleine Energieunternehmen im Norden, genannt "pohjois-Suomen Voima Oy", Pleite gehen. In Kuopio wurde im Frühsommer ein ähnlicher Prozess initiiert, um Fennovoima zu verlassen.


Packeis 10 Kilometer nördlich von Pyhäjoki

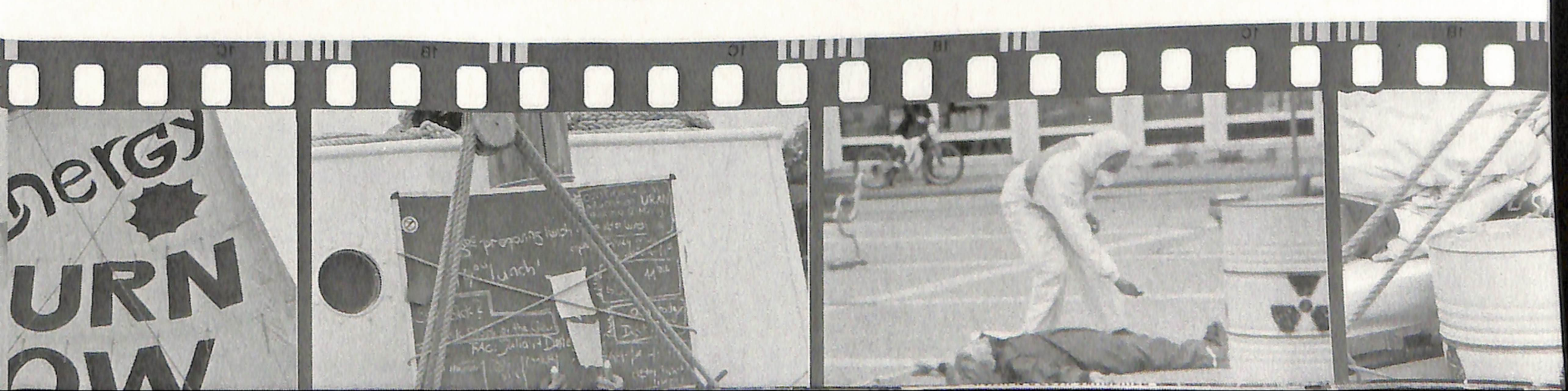
Fennovoiuma ist juristisch immer noch nicht qualifiziert, um die Anlage bauen zu dürfen, da die vorläufige Genehmigung nicht gültig ist, solange das Unternehmen kein Konzept für ein Atommüllendlager hat. Bisher gibt es keinen Platz für Fennovoimas Müll im Endlager Onkalo in Olkiluoto.

Anfang Oktober gab es Spekulationen, das staatseigene Unternehmen Fortum Oy könnte die verbleibenden Anteile aufkaufen und das Projekt nach Lovisa verlagern wollen. Pyhäjoki ist technisch ungeeignet als Standort für eine Atomanlage.

Matti Adolfsen, Kemi

Fennovoimas AKW-Projekt in Pyhäjoki

NukeNews Im Juli 2010 erteilte das Finnische Parlament Fennovoima eine Grundsatzgenehmigung für die Pläne, ein neues AKW zu errichten. Die Firma war aber noch nicht fähig, eine Baulizenz von der Finnischen Regierung zu erwirken. Der Versuch, einen neuen Reaktor in Pyhäjoki auf der Hanhikivi-Halbinsel zu bauen, einer unberührten Naturlandschaft mit vielen gefährdeten Biotoptypen, ist einer der arrogantesten in ganz Europa. Hanhikivi ist ein bedeutendes Nistgebiet für fast 20 bedrohte Vogelarten und ein besonders wichtiges Rastgebiet für migrierende arktische Vögel. Falls dieses AKW-Projekt realisiert würde, ist zu erwarten, dass diese Region dramatisch ihren Charakter ändern und zu einem Industriegebiet wird.



Eine Castorblockade und deren Nachspiel:

Zwischenbericht der Repression gegen die Castorblockierer_innen in Dalle

„Infantile" Inhalte, Scherze von Amtsgerichten, grenzüberschreitende Eingangskontrollen, allgemein bekannte Gefahren und weitere vielfältige Kämpfe zwischen Angeklagten, Prozessbeobachter_innen, Justizwachtmeister_innen, Richter_innen und Staatsanwälten.

Kennzeichnen von Atommüllanlagen

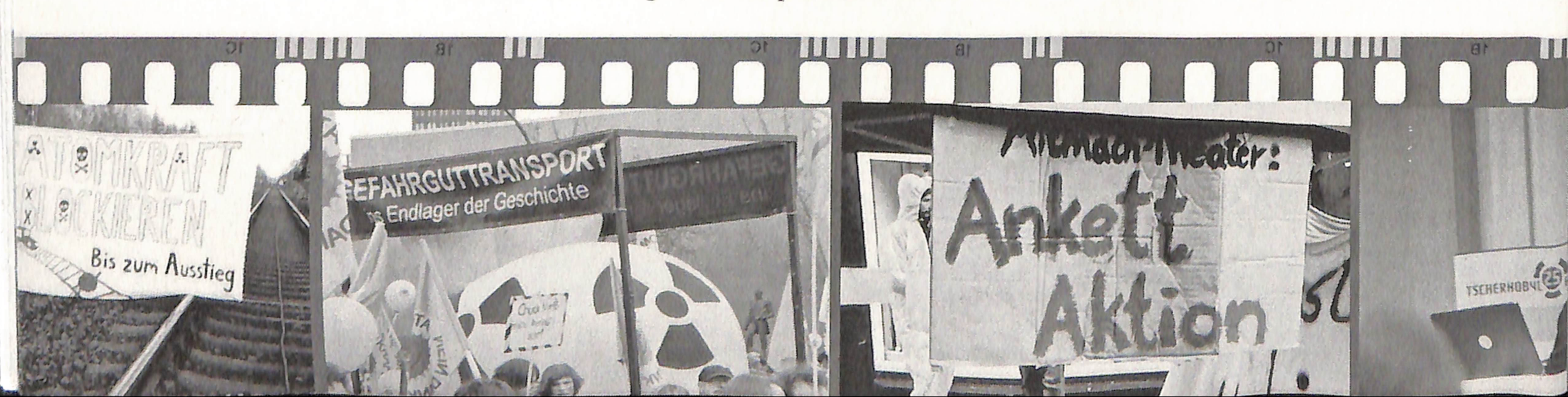
Eine Thematik, welche sich schon lange auf der Agenda des Umgangs mit Atommüll befindet, ist die Art und Weise der Markierung von Atommülldeponieanlagen, sodas zukünftige Generationen fähig sein werden, ihren Zweck und ihre Risiken zu verstehen. Es wird bezüglich langfristig funktionierender Informationsträger geforscht, aber wie können "zukünftige Menschen" wissen, dass sich darin eine Information verbirgt, oder sogar, wohin geben wir diese Information, dass sie gefunden wird, bevor begonnen wird, sie auszugraben? Und dann die noch zentralere Frage, ob solche Warnungen nicht sogar die Menschen anziehen würden, und sie dann erst recht zu graben begännen? Oder sollten wir vergessen lassen, dass Atommülllager je existierten? Aber wie? Das ist das Thema dieses Artikels.

Mehr dazu: http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Marking_Nuclear_Waste_Disposal_Facilities

Bärchen Hintergrund: Am 7. November 2010 blockierten mehrere Aktivist_innen bei Dalle zwischen Celle und Eschede den Castortransport nach Gorleben. Drei Aktivist_innen ketteten sich an Rohren, die sich unter dem Gleis befanden, und konnten so den Castortransport für drei Stunden stoppen. (Ein Artikel dazu erschien im Grünen Blatt Nr. 56.)

Monate nach der Aktion bekamen mehrere Aktivist_innen Post, in denen ihnen die Straftaten Nötigung und Störung öffentlicher Betriebe bzw. Beihilfe zur Nötigung und Störung öffentlicher Betriebe vorgeworfen wurden. Ca. 1 ½ Jahre nach der Aktion wurden fast alle Beihilfeverfahren eingestellt zwei der beiden Aktivist_innen, denen vorgeworfen wurde sich angekettet zu haben, wurden in Form von Strafbefehlen zu 55 Tagessätzen vorverurteilt, sie legten allerdings Einspruch gegen dagegen ein. Zwei Aktivist_innen bekamen Anklageschriften. Bei einer der beiden in wurde das Verfahren mit einem angeblich getätigten Diebstahl zusammengelegt. Im April diesen Jahres führte sie zusammen mit einen Aktivisten, den sie als Laienverteidiger beantragte, einen politischen und offensiven Prozess im Amtsgericht Bad Oeynhausen. Richter Meyer versuchte es sich einfach zu machen indem er das gesellschaftlich weitaus umstrittenere Thema Atomkraft aus den Vorwürfen ausklammerte und die Beihilfe an der Castoraktion einstellte. Er diffamierte ihren politischen Standpunkt als „infantil" und „bar jeglicher Vernunft" und verurteilte sie wegen Diebstahl einer Flasche Korn aus einem Supermarkt zu zwei Tagen Jugendarrest.

„Im Übrigen löst der Vorwurf, gegen die Eigentumslogik des Kapitalismus durch Diebstahl im Supermarkt verstoßen zu haben, weder Scham noch Schuldgefühle in mir aus. Denn Teil ebendieser Logik sind die größer werdende Schere zwischen Armen und Reichen, die Privilegierung derer, die Geld haben, bei Ausschluss der anderen, sowie auch die kommerzielle Energiegewinnung mit ihren extremen Umweltbelastungen und Sicherheitsrisiken." So die Angeklagte M. nach der Urteilsverkündung. Fast zwei Jahre nach der Aktion auf den Gleisen wurde der nächste Prozesstermin festgelegt. Diesmal wurden zwei Aktivist_innen die sich vermeintlich an das Gleis ketteten ins



Amtsgericht Celle geladen. Die Vorwürfe Nötigung und Störung öffentlicher Betriebe, die von den Ermittlungsbehörden herbei konstruiert wurden, übernahm Richterin Precht. Wie Passant_innen berichteten sorgte bereits Tage vor dem Prozess ein Schreiben des Amtsgerichts an einige Haushalte in Celle für Aufregung. In dem Schreiben wurde den Menschen vorgeworfen im November 2010 ebenfalls den Castor gestoppt und somit das Ansehen Deutschlands massiv gefährdet zu haben. Laut einer Passantin die daraufhin beim Amtsgericht anrief wurde dieser Vorgang allerdings als Scherz bezeichnet.

Auch andere Aktivitäten wie ein öffentlicher Ankettworkshop in der Innenstadt, Graffities mit der Aufforderung „Atomstaat blockieren" und Absperrungen von Spielplätzen wegen der Gefahr radioaktiver Strahlung machten die Tage vor dem Prozess auf die alltäglichen Gefahren der Atomenergie und der Kriminalisierung ihrer Gegner_innen aufmerksam. Einer der Aktivist_innen konnte aus persönlichen Gründen am ersten Prozesstag nicht erscheinen und wurde in seiner Abwesenheit zu 55 Tagessätzen verurteilt.

Der erste Prozesstag wurde von widerlichen Einlasskontrollen begleitet, Menschen wurden am ganzen Körper betatscht und „gefährliche Gegenstände" wie Trinkflaschen, Essen und Rucksäcke wurden ihnen abgenommen. Die sexistischen Grenzüberschreitungen eines Justizwachtmeisters ging sogar so weit das er den Angeklagten unter den Rock schaute. „Machtdemonstrationen und Herrschaftsrituale machten zu jedem Zeitpunkt deutlich: Hier ging es wie zu erwarten kein Stück um Aufklärung der Rechtslage oder eine Einordnung der Aktion in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext, sondern um Demütigung, Zurechtweisung, Kleinhalten des Angeklagten und seines Umfelds sowie jeglicher sonstiger kritischer Öffentlichkeit." bewertete der Angeklagte dieses Szenario.

Das dieses Verhältnis aber durchaus zumindest zeitweise durchbrochen werden kann zeigte der weitere Verlauf der Verhandlung, immer wieder verlas der Angeklagte Anträge, sodass der politische Charakter dieser Verhandlung nicht zu ignorieren war. Die zitternde und deutlich sichtbar aufgeregte Richterin versuchte gemeinsam mit dem Staatsanwalt dieses zu unterbinden, indem sie immer wieder versuchten den Aktivisten zu unterbrechen. Dies gelang ihnen zwar auch immer mal wiede, aber in großen und ganzen war ihr Redeanteil doch deutlich niedriger als der des Angeklagten. Neben diesen Kämpfen um die Hoheit innerhalb der Verhandlung wurden zwei Verteidiger_innen, die zwar kein formellen Jura Abschluss besitzen, aber sich durchaus fundiertes Wissen im Bereich des Strafrechts angeeignet haben, mit der Begründung abgewiesen der Angeklagte sei durchaus selbst in der Lage sich zu verteidigen und von den beantragten Verteidiger_innen sei nicht auszugehen, dass sie ihrer Aufgabe im Bereich der Rechts-

Kastrophenschutzübung AKW Grohnde - nichts gelernt aus Fukushima

IPPNW Expertin für Katastrophenschutz Dr. Angelika Claussen wurde heute von der presseöffentlichen Informationsveranstaltung mit der Androhnung einer Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch ausgeschlossen. Sie wollte sich unter anderem für das IPPNW Magazin FORUM über den aktuellen Katastrophenschutz in Niedersachsen am Fallbeispiel AKW Grohnde informieren. Rüde wurde sie durch Polizist Althaus des Grundstücks verwiesen.

"Wir haben jetzt November 2012, im März/April 2012 wurde eine wichtige BfS (Bundesamt für Strahlenschutz) Studie veröffentlicht, die im November 2011 fertig gestellt wurde. Fukushima war im März 2011. Deutsche Atomkraftwerke laufen ungestört weiter und niemand ändert den Katastrophenschutz. Selbst das Bundesamt für Bevölkerungsschuz und Katastrophenhilfe musste kürzlich eingestehen, dass es prinzipiell keinen funktionsfähigen Schutz zur Evakuierung der Bürger gibt. Die Behörden wären im Katastrophenfall hoffnungslos überfordert." Die bürokratische Schutzübung im Landkreis Hameln-Pyrmont erfolgt unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ersetzt keine praktische Übung unter Einbeziehung der Bewohner und breitflächiger Bürgeraufklärung.

Die Regionalkonferenz Grohnde Abschalten, die IPPNW sowie weitere Umweltverbände fordern, das Abschalten der Atomkraftwerke, solange nicht die absolute Sicherheit der Menschen und Umwelt gewährleistet ist. "Die Bürger tragen schon seit Jahren nicht mehr die Risiken



mit der Atomenergie, aber sollen für die Schäden und Entsorgungkosten aufkommen. Die Asse allein wird mindestens 4 Mrd. kosten. Es gibt aber auch noch Gorleben, Morsleben, die Wismut usw. Das ist einfach inakzeptabel." so Claussen abschliessend.

Andreas Rohrmann, 10.11.2012

Spezialbericht: Management abgebrannter Brennelemente und Atommüll

NukeNews Seit Beginn der Nutzung der Atomkraft wird behauptet, dass es bald eine Lösung für den Atommüll geben würde. Wie die Autoren des Berichtes "Management of spent fuel and radioactive waste. State of affair, a worldwide overview" aber beschreiben, hat noch immer keines der 34 Länder mit abgebrannten Brennelementen aus AKWs (egal ob wiederaufbereitet oder nicht) ein Endlager, weder in einer geologischen Tiefenformation oder oberflächennah. Eine sehr große Mehrheit dieser Länder ist noch nicht einmal nahe an diesem Ziel. Einige verschieben die Notwendigkeit der Realisierung eines solchen Lagers deshalb, weil sie langfristige Zwischenlager mit bis zu 100 Jahren Lagerkapazität betreiben. Und wieder andere Länder verwenden die (zukünftige Möglichkeit einer) Wiederaufbereitung als Alibi, um diese Entscheidung weiterhin nicht treffen zu müssen.

Lies den kompletten Artikel:
http://www.greenkids.de/europas-atomerbe/index.php/Special_report:_Management_of_spent_fuel_and_radioactive_waste

pflege nachkommen werden. So musste der Angeklagte alleine auf der Anklagebank sitzend die vier Polizeizeugen vernehmen.

Nach vier Stunden Verhandlung begleiteten die Nachbereitung zwar auch gemischte Gefühle aber in großen und ganzen konnte der erste Prozesstag als Erfolg gewertet werden.

Drei Wochen später folgte der zweite Prozesstag. Dieser Prozesstag begann einen Kampf um das Rederecht zwischen angeklagten und Richterin Precht. Direkt nach Eröffnung der Verhandlung begann der Angeklagte einen Befangenheitsantrag gegen die Richterin vorzulesen da sie ihm den Zugriff auf das Protokoll der letzten Hauptverhandlung verweigerte. Zur selben Zeit trug die Vorsitzende ein von Amtsgerichtsdirektor Busche verfassten Text vor, der die Befangenheitsanträge des Angeklagten vom letzten Prozesstag ziemlich unbegründet ablehnte. Beide redeten stur gegeneinander an. Auch im weiteren Prozessverlauf konnte der Angeklagte sich immer wieder gegen die Richterin behaupten unterstützt wurde er hierbei durch aufmerksame Prozessbeobachter_innen die mit bissigen Kommentaren die Richterin und ihre Justizwachtmeister zurechtwiesen. Auch an diesen Prozesstag versuchte der Angeklagte einen juristischen Beistand zu bekommen und beantragte mehrere Verteidiger_innen jedes Mal unter dem Vorwand, es gäbe keine Anzeichen, dass die Betreffenden ihre Aufgaben wahrzunehmen wüssten – wobei diese Anzeichen eben auch schwer zu erkennen sind, wenn mensch nichts als den Namen einer Person weiß. Solcherlei Ablehnungen dürfen eigentlich nur als Ausnahme erteilt werden, was Richterin Precht dann auch in einer Pause eingefallen zu sein schien: Schnell ließ sie daraufhin den x-ten vom Angeklagten beantragten Rechtsbeistand auf einmal zu, sodass dieses Mal ein Teil der Zeugenbefragung gemeinsam mit ihm durchgeführt werden konnte.

Aus der Zeug_innenbefragung ergab sich das, wenn Richterin Precht den Aktivisten tatsächlich wegen Nötigung und Störung öffentlicher Betriebe verurteilen will sie sich schon sehr kreative Begründungen einfallen lassen muss damit sich die Tatbestandsmerkmale erfüllen lassen.

Im weiteren Prozessverlauf stellte der Angeklagte Beweisanträge, bei denen die Atomkraft mit ihren Problemen und Risiken eine wesentliche Rolle spielten. Zu diesem Thema sollten einige Tatsachen bewiesen werden, etwa die Vergrößerung der Strahlung durch die Wiederaufbereitung von Atommüll, die Wichtigkeit von Castortransporten für den Weiterbetrieb von AKWs (es kommt, wenn der Müll nicht regelmäßig weggeschafft wird, zu sogenannter „Verstopfung" in den Kraftwerken) und die enormen Sicherheitslücken, die selbst der relativ wohlwollende EU-Stresstest bei 63 von 64 europäischen AKWs nicht mehr verschleiern konnte. Hierauf



gierte die Staatsanwaltschaft mit em überraschenden Manöver: Sie lte all diese Tatsachen als „allgen bekannt“ dar und beantragte aus au diesem Grund, die Beweisane abzulehnen! Es stellte sich die ge, weshalb wir angesichts dieses nsens über die Gefahren der mkraft noch im Gerichtssaal sa-, anstatt uns gemeinsam für den lerstand gegen die MOX-Transe zu wappnen. Ehe diese Frage chließend geklärt werden konnte, oss die Richterin nach 7 ½ Stun-Verhandlung die Sitzung.

e Risiken der Atomkraft sind bedruckend und dramatisch, doch l sie keineswegs der einzige Weg, dem die Menschheit das Leben diesem Planeten zugrunde richten n. Die Dinosauriertechnologie der lekraft hinterlässt grausige Spuin Umwelt und Ozonschicht, und n für moderne Solarmodule werseltene Erden verwendet, ein logisches und soziales Problem. nge die gesamte Gesellschaft auf loses Wachstum von Konsum und duktion in einer Welt endlicher sourcen gepolt ist, werden immer e Methodiken der Zerstörung geden werden. Ich halte diese Wirtaftsform aber nicht für naturgegeoder dem Menschen entsprend, sondern für historisch nderbar. Dafür, dass eine solche nderung nicht eintritt, stehen die ichte und ihre Knäste, die Polizei in letzter Instanz die Armee.“

der Angeklagte auf die Frage wesbei diesen Prozess nicht nur Atomkraft sondern auch die Justiz und der Kapitalismus problematisiert werden.

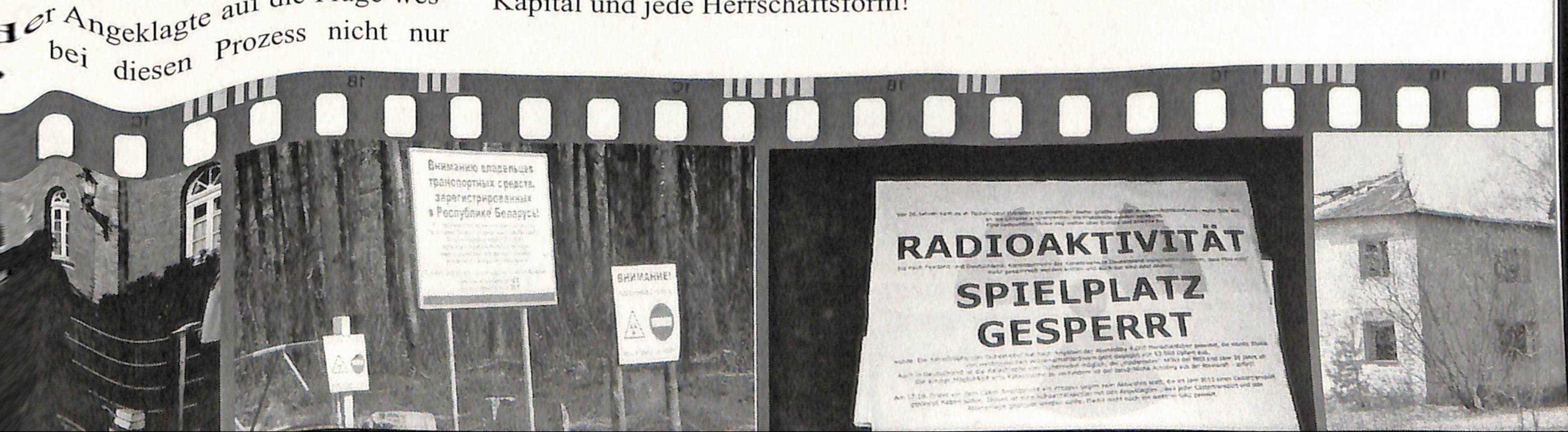
In diesem Prozess konnte ich Momenten erleben, in denen der Herrschaftsapparat mit Richterin, Staatsanwalt und bewaffneten Justizwachtmeistern nicht mehr ganz so reibungslos wie er sollte zu funktionieren schien, auch wenn dies angesichts der totalen Durchdringung von Herrschaft in alle Lebensbereiche nur winzige Momente der Rebellion waren gaben sie mir doch Kraft weitere Auseinandersetzung gegen die Verhältnisse die so etwas wie Atomkraft, die Justiz und jede Menge anderen Mist hervorbringen zu führen.

Der dritte Prozesstag befindet sich zwischen Redaktionsschluss und Verschickung des Grünen Blattes. Eine Zusammenfassung des Berichts und weitere Berichte, Hintergründe und Termine findest du unter castorblockadedalle.wordpress.com finden.
Neben den aktuell laufenden Prozess in Celle ist auch noch eine Verhandlung im Zusammenhang dieser Blockade gegen eine weitere Aktivistin in Braunschweig zu erwarten.

Was du tun kannst um die Aktivist_innen zu unterstützen:
Informiere dich auf der Homepage über weitere Prozesstermine!
Solidarisiere dich mit den angeklagten Aktivist_innen!
Komm zu den Prozessen!
Sets dich zur Wehr gegen Atomstaat, Kapital und jede Herrschaftsform!

Entsorgung bei den Indigenen EinwohnerInnen: die hässliche Fratze des Australischen Rassismus

NukeNews Die Atomindustrie ist für einige der schlimmsten rassistischen Auswüchse der australischen Geschichte verantwortlich. Dieser Rassismus geht auf die Britischen Atombombentests in den 1950er Jahren zurück, kann aber auch heute immer noch gesehen werden. Ein giftiges vergiftetes Geschäft mit Grundleistungen im Gegenzug für die Atommüllkippe war von Anfang an Teil dieser Geschichte. Regierungen haben systematisch die Ressourcen für abgelegene Aborigines-Gemeinschaften zurückgeschraubt und übten Druck auf sie aus, um Projekte wie die Atommüllkippe zu akzeptieren. Die Situation ist kaum besser als in den 1950er Jahren, als die Briten Atombomben auf Aborigines-Land zündeten.
Lies den kompletten Artikel:
http://www.abc.net.au/unleashed/3919296.html



Frankreich: Hungerstreik als Protest gegen Atomwaffen

NukeNews Fordert den neuen Präsidenten, die neue Regierung und die ParlamentskandidatInnen in Frankreich auf in neue Verhandlungen über eine Konvention zur Abschaffung aller Atomwaffen einzutreten. Dieses Thema ist auf der internationalen Agenda und muss der französischen Bevölkerung vorgelegt werden: "Stimmen Sie zu, dass Frankreich zusammen mit anderen besorgten Staaten die Atomwaffen unter gegenseitiger Kontrolle und strengen und internationalen Maßnahmen komplett abschafft?" Für ein entsprechendes Referendum, welches uns erlauben wird, demokratisch darüber zu entscheiden, startete Jean-Marie Matagne (68), der Vorsitzende von ACDN am 15. Mai 2012 einen Hungerstreik.

Die französische Bevölkerung wurde nie zum Thema Atomwaffen, Waffen für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, welche in ihrem Namen gemacht und mit Subventionen (300 Milliarden EUR) unterstützt wurden, befragt.

Aktionen gegen Atomwaffen in Paris

NukeNews Auf dem letzten internationalen Netzwerktreffen in Döbeln haben wir als mögliche weitere Aktivitäten neben der Blockade des AKW Olkiluoto in Finnland und dem Anti-Atom-Segeltörn von Schweden nach Deutschland auch zu einer Fastenaktion gegen Atomwaffen in Paris aufgerufen. Die Aktionstage fanden vom 6. bis zum 9. August 2012 (Hiroshima- und Nagasaki-Tage) am Eiffelturm statt. Ein Teilnehmer des Netzwerktreffens war bei der Aktion dabei und hat für unseren Newsletter einen persönlichen Bericht verfasst.

Mehr dazu im Hauptartikel.

Fasten für den Frieden, ... und Nagasaki vom

Es war eine spontane Entscheidung in den Bus zu steigen, um sich einer mir unbekannten französischen Gruppe anzuschließen, die zu einem internationalen Fasten zum Gedenken an die Vernichtung der beiden japanischen Städte 1945 aufriefen und dies mit der Forderung koppelten alle Atomwaffen abzuschaffen. Ich kam gegen 15:20 Uhr am Trocadéro beim Eiffelturm an und hielt Ausschau nach einer größeren Gruppe, die Aktionen macht. Ich musste noch ein ganzes Stück zu Fuß über den Platz gehen, bis ich sie auf der anderen Seite des Turms entdeckte und sofort mitmachte.

„Abolition des armes de nucléaire“, diese Buchstaben hingen Einigen im Großformat über Brust und Rücken und Andere hielten Banner hoch. Wir marschierten langsam von der Mur de la paix Richtung Eiffelturm und machten hier und da Stopp, um die Parole zu rufen oder uns von den Buchstaben umkreisen zu lassen... Ich lernte Dominique kennen, mit dem ich den Tag zuvor noch kurz telefoniert hatte, um mir einen Schlafplatz zu sichern. Das war alles kein Problem, denn von nun an war ich Teil der Gruppe und unter der Mauer des Friedens gegenüber der Militärschule gab es eine erste kurze Vorstellungsrunde und es wurde das weitere Vorgehen besprochen.

Gegen 17 Uhr hatten wir alles eingeräumt und machten uns auf zur Turnhalle. Ich erinnerte mich nur dürftig zurück an mein Schulfranzösisch, aber je mehr ich hörte und mich damit versuchte, desto besser ging es. Piere erklärte sich auch bereit mir etwas zu übersetzen, was ich aber nicht immer in Anspruch nahm, weil er auch sehr aktiv an den Diskussionen teilnahm und gerne die Impressionen und Erfahrungen der Anderen hörte.

Dienstag hieß es dann fasten, eine dementsprechende Erklärung hat jeder, der in der Turnhalle schlief unterzeichnet. Diese umfasste außerdem, dass die Aktionen friedlich ausgeführt werden. Wir liefen zum Museum der Modernen Kunst, wo wir die Banner ausrollten und entschieden wer mit den Car de Rouge fahren würde. Später saß ich dann im Bus, der bei Notredamme abfuhr und uns an allen Sehenswürdigkeiten vorbei wieder zum Eiffelturm brachte.

Vom Bus herab ließen wir auf beiden Seiten große Banner runterhängen. An der letzten Haltestelle mussten wir dann auch aussteigen, denn es war keine autorisierte Aktion und die Firma war ein bisschen sauer...

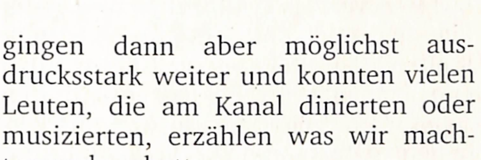
Unter der Mauer des Friedens versammelten wir uns wieder und bauten alle Banner und die Bilderausstellung (Hiroshima/Nagasaki und Fotos von Fukushima) auf, dann überquerten wir den ganzen Platz bis unter den Eiffelturm. Einige hatten sich verkleidet und trugen schwarz mit weißer Maske, ich lief als gelbe Atomrakete herum. Ein Japaner spielte sehr dramatisch auf der Trompete und plötzlich lagen alle totgestellt am Boden, während wir Bomben um sie herum schwirrten. Eine kleine Delegation aus Fukushima kam hinzu und berichtete uns nach der Aktion über die Situation in Japan.

Ich kam auch mit zwei Frauen aus Finnland ins Gespräch, die uns mit dem Banner "Don't kill your children" begleiteten. Eine Einladung zur nächsten Olkiluoto Blockade blieb nicht aus. Abends sahen wir den Film Schwarzer Regen (Black Rain, ein Hiroshima-Drama) in einem kleinen alternativen Kino.

Auch Mittwoch blieb eine Antwort der Regierung aus und wir machten uns in zwei Gruppen auf zum Ministerium. Einen Block vor dem Gebäude wurden wir jedoch von der Polizei abgefangen und mehr und mehr eingekesselt.



Gedenken an Hiroshima 6.-9. August in Paris



Klar, auch diese Aktion war nicht angemeldet.

Es fand ein intensiver Dialog statt, während wir unsere Kostüme anzogen und Banner entrollten. Ergebnis war, wir wurden nicht ins Präsidium gebracht und später waren einige von Hollandes Partei bereit zu reden, was aber zu keinem Ergebnis führte. Wieder hieß es zurück zur Mauer des Friedens und ich machte mich mit einer Gruppe auf ein weiteres Mal mit dem Doppeldecker-Bus die Stadt zu durchqueren. Abends wollten wir am Kanal Saint-Martin einen Fackelmarsch machen, leider war die Polizei schnell vor Ort und hinderte uns daran die „banderole“ auszurollen. Wir gingen dann aber möglichst ausdrucksstark weiter und konnten vielen Leuten, die am Kanal dinierten oder musizierten, erzählen was wir machten und vorhatten…

Donnerstag stand die Mauer des Friedens im Zentrum unserer Aktion, in Kostümen, mit Flaggen beinahe aller Nationen, mit einem Korb Origami Kraniche und dem Trompeter. Es wurde mit mehreren Ansprachen der Opfer gedacht und danach liefen wir rüber zur Militärschule. Dominique trug einen Globus und wir machten wieder mit Sprachgesängen deutlich, dass wir die Abschaffung der Atomwaffen fordern.

Gegen 14 Uhr bauten wir alles ab und machten uns auf den Weg in die Turnhalle zurück, wo ich prompt noch mal eingenickt bin als die anderen alles auf französisch reflektierten. Wir packten unsere Sachen und machten uns auf zum Rathaus des Stadtbezirks. Dort trafen wir den Bürgermeister des 2ten Stadtbezirks, der die Turnhalle gesponsort hatte und uns nun in einen prächtigen Saal einlud zum Essen.

Fazit: Für mich war es eine wichtige Erfahrung und ich erlebte die Stadt in freundlicher Atmosphäre. Endlich habe ich es geschafft mal zu fasten und ich habe Leute kennen gelernt, die sich für die Erhaltung unserer Zukunft einsetzen. Wer kommt mit nach Paris nächstes Jahr?

Onno Oncken

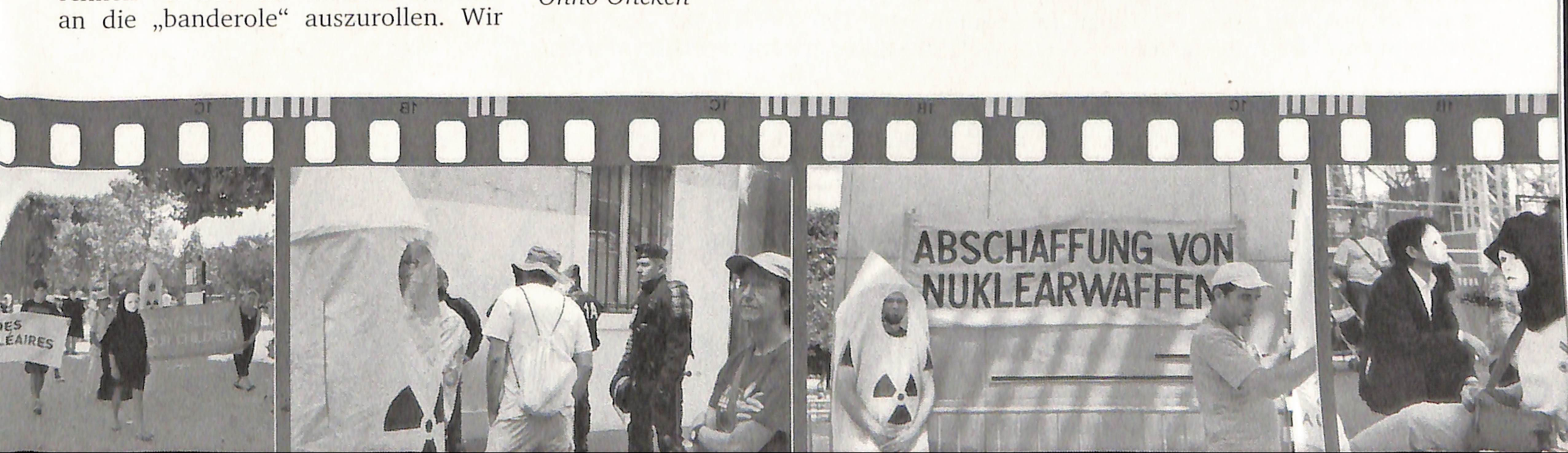
Demonstrationen gegen EPR-Reaktor und alternde AKWs

NukeNews Am 13. Oktober fanden in 10 Städten Demonstrationen statt, wobei ein Ende des EPR-Projektes und der betreffenden Hochspannungsleitung sowie ein Schließen alternder AKWs gefordert wurde. In Laval (nahe der Bretagne) strömten etwa 4000 Menschen in der Stadt zusammen. In Lyon fand eine Simulation einer Dekontamination von "Nuklearflüchtlingen", die nach einem Unfall fliehen, statt, gefolgt von einer Menschenkette mit 1000 Beteiligten. In Strasbourg gestaltete die Menge der DemonstrantInnen ein riesiges "STOP" aus Regenschirmen, das von der Spitze der Kathedrale sichtbar war und ein sofortiges Schließen des AKWs Fessenheim forderte, des ältesten AKWs Frankreichs. In Metz schlossen sich viele Menschen aus Luxemburg und dem Saarland zu einer Demonstration zusammen, um gegen die Risiken zu demonstrieren, die mit dem AKW Cattenom zusammenhängen....

Paris, 9.3.2013: Menschenkette für Atomausstieg

NukeNews Am 11. März 2012 versammelten sich im Rhône-Tal 60.000 Menschen, um mit einer Menschenkette ihre Solidarität mit der Bevölkerung Japans zum Ausdruck zu bringen und einen Atomausstieg Frankreichs zu fordern. Im Jahr 2013 wird es in Paris eine neue Menschenkette geben, die die Orte umringen wird, an denen Entscheidungen über Atomkraft getroffen werden. Wir erwarten viele Menschen aus Frankreich und anderen Ländern. Unterstützung und Hilfe sind willkommen.

http://chainehumaine.org



Einreiseverweigerung in die EU für Anti-Atom-Campaigner aus Belarus

NukeNews Am 26. September 2012 wurde den belarussischen Anti-Atom-Campaignern Mikalai Ulasevich und Tatyana Novikova die Einreise nach Litauen verweigert – mit der Begründung, dass sie zu unerwünschten Personen erklärt wurden, welche die öffentliche Ordnung oder nationale Sicherheit Litauens oder anderer EU-Mitgliedsstaaten gefährden könnten. Sie wollten an der im litauischen Parlament stattfindenden Konferenz "Litauen – Belarus: Atomenergie-Nachbarschaft" teilnehmen. Dazu hatten sie eine offizielle Einladung erhalten, um ihren Standpunkt hinsichtlich der Probleme beim Bau von Atomkraftwerken und der Beteiligung der Öffentlichkeit an Entscheidungsprozessen zur Atomkraft in Belarus und Litauen darzulegen.

Anti-Atom-Campaigner in Minsk verhaftet

NukeNews Koordinator*in Tatyana Novikova und der russische Atomphysiker Andrej Ozharovsky, Aktivist*innen der belarussischen Anti-Atom-Kampagne, wurden am Morgen des 18. Juli in Minsk verhaftet. Wie charter97.org später herausfand, wurden außerdem der Koordinator der Monitoring-Gruppe des "Centre of Legal Transformation", Michael Matskevich, und die Vorsitzende der NGO "Eco House", Irina Sukhiy, von unbekannten Personen am Ausgang des Büros vom "Green Network" in Gewahrsam genommen.

Irina Sukhiy war auf dem Weg zur Russischem Botschaft, um das Original der Petition gegen den Bau des Atomkraftwerks in Belarus zu überreichen. Michael Matskevich wollte zur Leninsky-Polizeidienststelle, wo die Aktivist*innen Tatyana Novikova und Andrej Ozharovsky wahrscheinlich festgehalten wurden. Der Letzte von ihnen wurde nach 10 Tagen im Gefängnis wieder freigelassen.

Atompolitik in Belarus

Im November 2007 ordnete Alexander Lukaschenko per präsidialem Dekret Planung und Bau des ersten Atomkraftwerks in Belarus an. 2008 wurden entsprechende Beschlüsse durch den Nationalen Sicherheitsrat und das Parlament gefasst und die Errichtung des Atomprojekts international ausgeschrieben. Die Entscheidung für den Bau des Atomkraftwerks wurde mit der notwendigen Diversifizierung der Energieversorgung des Landes begründet, die bislang nahezu vollständig von russischen Erdgas- und Rohöllieferungen abhängt.

Am 14. März 2011, nur drei Tage nachdem im japanischen Fukushima mehrere Reaktoren außer Kontrolle gerieten, unterzeichneten der russische Premierminister Wladimir Putin und Alexander Lukaschenko in Minsk ein Abkommen zur Errichtung des Atomkraftwerks in Belarus durch die Tochtergesellschaft Atomstroyexport des russischen Staatsunternehmens Rosatom. Russland erklärte sich bereit hierfür einen Kredit von 10 Mrd. USD zur Verfügung zu stellen. Die für den Betrieb notwendigen Brennstäbe sollen ebenfalls von Russland bereitgestellt werden.



Demonstration zum Tschernobyl-Jahrestag 2011 in Minsk: "Kein Atomkraftwerk in Belarus"

Außerdem strebt Russland eine fünfzigprozentige Beteiligung an der Betreibergesellschaft an. In Astrawjez (Ostrowjez), direkt an der litauischen Grenze, sollen zwei Druckwasserreaktoren vom Typ VVER (AES 2006) mit je 1200 MW Leistung errichtet werden. Die beiden Blöcke sollen 2017 und 2018 ans Netz gehen.

25 Jahre nach Tschernobyl ist in Belarus die Errichtung eines ersten Atomkraftwerks stark umstritten, weil das Land von der Reaktorkatastrophe besonders betroffen war. Circa 70 Prozent des radioaktiven Niederschlags von Tschernobyl trafen die damalige Sowjetrepublik. Viele tausende Menschen starben an den Folgen der Verstrahlung und noch heute leidet die Bevölkerung unter den dramatischen Gesundheitsfolgen. Weite Gebiete im Südosten des Landes sind auf unabsehbare Zeit unbewohnbar. Belarus muss noch heute einen nennenswerten Anteil seines Haushalts für die Bewältigung der Folgen der Reaktorkatastrophe aufwenden.

Die belarussische Regierung fürchtet offensichtlich das hohe Protestpotenzial gegen den Bau des Atomkraftwerks und verfolgt Antiatomaktivistinnen und –aktivisten mit aller Härte.

Text aus: Kleine Anfrage der Grünen Bundestagsfraktion vom 8.11.2012



Rosatom setzt gefährliche Experimente an AKW-Standorten fort

NukeNews Auf Anti-Atom-Kundgebungen zum Tschernobyl-Tag in Russland forderten AktivistInnen einen Stopp der Experimente und die Abschaltung von 11 Reaktoren des Tschernobyl-Typs. Anti-Atom-Kundgebungen fanden in Moskau, Murmansk, Nischni Nowgorod, Tscheljabinsk und weiteren Orten in Russland statt.

AktivistInnen forderten die Beendigung der gefährlichsten vom staatlichen Atomkonzern Rosatom durchgeführten "Experimente":

- Betrieb von 11 extrem gefährlichen Reaktoren des Tschernobyl-Typs RBMK-1000,
- Laufzeitverlängerung von 18 Reaktoren, darunter 7 Reaktoren des Tschernobyl-Typs RBMK-1000,
- Steigerung der Wärmekapazität von VVER-Reaktoren,
- Bau neuer Versuchsreaktoren VVER-1200 und SVBR-100.

Die AktivistInnen forderten den Abbruch dieser Experimente und die Verlagerung staatlicher Gelder und Programme für die Förderung erneuerbarer Energien.

Lösung anhaltender Atom-Probleme verlangt

NukeNews Aktivist_Innen in Russland nutzten den 26. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe als Anlass, auf anhaltende Probleme in der kränkelnden Nuklearwirtschaft des Landes hinzuweisen. Den Demonstrant_Innen zufolge könnten viele davon zu einem zweiten Tschernobyl führen, weil Verantwortliche in der Regierung und der Industrie die Lektionen Fukushimas beharrlich ignorieren.

In Moskau versammelten sich Aktivist_Innen vor dem Hauptquartier von Rosatom und verlangten die gefährlichen Reaktorexperimente mit Hochleistung im Atomkraftwerk Kola in Murmansk müssten beendet werden und RBMK-1000-Reaktoren, wie sie in Tschernobyl verwendet wurden (11 sind in Russland in Betrieb), vom Netz genommen werden.

Die selbe Forderung stellte die lokale Murmansker Aktivist_Innen-Organisation "Nature and Youth", die sich auf einem zentralen Platz in der Stadt versammelte, und eine Beendigung der Laufzeitverlängerungen für die überalteten Reaktoren des AKW Kola und der geplanten Kapazitätserhöhung des Blocks 4 des Atomkraftwerks verlangte. Die Ingenieure wollen den Reaktor mit 107 Prozent seiner Designkapazität fahren.

Moskauer Aktivist_Innen entfalteten Banner mit der Aufschrift "Bewahrt die Welt vom 'friedlichen Atom'" und verteilten Flugblätter, die herausstrichen, dass das Design des RMBK 1000-Reaktors verhängnisvoll fehlerbehaftet ist, und dass der Grund für die Katastrophe ein Experiment zur Erprobung, wie die Anlage beim Verlust der Energieversorgung reagieren würde, war.

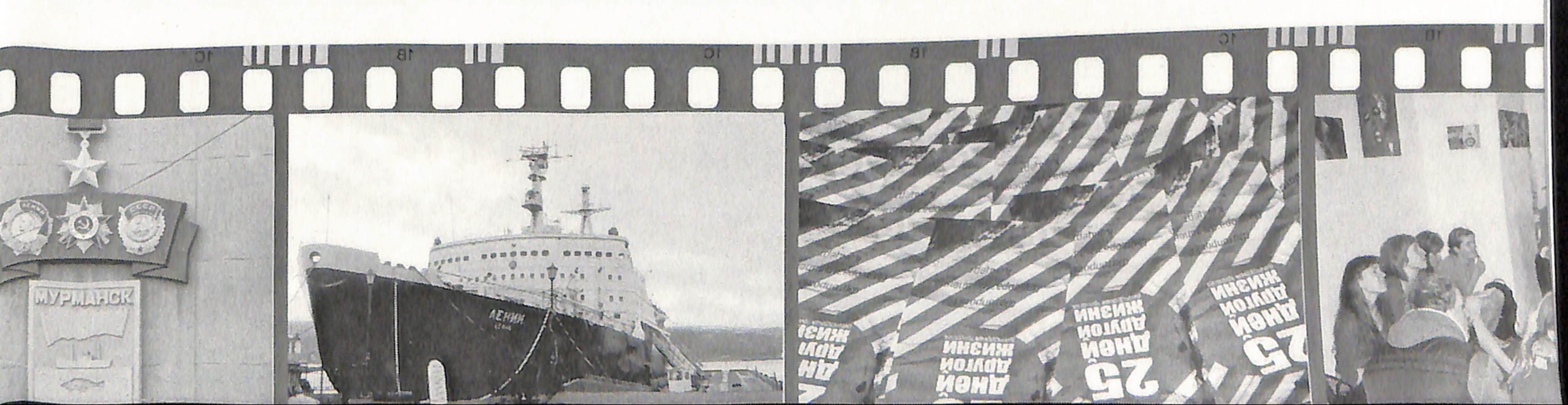
Stoppt das Atomkraftwerk Kola!

NukeNews Nature and Youth (Young Friends of the Earth Norway) und eine unserer Schwesternorganisationen in Russland (Priroda i Molodezh) starteten im Februar dieses Jahres eine weiterhin laufende Petition zur Schließung eines alten und gefährlichen AKWs im Nordwesten Russlands. Drei der vier in Kola laufenden Reaktoren arbeiten bereits länger als die empfohlene Betriebsdauer von 30 Jahren, was es zusätzlich riskant macht, die Anlagen weiter am Netz zu haben.

Falls auch ihr unsere Kampagne unterstützen und mehr über das AKW Kola erfahren möchtet, besucht bitte unsere Homepage (http://www.stop-kolanpp.com) und unterschreibt die Petition. Verbreitet unseren Link auch auf Facebook und/oder Twitter und macht noch mehr Menschen auf das AKW Kola aufmerksam.

Decommission Network: Diskussion über Sicherheit alter russischer AKW

NukeNews Die internationale NGO Decommission Network organisierte am 1. und 2. November 2012 in St. Petersburg einen internationalen Runden Tisch zur Diskussion der Konzeption der Abschaltung russischer AKW aus Sicherheitsgründen - auf Grundlage der anerkannten internationalen Praxis in Deutschland, den USA und Litauen. Gegenwärtig werden 50 % der russischen AKW weiterbetrieben, obwohl sie ihre Auslegungsgrenzen überschritten haben. Der Fonds für die Abschaltung wird nicht mit den notwendigen Geldern aufgefüllt. Es gibt keine konkreten Pläne für die Abschaltung von AKW in Russland. Russische NGOs fordern nun den Beginn einer Planung für die Abschaltung aller russischen AKW, die ihre Auslegungsgrenzen erreicht haben.



UK: Big Six Energy-Bashing

NukeNews Kick Nuclear und Freunde, verkleidet als nuklear-grimmige Sensenmänner und Liquidatoren, schlossen sich hunderten von Umwelt- und SozialrechtsaktivistInnen beim "Big Six Energy Bash" im Zentrum von London an, wobei gezielt EDF und die anderen Megakonzerne des UK Energy Summit angesprochen wurden.

Die Aktion wurde vom Climate Justice Collective koordiniert und zielte auf das UK Energy Summit ab, welches im Grange Hotel St. PaulŽs in London stattfand. Dabei sollte die Rolle der großen Energiekonzerne bei der Schaffung von Energiearmut, der Verschärfung des Klimawechsels und bei der Unterdrückung von sauberen, leistbaren und demokratischen Alternativen zum existierenden profitorientierten, konzernkontrollierten Energiesystem unterstrichen werden.

Solidaritätsprotest vor der Londoner Botschaft Japans

NukeNews Japanische Aktivist*innen und die britische Anti-Atom-Gruppe "kicknuclear.org" organisierten Anfang August eine Solidaritätskundgebung vor der japanischen Botschaft in Piccadilly, da die Menschen in Japan wöchentliche Demonstrationen jeden Freitag vor der Residenz des Premierministers in Japan abhalten. Die Regierung hat begonnen erste Reaktoren wieder in Betrieb zu nehmen, nachdem etwa 50 Anlagen für Sicherheitschecks nach Fukushima geschlossen worden waren. In Fukushima selbst stehen die Dinge weiterhin schlecht - Wasser, das zur Kühlung von drei der Reaktoren gepumpt wird, die andernfalls einer Kernschmelze unterliegen würden, läuft weiterhin in den Boden und in den Pazifik. Gleichzeitig setzt Dampf Partikel hochgefährlicher radioaktiver Elemente wie Cäsium und sogar Plutonium in die Atmosphäre frei.

Sizewell: Tschernobyl-Camp und Demo

NukeNews Motiviert durch den Erfolg, im März einen vollen 50-Sitz-Bus von London zur Fukushima-Gedenk-Demo gegen die Atomkraft zum AKW Hinkley Point in Somerset organisiert zu haben, entschied die "London Region CND", anlässlich des Tschernobylgedenktages am 21. April, einen ähnlichen Bus zu einer ähnlichen Demo nach Sizewell in Suffok zu organsieren. Das war bereits der vierte Jahrestag an diesem Ort, um des Supergaus in Tschernobyl zu gedenken.



Foto: D. Viesnik

Dieses Mal stiegen 40 Menschen in London in den Bus, was angesichts des Wetters nicht schlecht war. (Im April des Vorjahres war ein ähnlicher Bus aus London mit nur 21 Menschen besetzt.) Und wenn man die nur 100 Menschen vor Ort berücksichtigt, verglichen mit über 1000 in Hinkley, ist diese Zahl noch beachtlicher. Die Demo bestand aus langen Reden der wichtigsten VertreterInnen, aufgelockert mit etwas Musik und Liedern, sowie heftigen Regenschauern, verglichen mit der brennenden Sonne vom Vorjahr und endete mit einer symbolischen Blockade vor den Toren des AKWs. Dieses Jahr handelte es sich um eine Stehblockade. Der Boden war zu kalt und nass, um zu einer Sitzblockade einzuladen.

Renaissance der Atomkraft: Welche Renaissance?

NukeNews Die Financial Times (FT) berichtete im April, dass das parlamentarische "Energy Select Committee" die Manager großer Energiekonzerne zu einem Treffen einladen würde, "im Zusammenhang mit der Sorge, dass die britische Atomrenaissance bedroht sei".

Kein Wunder: die Regierung des Vereinigten Königreichs ist entschlossen, an acht Standorten neue AKWs zu errichten, überall mit einem oder zwei Reaktoren. Allerdings haben die beiden deutschen Konzerne E.On und RWE, welche an zwei der entsprechenden Standorte (in Wylfa in Anglesey sowie in Oldbury in Gloucestershire) Bauträger sein sollten, bekannt gegeben, dass sie ihr "Horizon-Joint Venture" zum Bau neuer AKWs in England verkaufen würden, teilweise aufgrund finanzieller Schwierigkeiten wegen Deutschlands Rückzug aus der Atomkraft nach dem Fukushima-Desaster. Es wurde vorgeschlagen, dass der russische Energie-Konzern Russcom (Tschernobyl!), zwei japanische Energiefirmen (Fukushima!) und die chinesische staatliche "Nuclear Power Corporation" Interesse haben könnten, aber Tim Yeo, der konservative Vorsitzende des "Energy Select Committee" hat laut der Financial Times gemeint, dass es "ominös" sei, dass noch kein Käufer für "Horizon" aufgetaucht sei.



Öffentliche Gelder nötig für rentablen AKW-Bau?

NukeNews Das kontroverse AKW-Temelin bzw. dessen Besitzer die mehrheitlich in Staatsbesitz befindliche Firma CEZ warten auf die ersten Angebote für den Bau der Blöcke 3+4 dieses Kraftwerks in Südböhmen. Es scheint drei interessierte Firmen zu geben. Darunter: Atomstrojexport/OKB Gidropress aus Russland, Areva aus Frankreich und die US-Firma Westinghouse, die alle drei versprechen, dass tschechische Firmen am Projekt mitarbeiten könnten. Seit die Börsenpreise für Strom aber als Ergebnis der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise mit etwa 50 EUR/MWh statt der nötigen 60 EUR/MWh zu niedrig ist, versucht CEZ jetzt willige Ko-Investoren zu finden und schlug sogar vor, einen staatlich garantierten Mindesteinspreistarif für Atomstrom einzuführen - ähnlich dem System der Unterstützung für erneuerbare Energien in der Phase ihrer Einführung. Generaldirektor David Beneš verwendete als Argument auch, dass man in England angeblich ein ähnliches System habe, wo der Staat einen Mindestpreis für Strom aus AKWs garantiere. Lustig, dass gerade eines der kapitalistischsten Länder die Marktdynamiken aus dem Nuklearbusiness fernhalten will.

Anti-Atom-Infodienst

Kontakt: news@NukeNews.nuclear-heritage.net
Deadline: 3. Februar 2013
Internet: http://NukeNews.Nuclear-Heritage.NET

*Aus dem Nuclear Heritage Network gibt es seit zwei Jahren ein mehrsprachiges Infotool für Anti-Atom-Aktivist*innen und sonstige Interessierte. Unter dem Namen "NukeNews" erscheint alle drei Monate ein Newsletter, der in derzeit sechs Sprachen (deutsch, englisch, finnisch, französisch, russisch und tschechisch) per E-Mail verschickt und im Internet veröffentlicht wird.*

*Die NukeNews spiegeln die Aktivitäten, Themen und Kämpfe der Aktivist*innen aus dem Netzwerk wider. Die Texte werden von Menschen vor Ort geschrieben und übersetzt.*

Ihr könnt die NukeNews online in der euch liebsten Sprachversion abonnieren. Eure Unterstützung in Form von kurzen Beiträgen oder bei der Übersetzung ist sehr willkommen. Artikel sollen kurz & knapp und in englischer Sprache verfasst sein. Sie müssen eine aussagekräftige Überschrift enthalten und können per Link auf Hintergrundinformationen verweisen.

Eure Beiträge zur nächsten Ausgabe der NukeNews könnt ihr per E-Mail noch bis zum 3. Februar 2013 schicken.

Temelin 3+4: 22.000 Einwendungen

NukeNews Tschechien plant weitere 2 Reaktoren am Standort des AKWs Temelín und möglicherweise einen weiteren beim mährischen AKW Dukovany. Der technischen Dokumentation des Projekts mangelt es aber an wichtigen Details, inklusive der Frage einiger Reaktorparameter. Trotzdem sind tausende Seiten Papier zu studieren und Fragen zu stellen.

Österreichische NGOs haben innerhalb einer relativ kurzen Frist mehr als 22.000 Unterschriften von Menschen gesammelt, die ihre Rechte als BügerInnen eines Nachbarstaates in Anspruch nehmen. Weil der gesamte UVP-Prozess aber auf einer recht wackeligen Basis steht, könnten einige NGOs letztendlich einen Boykott des Verfahrens in Betracht ziehen, weil gefürchtet werden muss, dass das zu einer bloßen öffentlichen Selbstdarstellung des neuen AKW-Projekts samt versteckter PR für den größten Energiekonzern des Landes CEZ führen könnte.

"Meine Stimme gegen Atomkraft"

NukeNews Die österreichische Organisation GLOBAL 2000 startet mit internationalen Partnerorganisationen das Europäische Volksbegehren "Meine Stimme gegen Atomkraft". Mit 133 Reaktoren stehen in der EU ca. ein Drittel der weltweiten Reaktoren. Spätestens seit der Katastrophe von Tschernobyl ist klar: Atomenergie ist eine Risikoenergie. Die BürgerInnen Europas können ein klares Statement für ihre Energiezukunft abgeben und auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen der EU einwirken. Innerhalb von zwölf Monaten muss eine Million gültige Unterschriften gesammelt werden. Leider hat die Europäische Kommission unserem Europäischen Volksbegehren eine vorläufige Absage erteilt. Wir lassen uns unsere Stimme nicht verbieten! Unser Volksbegehren für den europaweiten Atomausstieg wird kommen!







Wie wir die Atomkraft aus Alberta verjagt haben

NukeNews Dies ist die Geschichte unseres vier Jahre dauernden erfolgreichen Kampfes gegen den Bau von Atomreaktoren in Alberta. Wir haben gesiegt, obwohl wir die Atomindustrie, alle drei Regierungsebenen, die Universität von Alberta und andere Befürworter des Projekts gegen uns hatten. Nur wenige Umweltschutzgruppen konnten sich gegen so mächtige Feinde durchsetzen.

Dieses Buch informiert die Öffentlichkeit über die illegalen Aktivitäten, die Falschinformationen und die Spaltungstaktiken, die die oben genannten Institutionen gegen uns verwendet haben. Es dokumentiert auch die Techniken, mit denen wir ihre Vergehen enthüllt und öffentlich gemacht haben - im Endeffekt ist es eine neue Form des Anprangerns im 21. Jahrhundert.

http://www.patmcnamara.ca

Neustart von San Onofre im Eiltempo

NukeNews Die Atomanlage San Onofre ist weniger als 50 Meilen von Los Angeles und San Diego entfernt, wo über 8 Millionen Menschen leben. Die 2.200 MW Reaktoren waren seit Ende Januar 2012 aufgrund des Versagens eines brandneuen $ 670 Millionen Dampfgenerators außer Betrieb.

Der Mehrheitseigentümer, Southern California Edison (SCE), reichte am 1. Oktober seinen Plan den 2. Block zu starten bei der Atomregulatorbehörde (NRC) ein und will im kommenden Jahr einen ähnlichen Antrag für Block 3 stellen. Die NRC entschiede gegen eine Petition von Friends of the Earth (FOE), ein Hearing bezüglich der intransparenten Verbindung mit SCE abzhalten. Eigentlich hätten hier die in der FOE-Petition vorgebrachten kritischen Argumente untersucht werden müssen, statt den Betrieb der Anlage auf mehrere Jahre bis zur endgültigen Entscheidung zu erlauben.

Petition für eine Erneuerung der EURATOM-Richtlinie 96/29 zu den grundlegenden Sicherheitsnormen (BSS)

NukeNews Das Europäische Parlament soll mit einer ganzen Welle von Petitionen überzogen werden. So soll die Europäische Kommission dazu veranlasst werden, eine erneute Überprüfung aller Aktivitäten anzuordnen, die mit einer radioaktiven Exposition der Öffentlichkeit verbunden sind. Die Petition stützt sich darauf, dass die EURATOM-Richtlinie zu den grundlegenden Sicherheitsnormen eine Klausel enthält, wonach eine erneute Überprüfung und Legitimation der offiziellen Grenzwerte geboten ist, wenn sich wesentliche neue Erkenntnisse dahingehend ergeben, dass die Richtlinie den Schutz der Bürger nicht gewährleistet. Dies ist geltendes europäisches Recht und daher auch für die Mitgliedsstaaten verbindlich.

Unter http://www.nuclearjustice.org stehen die Petitionsvorlage, die zugehörigen Erläuterungen sowie eine Aufstellung der wesentlichen wissenschaftlichen Erkenntnisse für den Nachweis der Notwendigkeit einer erneuten Legitimation zum Download bereit.

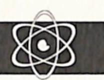


Neue russische Atomkraft: "Risiko für Europa"

NukeNews Oleg Bodrov und sein Anwalt, Andrey Talevlin, haben an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof appelliert, nachdem sie von einem russischen Gericht bezüglich der illegalen Verlängerung der Betriebserlaubnis für einen Tschernobyl-ähnlichen Reaktor zurückgewiesen wurden. Oleg Bodrov wurde kürzlich von der französischen Zeitung D´Alsace während seines Aufenthalts in Strasbourg, dem Sitz des Europäischen Gerichtshofs, über den Grund dieses Appell interviewt.

Einer der Tschernobyl-ähnlichen Reaktoren des Leningrader AKW-Komplexes etwa 40 km westlich von St. Petersburg in Russland erhielt gesetzwidrig vom russischen Regulator eine Verlängerung der Betriebsgenehmigung über die projektierte Lebensdauer hinaus zugesprochen. Diese Genehmigung erfolgte ohne ordentliche UVP oder echte öffentliche Beteiligung im Entscheidungsprozess. Das widerspricht dem russischen Recht. Bodrov wurde das Recht, diesen Fall vor ein russisches Gericht zu bringen, verweigert. Als privater Bürger habe er kein Recht, Zugang zum russischen Justizsystem zu erhalten. Das russische Gericht meinte auch, dass die entsprechende Entscheidung von der zuständigen Behörde getroffen worden und so die nötigen Sicherheitsbedenken und Umwelterwägungen berücksichtigte worden seien. Die einzige Möglichkeit, die Entscheidung bezüglich der Verlängerung der Lebensdauer vor Gericht zu bekommen, ist nun der Appell an den Europäischen Gerichtshof.







Ich bin doch kein Atombürger!

NukeNews Mit 200.000 Postkarten und Online-Protesten macht urgewald Druck auf die deutsche Bundesregierung. Denn die will trotz Fukushima und dem Ausstieg im eigenen Land weiterhin Atombürgschaften vergeben. Der Atomkonzern AREVA will für den Bau des Reaktors Angra 3 in Brasilien eine Hermesbürgschaft über 1,3 Mrd. EUR erhalten. Das Atomkraftwerk, gelegen zwischen Meer und unzugänglichem Gebirge soll mit veralteter Technologie in erdrutschgefährdetem Gebiet gebaut werden. Hier sind weder Reaktorsicherheit noch die Sicherheit der Evakuierungsroute gegeben.

Auch für Indien, Finnland, Großbritannien, China, Tschechien und Rumänien gibt es Anfragen für Atombürgschaften. Seit Ende 2009 besteht nur eine grundsätzliche Bürgschaftszusage für Angra 3. Dank unserer Kampagne hat es bisher keine Vertragsunterzeichnung gegeben. Um Angra 3 zu verhindern und um ein generelles Verbot von Atombürgschaften wieder einzuführen, protestiert bitte mit uns!



Niederlande: Neuer Reaktor nicht nötig zur Produktion von Isotopen für medizinische Zwecke

NukeNews Die Financial Times (FT) berichtete im April, dass das parlamentarische "Energy Select Committee" die Manager großer Energiekonzerne zu einem Treffen einladen würde, "im Zusammenhand mit der Sorge, dass die britische Atomrenaissance bedroht sei".

Kein Wunder: die Regierung des Vereinigten Königreichs ist entschlossen, an acht Standorten neue AKWs zu errichten, überall mit einem oder zwei Reaktoren. Allerdings haben die beiden deutschen Konzerne E.On und RWE, welche an zwei der entsprechenden Standorte (in Wylfa in Anglesey sowie in Oldbury in Gloucestershire) Bauträger sein sollten, bekannt gegeben, dass sie ihr "Horizon-Joint Venture" zum Bauer neuer AKWs in England verkaufen würden, teilweise aufgrund finanzieller Schwierigkeiten wegen Deutschlands Rückzug aus der Atomkraft nach dem Fukushima-Desaster. Es wurde vorgeschlagen, dass der russische Energie-Konzern Russcom (Tschernobyl!), zwei japanische Energiefirmen (Fukushima!) und die chinesische Staatliche "Nuclear Power Corporation" Interesse haben könnten, aber Tim Yeo, der konservative Vorsitzende des "energy select committee" hat laut der Financial Times gemeint, dass es "ominös" sei, dass noch kein Käufer für "Horizon" aufgetaucht sei.

Kanada: Universtität von der Atomindustrie kontrolliert

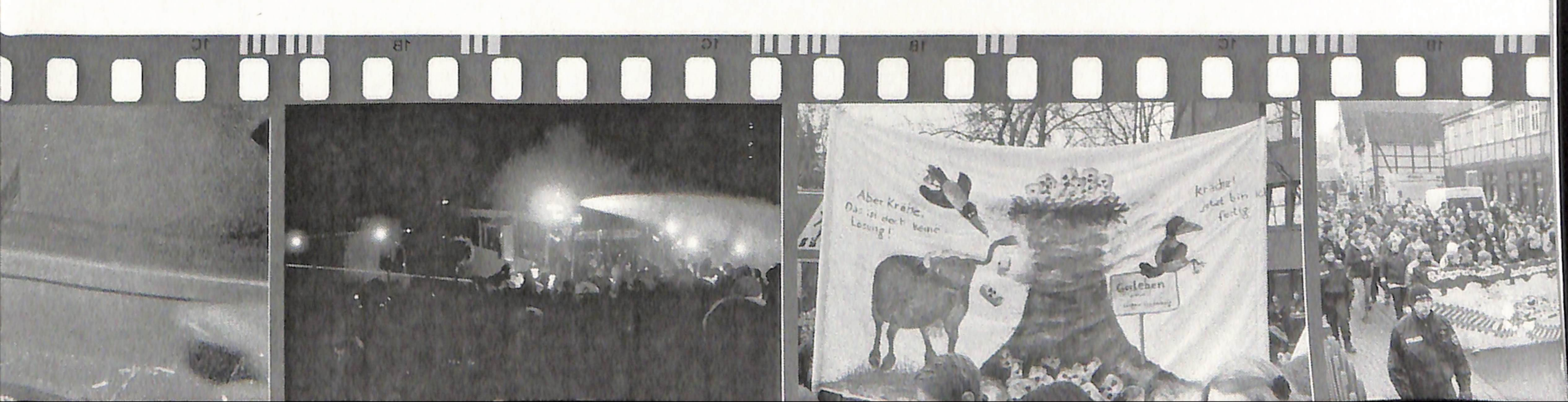
NukeNews Die Universität von Saskatchewan in Kanada wird gerade von Cameco und ihren nuklearen Helferlein in der Provinzregierung übernommen. Die Regierung stellte 30 Millionen Dollar bereit, um ein Atomforschungszentrum an der Universität in Betrieb zu nehmen, während andere Programme drastisch zusammengestrichen werden. Fremdsprachenprogrammen wurde das Budget gekürzt und das Soziologie-Departement ist so weit unterfinanziert, dass einige StudentInnen ihr Studien nicht planmäßig abschließen können.

Infomaterialien
http://Material.Nuclear-Heritage.NET
Anti-Atom-Materialien aus unterschiedlichen Ländern können hier in verschiedenen Sprachen herunter geladen oder in gedruckter Form bestellt werden.

Survival Celebration Camp (CA)

NukeNews Das allererste traditionelle indigene Treffen, das in Sasketchewan ausschließlich zum Thema der Atommülllagerung abgehalten wurde, fand Anfang August seinen Abschluss und brachte zusammmen mit den Ältesten aus Sasketchewan und dem benachbarten Alberta einstimmig seine Ablehnung der Vorschläge für die Errichtung eines Langzeit-Atommülllagers in der Gegen zum Ausdruck.

Das "Survival Celebration Camp for Sustainable Earth" wurde vom 3.-6. August 2012 an der South Bay am Ile-a-la-Crosse Lake in Nordsaskatchewan abgehalten und brachte Teilnehmer*innen bis aus Montreal, Victoria und aus der BRD zusammen. In Reaktion auf die ständig steigenden Sorgen der Ältesten und auf den Aufruf zu Solidarität zum Schutze des Landes wurde dieses Camp mit dem "Komitee für zukünftige Generationen" als Gastgeber veranstaltet.



Atomstromfreier Energieanbieter in Tschechien

NukeNews Tschechische Haushalte und Firmen haben jetzt die Chance, ihren Stromversorger zu wechseln. Und mit www.nano-energies.com gibt es einen neuen Spieler am Markt, welcher nicht im Atombusiness involviert ist. Diese neue Firma verwendet vor allem Biogas- und Photovoltaiktechnologien. Ähnliche Firmen existieren schon länger zum Beispiel in Deutschland, Österreich, Frankreich, Belgien, den Niederlanden oder Spanien und sind für Anti-AtomaktivistInnen in allen "Atomstaaten" eine relevante Alternative in der Argumentation mit einer häufig wenig informierten Öffentlichkeit.

Bunte Proteste forderten die Atomlobby in Olkiluoto (FIN) heraus

fb Am 11. August fand die dritte öffentlich angekündigte Olkiluoto-Blockade mit Aktivist*innen aus BRD, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Litauen und Schweden statt. Es gab Blockaden auf der wichtigsten Fernverkehrsstraße zwischen Rauma und Pori nahe dem AKW Olkiluoto, ebenso auf den Zugangsstraßen zu der Atomanlage. Eine Straßentheater-Aktion mit Mutanten-Turtles stoppte den Verkehr, während andere Aktivist*innen die Fernverkehrsstraße E8 während des Schichtwechsels der AKW-Arbeiter*innen nach 6 Uhr morgens mit einer Sitzblockade und aneinander gekettete Menschen, blockierten. Andere Straßen wurden zeitweise durch eine Tripod-Aktion, in Bäumen kletternde Menschen, an auf die Straße gerollte Baumstämme angekettete Aktivist*innen, auf der Straße tanzende Leute, Sitzblockaden und andere Aktionstechniken gesperrt. Die "angemeldete" Demonstration fand an der "Ydinportti" (Atom-Tor)-Tankstelle statt; trotzdem wurde dieser Aktionstag durch die Vielfalt von Kleingruppenaktionen geprägt.

Europäischer Menschenrechtsgerichtshof setzt Schlusspunkt unter slowenisches Referendum

NukeNews Am 18. Juli 1995 haben 37 Abgeordnete des Slowenischen Parlaments einen Gesetzesantrag für ein landesweites Referendum zur Schließung des AKWs Krško eingebracht. Premierminister Janez Drnovšek rief daraufhin am Abend vor der zu erwartenden Annahme des Gesetzesentwurfs durch das Parlament telefonisch mehrere Abgeordnete an und drängte sie, ihre Unterschriften zurückzuziehen und brachte so den Antrag zu Fall.

Im Jahre 1996 drängte er auch den Dekan der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Ljubjana Ivan Svetlik und Unterrichtsminister Slavko Gaber dazu, Leo Seserko aus seiner Funktion als Universitätsprofessor zu entlassen. Beide gaben nach und Seserko wurde als Professor gekündigt, weil er der Initiator der oben angesprochenen Gesetzesvorlage war. Die Fakultät erließ am selben Tag eine Anordnung, dass der Professor aus seiner Funktion als Parlamentsabgeordneter auf seinen Posten als Professor zurückzukehren habe, gleichzeitig gab es aber eine zweite Anordnung, welche die erste aufhob, weil darin stand, dass Seserko seinen Posten an der Universität verloren habe.

Daraufhin klagte Seserko sowohl die Fakultät als auch die Universtät und verlor schließlich in allen gerichtlichen Instanzen. Der slowenische Verfassungsgerichtshof konnte keine Verletzung von Verfassungsrechten feststellen. Der am Europäischen Menschrechtsgerichtshof in Strasbourg Frankreich vertretende Richter André Potocki, entschied ebenso, dass keine Menschenrechtsverletzung vorliege. Außerdem wurde Seserko vom Menschenrechtsgerichtshof in Strasbourg davon informiert, dass seine Akten innerhalb eines Jahres vernichtet würden.

Anti-Atom-Aktive international unterstützen und vernetzen

fb In Döbeln, im Projekthaus, gibt es ein internationales Vernetzungsbüro. Schwerpunkt der Aktivitäten liegt im Anti-Atom-Bereich, aber auch zu anderen Themen werden Kontakte zu Aktiven und Expert*innen aus verschiedenen Ländern vermittelt. Wenn Referent*innen zu speziellen Themen gesucht werden, oder Gruppen für Projekte in bestimmten Regionen angesprochen werden sollen, versuchen wir über unsere Kontakte zu helfen.

Ein anderer Arbeitsschwerpunkt sind mehrsprache Informationsmaterialien. Wir unterstützen lokale Aktivist*innen in ihrer Anti-Atom-Arbeit durch die internationale Verbreitung ihrer Themen. Flyer werden zunächst in englischer und der lokalen Sprache veröffentlicht, dann im Netzwerk nach und nach übersetzt und auch in anderen Sprachen produziert.

Daneben werden internationale Treffen organisiert, bei Projekten in verschiedenen Ländern mitgemacht oder Netzwerkaktivitäten initiiert.

Wir streben an immer mehrere Menschen aus unterschiedlichen Regionen der Welt als Freiwillige im Netzwerkbüro zu haben. Wenn du Lust hast für eine bestimmte Zeit bei der internationalen Anti-Atom-Vernetzung mitzumachen, melde dich bei uns!

Nuclear Heritage Network, Am Bärental 6, D-04720 Döbeln; Telefon: +49 3431 5894177, mobil: +358 41 7243254, Fax: +49 911 30844 77076; E-Mail: office@nuclear-heritage.net, Internet: http://office.Nuclear-Heritage.NET



Atomgefahren rund um die Ostsee

fb Im Ostseeraum gibt und gab es mehr als 60 Atomanlagen: Atomkraftwerke, Forschungsreaktoren, Atommülllager, Uranabbaue und andere Anlagen der Atomspirale. Einige davon sind bereits außer Betrieb, zu viele laufen noch und eine Vielzahl solcher Anlagen sind derzeit in Planung. Alle diese Anlagen, auch die bereits stillgelegten, haben einen Einfluss auf die radioaktive Belastung des Ostseeraumes - durch reguläre Freisetzung radioaktiver Stoffe, Unfälle oder im Rahmen der langfristigen Lagerung.

Die Herbstausgabe 2013 des grünen blatts wird sich mit diesem Thema intensiv auseinander setzen, auf Atomunfälle im Ostseeraum, Emissionen von Atomkraftwerken und auf konkrete Atomstandorte eingehen. Zu "Atomgefahren rund um die Ostsee" sammeln wir auch Daten zu allen möglichen Anlagen im Internet unter http://NuclearBaltic.nuclear-heritage.net. Dort soll eine umfangreiche Datenbank entstehen. Hinweise, Informationen und Materialien von euch sind dort auch willkommen, allerdings sind korrekte Referenzen notwendig, um eine solide Datenbasis zu haben. Ihr könnt die Einträge selbst auf der Internetseite vornehmen, nachdem ihr euch einen Benutzeraccount eingerichtet habt, oder die Infos an uns mailen.

Ende 2013 soll auch ein Buch entstehen, eine Enzyklopädie mit allen Atomanlagen im Ostseeraum aus Vergangenheit, Gegenwart und soweit sie derzeit geplant sind. Zu jeder Anlage gibt eine Seite mit knapper Einführung, Foto, technischen Daten, Internetlinks und Kontakten zu kritischen Organisationen. Die Recherchen laufen derzeit, brauchen aber auch viel Zeit.



Aktion gegen AKW Visaginas in Litauen

Begleitend wollen wir Infoveranstaltungen an vielen Orten und in unterschiedlichen Ländern organisieren, um über die Atomgefahren im Ostseeraum, aber auch über Aktionen und Widerstand an den verschiedenen Orten zu berichten.

Wir suchen Menschen, die uns bei den Recherchen helfen möchten. Es geht darum Fakten mit solider Quellenbasis zusammen zu tragen, diese auf der Internetseite zu sammeln und kurz & knapp für das Buch als Artikel zu verfassen. Ein großer Teil der Recherchen kann im Internet vorgenommen werden, zumindest um Ansätze für vertiefende Nachforschungen zu finden. In Einzelfällen, vor allem im osteuropäischen Raum und in Bezug auf schon lange stillgelegte Anlagen, kann es notwendig sein direkte Anfragen an Ministerien oder Firmen zu stellen, um Details zu erfahren.

Maile uns an contact@nuclear-heritage.net, wenn du bei der Recherche und am Projekt überhaupt mitmachen möchtest.

Dammbruch in Talvivaara setzt Uran und andere toxische Stoffe frei

fb Im ostfinnischen Talvivaara befindet sich Europas größter Nickeltagebau. Seit 2008 läuft der Bergbaubetrieb 24 Stunden täglich und bewegte 2010 mehr als 30 Millionen Tonnen Erdreich. Auf einer Fläche von 60 Quadratkilometern finden Abbau, Mahlen, chemikalische Behandlung und Extraktion des Erzes statt. Neben Nickel werden auch große Mengen Uran, Kupfer und Kobalt gefördert.

Seit dem 4. November strömte ein Cocktail aus giftigen Chemikalien aus einem Tailing Pond in die umgebenden Flüsse und Seen. Die gefährliche Suppe enthielt Untersuchungen des finnischen Umweltinstitutes zufolge große Mengen Aluminium, Cadmium, Nickel, Uran und Zink. Am ersten Tag wurden 220.000 m³ Abwässer freigesetzt, danach flossen für mindestens zehn Tage stündlich zwischen 3.000 und 5.000 m³ aus einem Rückhaltebecken. Greenpeace sprach von Finnlands größter Chemiekatastrophe der Geschichte. Der Umweltminister bezeichnete es als "schwere Umweltkriminalität". 350 Mikrogramm Uran/l wurden von den Behörden in Wasserproben festgestellt.

In Helsinki protestierten am 14. November etwa 1000 Menschen gegen den Betrieb von Talvivaara. Für finnische Verhältnisse war es eine außergewöhnlich große Demonstration, nachvollziehbar angesichts der dünnen Besiedlung weiter Teile des Landes. Im Rahmen der Proteste wurden 17.000 Unterschriften zur Stilllegung von Talvivaara an den Umweltminister überreicht. Gleichzeitig fand eine kleine Demonstration im nordfinnischen Oulu statt.

Der kanadische Uranabbau-Konzern Cameco schloss im Februar 2011 einen Vertrag zum Bau einer Uran-Extraktionsanlage mit einem Umsatz von 350 Tonnen Uran pro Jahr mit der Talvivaara-Betreiberfirma ab. In den letzten Jahren, insbesondere seit letzten Sommer, entwickelte sich eine Bewegung gegen diesen Uranabbau in Finnland. Die Katastrophe in Talvivaara brachte trotzdem eine unerwartet große Zahl von Menschen auf die Straße, um den Weiterbetrieb und Ausbau des Tagebaus zu stoppen.



Berlin - Flüchtlings Protest Camp am Oranienplatz

30. Oktober 2012

Genug ist genug. Es ist Zeit für Widerstand!

Es ist unumgänglich einzusehen, dass Flüchtlinge nicht aus Spaß aus ihrer Heimat fliehen. Sie tun es aufgrund sehr schwerwiegender Gründe, wie politischer Verfolgung oder unzumutbaren sozialen Verhältnissen, welche oft lebensbedrohlich für sie sind. In der Hoffnung auf ein Leben in Frieden und Freiheit, setzten sie sich bei der Flucht großen Gefahren aus und lassen ihre gesamte Existenz, ihre Familien, Freundinnen und Freunde zurück.

In Berlin/Kreuzberg am Oranienplatz haben wir Flüchtlinge in Solidarität mit den Flüchtlingsprotesten in anderen deutschen Städten ein Protestcamp errichtet. Jeden Tag und jede Nacht protestieren wir hier gegen die unmenschlichen Bedingungen, denen Asylsuchende in Deutschland ausgesetzt sind. Rassistische Einstellungen, die Fortführung kolonialer Ungerechtigkeit und die Ausbeutung der Heimatländer von Flüchtenden sind die Gründe für diese Behandlung und werden durch politische Propaganda ermöglicht. In Solidarität mit allen Flüchtlingen fordern wir Folgendes:



1) Stopp aller Abschiebungen

Der Genfer Flüchtlingskonvention zufolge darf ein Flüchtling nicht in ein Land ausgewiesen werden, wo ihm oder ihr eine Gefahr für Leben oder Freiheit droht. Durch die europäischen Abschottungsstrategien und die deutsche Abschiebepraxis verlieren viele Flüchtlinge jedoch ihre Freiheit oder ihr Leben. Daher fordern wir den sofortigen Stopp aller Abschiebung und die Umsetzung des Rechts auf Asyl!

2)Abschaffung der Residenzpflicht

Residenzpflicht ist das Gesetz, was Flüchtlinge dazu zwingt in einem vorgeschriebenen Landkreis zu verbleiben und das sie durch Geld- und Gefängnisstrafen davon abhält, beispielsweise Verwandte in einem anderen Landkreis zu besuchen. Dieses Gesetz ist die Fortsetzung kolonialen Herrschens. Es wurde von den Kolonialmächten erfunden, um die Menschen in den besetzten Ländern zu kontrollieren und unterdrücken. Deutschland ist der einzige (ehemalige) Kolonialstaat, der dieses Gesetz nun im eigenen Land gegen (ehemals) kolonialisierte Menschen einsetzt. Dieses Gesetz manifestiert die Isolierung von Flüchtlingen und behindert ihre Bewegungsfreiheit, obwohl in dem § 13 der universalen Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen allen Menschen uneingeschränkte Bewegungsfreiheit zugesprochen wird. Die Residenzpflicht muss endlich abgeschafft werden!

3)Abschaffung der Unterbringung in Lagern

Flüchtlinge werden von den deutschen Behörden gezwungen in heruntergekommenen Lagern zu leben, abgeschnitten von der Gesellschaft und Angriffen durch Neonazis ausgesetzt. Wir fordern die Unterbringung von Flüchtlingen in angemessenen Wohnungen in einer selbst gewählten Region! Wir sind Menschen und wir lassen unsere menschlichen Bedürfnisse von niemandem mehr infrage stellen. Wir sind zusammengekommen um die unmenschlichen Umstände zu verändern, in denen wir bisher gezwungen waren zu leben. Wir haben unsere Isolierung durchbrochen und organisieren unser Leben und unseren Widerstand gemeinsam und solidarisch im Protestcamp am Oranienplatz. Seit dem März 2012 entstanden als Teil eines deutschlandweiten Streiks der Flüchtlinge Protestzelte in mehreren Städten. Daraus folgte der über 600 km lange Protestmarsch von Bayern nach Berlin. Am 6. Oktober erreichte der Flüchtlingsmarsch und die Flüchtlinge aus den jeweiligen Protestzelten die Hauptstadt und errichteten dort zur Weiterführung unseres Kampfes das Protestcamp am Oranienplatz. Am 13. Oktober unterstützten uns über 6000 Menschen bei einer Demonstration

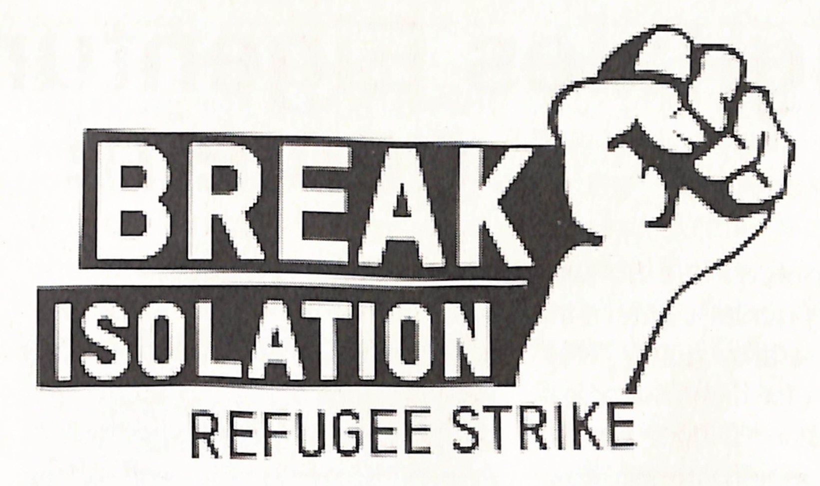
zum Bundestag. Am 15. Oktober besetzten wir die nigerianische Botschaft, die für ihre willige Kollaboration mit den deutschen Behörden bei der Durchführung von Abschiebungen bekannt ist. Am 24. Oktober traten einige unserer Mitstreiter_innen am Brandenburger Tor in den Hungerstreik. Am 27. Oktober demonstrierten wir mit den Bewohnern und Bewohnerinnen des Flüchtlingslagers Waßmannsdorf gegen ihre Isolierung im Lager und die häufigen Angriffe durch Neonazis. Wir organisieren zuden wöchentliche Aktionen zu und bei Behörden, die die rassistische Asylgesetzgebung in die Praxis umsetzen.

Die Termine für die Aktionen könnt ihr auf unserer Homepage finden. www.asylstrikeberlin.wordpress.com, www.refugeetentaction.net

Wir werden unseren Protest so lange fortsetzten, bis alle unsere Forderungen erfüllt sind!

Wir ermutigen alle Flüchtlinge und laden euch dazu ein, die Isolierung zu durchbrechen

und sich unserem Protest anzuschließen!



Quelle: www.asylstrikeberlin.wordpress.com



Hungerstreik von Geflüchteten auf dem Pariser Platz
Quelle: linksunten.indymedia.org



06.10.2012 Solidaritätsdemo in Köln zur Unterstützung des Protestmarsches der geflüchteten Menschen von Würzburg nach Berlin
Quelle: de.indymedia.org

Wir sind keine Opfer. Wir sind Kämpfer_innen

Digitales Eigentum bleibt gemein!

Die Open-Source/Freie-Software Bewegung genießt unter Linken einen relativ guten Ruf. Schuld daran ist nicht nur, dass deren Entwickler Dinge, für die man sonst zahlen muss, kostenlos zur Verfügung stellen, sondern auch, dass diese Bewegung oft als Opposition oder sogar als praktischer Gegenentwurf zum kapitalistischen Privateigentum betrachtet wird. Aber steht das Konzept Open Source wirklich im Gegensatz zum Eigentum?

Immaterielle Güter sind anders...

Zumindest einige Vertreter dieser Bewegung scheinen sich am Eigentum zu stören. Und zwar dort, wo es digitale Güter betrifft. Ihr Thema ist also nicht das Eigentum an Lebensmittel, Land und Fabriken, sondern das Eigentum, wenn es Software, Patente und Texte betrifft. In der Tat gibt es in der Sache durchaus einen Unterschied zwischen physischen Gütern und sogenannten „immateriellen" Gütern.

Wenn jemand mein Fahrrad benutzt, kann ich es nicht gleichzeitig verwenden. Ideen aber – wie sie zum Beispiel in diesem Text vorkommen – kann man verbreiten und mit anderen teilen, ohne dass man davon weniger hat. Wir wissen vom Inhalt dieses Textes nicht weniger, wenn die LeserInnen nach dem Lesen mehr darüber wissen. Aber immerhin: Ihn zu lesen, zu verstehen, Fehler zu finden, die wir vielleicht darin gemacht haben, ist jedes Mal intellektueller Aufwand – eine Tätigkeit also, die Zeit kostet und Voraussetzungen hat, z.B. muss man lesen gelernt haben. Ganz „umsonst" und ohne Voraussetzungen geht das mit dem Verbreiten also nicht. Dennoch, der Text als solcher, und damit die darin enthaltene Information, hat die Eigenschaft, dass man ihn ohne Informationsverlust beliebig oft kopieren (und damit auch übertragen, darstellen, verfügbar machen, kurz: benutzbar machen) kann. Wenn bestimmte Voraussetzungen einmal vorhanden sind (Computer, das Internet) kann man eine Datei, die den Text enthält, billig vervielfältigen – der Aufwand dafür wird dann so gering, dass er irgendwann für den Einzelnen praktisch gleich Null ist.

...und das Eigentum an ihnen fällt anders auf

Auf hin- und herschwirrende Ideen, auf Dateien oder andere digitale „Informationsbehälter" einen Eigentumstitel zu kleben, erscheint so als eine Einschränkung, die „künstlich" ist, die nicht sein müsste – alleine schon deshalb, weil man es gewöhnt ist diese Dateien (illegal) zu kopieren. Hier fällt auf: Eigentum zu sein ist keine Eigenschaft dieser Sachen selbst, sondern es wird äußerlich gesetzt. Was dabei noch auffällt, ist, dass manche Dateien, z.B. Musik, nicht kopieren darf. Es gibt ein Verbot, diese weiterzugeben. Und das scheint bei Dateien nochmal besonders abstrus, da der Inhalt durch das weitergeben gar nicht verändert oder beschädigt wird. Beim „digitalen Eigentum" erscheint also anders, nämlich deutlicher, dass die staatliche Gewalt mit ihren Patent-, Urheber- und sonstigen Rechten die Benutzung einschränkt. Das Eigentum erscheint hier klar als das, was es ist – als eine Schranke.

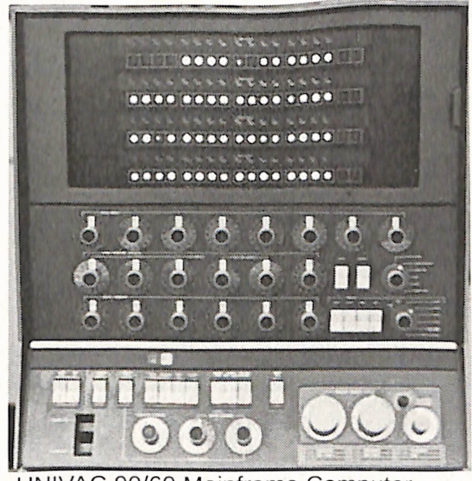
Mehr noch, die Resultate von Wissenschaft und Technik waren schon lange vor dem Beginn der digitalen Datenverarbeitung Gemeinschaftsprodukte in dem Sinne, dass noch die kleinste neue Entdeckung oder Erfindung auf so zahlreichen anderen Entdeckungen und Erfindungen aufbaut, dass der jeweilige Urheber nur bei einem Bruchteil dieser notwendigen immateriellen Voraussetzungen weiß, wo sie herkommen. Mathematische Erkenntnisse bauen auf anderen mathematischen Erkenntnissen auf, Software basiert auf Ideen anderer Softwarepakete oder gleich ganzen anderen Paketen.

Um mit Erkenntnissen und Technologie voranzukommen, braucht man also Zugang zu

dem, was es schon gibt. Wenn heute immer wieder Eigentumstitel verteidigt und genutzt werden, wenn also der Zugang und die Anwendbarkeit vorhandener Informationen gesetzlich beschränkt wird, dann ist das ein Hindernis für die Entwicklung von neuen Ideen. Eigentum erscheint als eine willkürliche Trennung dessen, was doch notwendig aufeinander verwiesen ist: Es ist nicht nur eine Schranke, um an bestehende Dinge oder bestehendes Wissen zu kommen, sondern sogar auch, um neue Sachen zu entdecken und zu entwickeln.

Eigentumslosigkeit als Norm

Das Konzept Open Source ist zusammen mit der Entwicklung von Großrechnern, PCs und Internet entstanden und hat diese Entwicklung selbst vorangebracht. Ausgangspunkt der Open-Source-Bewegung war die Wertschätzung besonderer Eigenschaften digitaler Güter, insbesondere die verlustfreie Reproduzierbarkeit und damit verbundene Vorteile bei der gemeinsamen Bearbeitung von Code. Die Protagonisten dieser Bewegung wussten sich diese Eigenschaften bei ihrer Arbeit zu nutze zu machen, und beschäftigen sich mit den Voraussetzungen dafür. Die Beschäftigung mit diesem Thema war neu, denn am Anfang der praktischen Informatik, so ab den 1950er Jahren, war der freie Zugang und die de facto uneingeschränkte Benutzbarkeit aller benötigten Informationen – zumindest was Software anging – selbstverständlich. Jedenfalls für Leute mit dem entsprechenden Wissen, die an einschlägigen, gut ausgestatteten Forschungseinrichtungen arbeiteten. Software wurde schlicht als Gratiszugabe zu massiven, teuren Großrechnern angesehen und entsprechend offen verteilt, studiert und verändert.



UNIVAC 90/60 Mainframe Computer

Erst ab Mitte der 1970er Jahre entwickelte sich ein Markt für proprietäre Software – also Software, die man nicht einfach verbreiten und verändern darf. Firmen wie Microsoft begannen, mit dem Verkauf von Software und insbesondere von Lizenzen für die Benutzung von Software ein Geschäft zu machen.

Gegen diese neue Bewegung traten Leute wie Richard Stallman – Gründer des GNU Projekts, welches die bekannteste Open-Source-Lizenz, die General Public License (GPL), heraus gibt – an, um den Status quo zu bewahren. Stallman und seine KollegInnen entwickelten Software gemeinsam, und bestanden darauf, dass andere ihre Produkte studieren, benutzen und weiterverbreiten dürfen sollen. Das ist, vom Standpunkt der planvollen Produktion nützlicher Dinge betrachtet, eine vernünftige Sache.

Eigentum – eine Norm für die Welt der physischen Dinge?

Das GNU-Projekt war der Ursprung der Open-Source-Bewegung. Dieser Bewegung ist heute wichtig, dass aus den sachlichen Besonderheiten immaterieller Güter folge, dass das Eigentum für diese Güter eine geringere oder andere Rolle spielen müsse als für andere – materielle – Sachen.

Damit entgeht dieser Bewegung aber genau das, was gerade an der Unterwerfung immaterieller Güter unter das Eigentum, vorangetrieben durch die Pioniere der proprietären Softwareentwicklung, auffallen könnte: Dass das Eigentum stets ein den Gütern äußerliches soziales Verhältnis ist. Protagonisten von Open Source (oder Bewegungen, die davon inspiriert wurden) unterstellen das Eigentum an solchen physischen Dingen als der Natur der Sache, insbesondere ihrer (angeblichen) natürlichen Knappheit, entsprechend.

Zum Beispiel schreiben die Piraten in ihrem Grundsatzprogramm: „Systeme, welche auf einer technischen Ebene die Vervielfältigung von Werken be- oder verhindern ("Kopierschutz", "DRM", usw.), verknappen künstlich deren Verfügbarkeit, um aus einem freien Gut ein wirtschaftliches zu machen. Die Schaffung von künstlichem Mangel aus rein wirtschaftlichen Interessen erscheint uns unmoralisch, daher lehnen wir diese Verfahren ab. [...]Wir sind der Überzeugung, dass die nichtkommerzielle Vervielfältigung

und Nutzung von Werken als natürlich betrachtet werden sollte und die Interessen der meisten Urheber entgegen anders lautender Behauptungen von bestimmten Interessengruppen nicht negativ tangiert.“

Was digitale Güter angeht, beklagen die Piraten also, dass dort Menschen qua Eigentumstitel „künstlich“ vom Benutzen abgehalten werden, entgegen der „natürlichen“ Eigenschaft von Information kopiert werden zu können. Andererseits können sie dies bei materiellen Dingen so generell nicht feststellen, diese sind nach der Logik des Grundsatzprogramms durchaus von selbst „wirtschaftliche Güter“. Eine Annahme die den Verfassern so selbstverständlich zu sein scheint, dass sie dies nicht explizit erwähnen.

Das GNU-Projekt spricht den angenommenen Unterschied zwischen ideell und materiell explizit an:

„Unsere Ideen und Intuitionen über das Eigentum an materiellen Dingen handeln davon, ob es richtig ist jemanden ein Objekt weg zu nehmen. Sie betreffen das Kopieren nicht direkt. Eigentümer wollen aber, dass wir jene dennoch anwenden […] Aber Leute im allgemeinen haben wahrscheinlich nur Sympathien für die Beanspruchung von natürlichen Rechten aus zwei Gründen. Ein Grund ist eine überdehnte Analogie mit materiellen Dingen. Wenn ich Spaghetti koche, dann erhebe ich Einspruch dagegen, wenn jemand anderes sie ist, weil ich sie dann nicht mehr essen kann. Seine Aktion schadet mir genauso viel wie sie ihm nützt; nur einer von uns kann die Spaghetti essen, die Frage ist, wer von uns? Der kleinste Unterschied zwischen uns ist genug um die ethische Balance zu stören. Aber wenn Du ein Programm, das ich geschrieben habe, ausführst oder veränderst, dann betrifft das Dich direkt und mich nur indirekt. Ob Du deinem Freund eine Kopie gibst betrifft Dich und deinen Freund wesentlich mehr als es mich betrifft. Ich sollte nicht die Macht haben Dir zu sagen das nicht zu tun. Niemand sollte das.“

Die aufgemachte Trennung zwischen materiellen und ideellen Dingen im Bezug auf das Eigentum, stimmt aber so nicht.

1. Das Eigentum ist erst einmal gleichgültig dagegen, ob der Eigentümer eine Sache benutzt oder nicht. Wenn Leute an Eigentum an materiellen Gütern denken, dann denken sie an ihre persönlichen Habseligkeiten, Dinge die sie mehr oder weniger regelmäßig brauchen. Das trifft aber das Eigentum nur am Rande, es funktioniert viel grundsätzlicher. Zum Beispiel werden besetze Häuser geräumt und stehen dann wieder leer. Oder Waldstücke werden eingezäunt von Eigentümern, die in ganz anderen Gegenden wohnen. Die Frage, ob jemand eine Sache gebrauchen kann, stellt sich dank Eigentum so nicht. Das Eigentum an einer Sache gilt, ganz egal, ob der Eigentümer oder jemand anderes diese – zum Beispiel gegen Bezahlung – benutzt. Die absolute Verfügung über Reichtümer egal welcher Art und welchen Umfangs einklagbar zu machen, das ist das Privateigentum und es wird mit allen erforderlichen Mitteln vom Staat durchgesetzt. Egal ob materielles oder immaterielles Gut – dem Eigentum ist es erst einmal ziemlich egal, wer was wie benutzen will. In dieser Hinsicht ist die Unterscheidung also Pustekuchen.

2. In einer Hinsicht spielt das Benutzen-wollen aber schon eine Rolle – eine negative. Das Eigentum an einem Haus ist Ausdruck des Ausschlusses Dritter von der Benutzung des Hauses. Mit dem Haus selber kann man nämlich kein Eigentumsverhältnis eingehen, der ist nur ein Haus, nicht fähig zu einem Rechtsverhältnis. Genauso wie eine DVD mit Windows darauf nicht unbedingt installiert werden darf, nur weil sie gerade bei mir herumliegt: Die Funktion eines Eigentumstitels ist ja gerade, dass andere mein Eigentum nicht benutzten dürfen ohne mein Einverständnis, obwohl sie wollen und vielleicht auch unmittelbar physisch könnten. Das, was den FreundInnen der freien Software an digitalen Gütern auffällt, könnte ihnen am Eigentum an materiellen Dingen genauso auffallen: Eigentum ist ein Verhältnis zwischen Leuten, nicht zwischen Dingen und Leuten, und ein ziemlich negatives Verhältnis zwischen Leuten dazu. Eigentum ist eine

Schranke für die Benutzung, bei der es darauf ankommt, dass der andere das, was meines ist, will, es aber, weil es meines ist, nicht (unmittelbar) kriegen kann. Die Eigentumsgarantie für materielle Dinge gibt es nicht obwohl, sondern weil andere die Eigentumsgegenstände wollen, brauchen, benötigen. Das Eigentum an Brot und erst recht an Brotfabriken ist deswegen relevant, weil andere Leute Hunger haben. Sonst bräuchte man den Ausschluss nicht garantieren.

3. Außerdem: Den harten Gegensatz zwischen materiell und immateriell bezüglich der Reproduzierbarkeit von Gütern gibt es nicht. Man kann materielle Dinge herstellen, was nichts anderes heißt als die festgestellte Knappheit zu beseitigen. Es gibt nicht eine bestimmte Anzahl von Brotmessern in der Welt, man kann mehr herstellen. Klar, dafür muss man dann was tun, aber einfach „knapp" ist da nichts.

Zum Herstellen braucht man aber Zugang zu den Produktionsmitteln, die wiederum auch in privater Hand sind. Auch dabei ist gleichgültig, ob man sie „wirklich" braucht oder ob sie gerade benutzt werden. Allerdings ist ein Unterschied zwischen Software und Brotmessern, dass die zeitgemäßen Produktionsmittel für Software inzwischen billige Massenprodukte sind und bei den meisten Leuten sowieso schon zu Hause herumstehen. Mit einem zehn Jahre alten Computer vom Sperrmüll kann man Software schreiben, die auf dem Stand der Technik ist.

Entsprechend braucht man in die Produktion von Software „nur" Bildung und Arbeitszeit zu investieren, während man bei etwa bei Brotmessern von ihren Produktionsmitteln – auf dem Stand der Technik – ausgeschlossen ist. Dafür bräuchte es tatsächlich eine eine Brotmesserfabrik und die will erst einmal gekauft werden.

4. Die Produktionsmittel wiederum sind auch nicht einfach „knapp", die kann man auch größtenteils herstellen. Zu den Produktionsmitteln bekommt man keinen Zugang, weil ihr Zweck für den Eigentümer ist, sich damit Zugang zu den Reichtümern der Gesellschaft zu verschaffen und darüber hinaus Geld zu vermehren. Er weiß ja, dass er sich mit anderen immer einigen muss, um an deren Produkte heranzukommen. Entsprechend benutzt er seine Fabrik – sowie Leute, die keine Fabriken haben, d.h. Arbeitskräfte – um etwas herstellen zu lassen, was er verkaufen kann. Mit dem Erlös kann er dann einkaufen gehen – am besten und in der Regel wieder Arbeitskräfte und Produktionsmittel, damit der Spaß wieder von vorne losgeht. Genau wie bei immateriellen Gütern ist man bei materiellen Gütern in einer arbeitsteiligen Gesellschaft auf die anderen angewiesen. Weil hier Eigentum gilt, ist man aber von deren Produkten prinzipiell ausgeschlossen und ist so darauf verwiesen, den Bedarf anderer für sich auszunutzen. Die Absurdität anders auf den Punkt gebracht: Gerade weil man auf die anderen angewiesen ist, beharrt man auf deren Ausschluss. Wenn alle mir nur etwas geben, wenn ich etwas gebe, dann werde ich darauf schauen, dass ich das, was ich habe, auch einsetze dafür, dass ich was kriegen kann ... indem ich anderen genauso gegenüber trete wie sie mir.

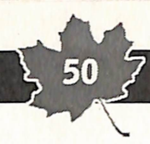
Eigentum hat den gleichen ausschließenden Charakter, unabhängig davon ob es um materielle oder immaterielle Güter geht. Das sieht die Open-Source-Bewegung aber ganz anders – und teilt damit eine fatale Fehleinschätzung über den Kapitalismus mit so vielen anderen Menschen.

Junge Linke
– gegen Kapital und Nation

Dieser Artikel wurde um die letzten beiden Absätze **"Open-Source-Lizenzen: Eigentumskritik mit den Mitteln des Rechts?"** und **"Software-Allmende für Unternehmens-gewinne"** sowie die Fußnoten gekürzt. Der vollständige Artikel ist auf der Internetseite der grünen Blatts nachzulesen.

Abbildungen von commons.wikimedia.org

Google verbreitet sein Android-Betriebssystem und seinen Webbrowser unter einer Open-Source-Lizenz – vor allem damit dank der Verbreitung von guten Smartphones Leute noch mehr Zeit im Internet verbringen, wo Google sein Geld mit Werbung und Dienstleistungen verdient.



Klimaschutz von Oben – und was Unten davon ankommt

dr Seit die Klimaproblematik weltweit zum Wahlkampfthema avanciert und eine übermäßig schlechte Klimabilanz für betroffene Unternehmen zum Imageproblem wird, ist Klimaschutz bekanntermaßen groß in Mode. Eines dieser im Rahmen internationaler Klimaschutzverhandlungen ersonnenen und vielgepriesenen Programme zur Rettung des Planeten nennt sich GCF – Govenor's Climat and Forest Task Force, eine subnationale Initiative von Provinzen und Bundesstaaten auf vier Kontinenten mit dem Ziel, die Rodung von (Ur-) Wäldern zwecks Vermeidung von Treibhausgasen zu begrenzen. Was auf dem Papier der Machtzentralen vielleicht noch gut klingen mag, sieht in den Niederungen des realen Lebens ganz anders aus. Ein Praxisbeispiel aus Chiapas, Mexico.

Inspiration für GCF sind die Bemühungen der Weltklimakonferenzen, das REDD+ -Programm auf den Weg zu bringen. REDD steht für Reduction of Emissions from Deforestation and Degradation - also die Reduktion von Emissionen aus Kahlschlag und Degeneration von Wäldern. Hintergrund ist der Umstand, dass Waldrodungen nicht nur verheerende Folgen für den lokalen Wasserhaushalt, die Biodiversität und die Lebensgrundlagen der Menschen vor Ort haben, sondern auch etwa ein Fünftel des globalen CO_2- Austoßes verursachen. Die REDD-Idee ist denkbar einfach: Waldeigentümer werden dafür bezahlt, ihren Wald NICHT zu roden, somit wird auch das erhalten des Waldes marktwirtschaftlich profitabel. Oder um es in den Worten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit auszudrücken: „REDD [...] bezeichnet ein System leistungsbasierter Zahlungen für mess- und überprüfbare Emissionssenkungen in Wäldern.“ Und weiter: „REDD ist in das zukünftige Klimaregime eingebettet und gilt als der aussichtsreichste Weg, die für den Schutz tropischer Wälder und umfassende langfristige Investitionen in nachhaltige Waldbewirtschaftung benötigten Ressourcen zu generieren.“[1] Was das Bundesministerium in seiner Propaganda nicht erwähnt ist die Art und Weise wie diese recourcen „generiert“ werden. Erst bei genauerem Hinsehen erfährt mensch dass für die langfristige Finanzierung von REDD vorwiegend verschiedene Spielarten von Emissionshandel angedacht sind.

GCF

Bislang steht es um REDD wie um alle transnationalen Klimaschutzbemühunungen: Konkret ist gar nichts. So gibt es nach wie vor keinen internationalen Rahmen für die Implementierung von REDD. Bislang giebt es lediglich verschiedene bi- oder multilaterale Initiativen, die die Idee von REDD aufgreifen, darunter GCF. Maßgeblich stellt GCF das Resultat der



Bemühungen der Regierung Schwarzenegger in Kalifornien dar, die kalifornischen Klimaziele über die Ausgabe von Emissionszertifikaten zu erreichen. Somit wird Einsparung von Emissionen nicht selbst erbracht, sonder als Dienstleistung in Drittstaaten eingekauft. Konkret bedeutet dies, dass beispielsweise Chevron aus GCF resultierende Emissionsrechte erwirbt, und der Erlös für den Erhalt von Wald in Chiapas verwendet wird. Bezeichnend ist, dass dem weiterhin betrieben CO_2- Ausstoß lediglich das Versprechen entegengesetzt wird, keine zusätzlichen Emissionen zu verursachen, und auch das nur so lange wie weiterhin Umweltverschmutzer in den Industriestaaten CO_2-Zertifikate kaufen. Sollte dies eines Tages aus welchen gründen auch immer nicht mehr der Fall sein, zum Beispiel weil dann alles Öl verbrannt ist, würde auch die Finanzierung des parallelen Rodungsmoratoriums wegfallen.

Situation in Chiapas



Die montes azules, GCF-Reservat und REDD-Tesfläche im lacandonischen Urwald, ist die letzte große zusammenhängende, unbesidelte Flachlandregenwaldfläche Mexicos. Wie viele andere tropische Waldregionen liegen die montes azules in einem Gebiet, das nahezu ausschließlich von verschiedenen indigenen Ethnien bewohnt wird. An deren Wohlergehen, beziehungsweise Einbindung ist den Verantwortlichen von REDD in ihren Verlautbarungen natürlich besonders gelegen. Stellvertretend für jene Enwicklungsminister Dirk Niebel: „[Es] besteht ein breiter Konsens darüber, dass die Bemühungen, der Entwaldung Einhalt zu gebieten, nur dann erfolgreich sein können, wenn die Bevölkerung vor Ort, für die diese Wälder die Lebensgrundlage darstellt, umfassend in den Prozess eingebunden wird.“ 1

Das darf bezweifelt werden. Die Konzeption, sowohl von REDD als auch seinem Derivat GCF,

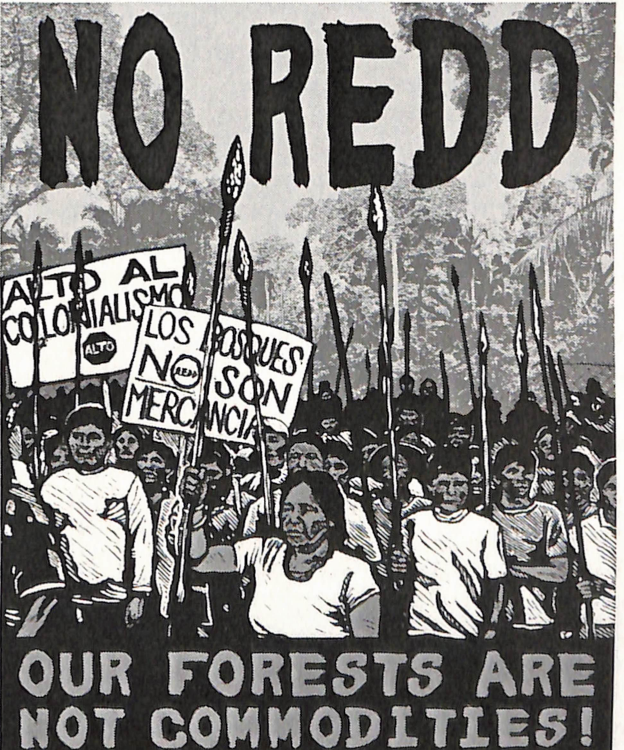
+++ Las Zapatist@s +++

Am 1.1.1994 erhoben sich zehntausende indigene Kleinbäuer_Innen in Chiapas, dem ärmsten und „unterentwickeltsten“ Bundesstaat Mexicos, gegen die 500 Jahre währende Unterdrückung und Ausbeutung durch die weißen Eliten des Landes. Es gelang ihnen, die staatliche Souverenität in einigen Gegenden zu brechen und über die Jahre eine unabhängige Selbstverwaltung und eigene Infrastruktur mit eigenen Schulen, Krankenhäusern, Betrieben und einer eigenen Justiz nach indigener Rechtsaufassung aufzubauen. Wie überall in Lateinamerika ist auch in Chiapas die indigene Bevölkerung traditionell einer kommunistischen Lebenweise verbunden, Privateigentum an Boden, natürlichen Ressourcen oder Produktionsmitteln ist nicht vorgesehen, Betriebe, Einrichtungen und Ländereien befinden sich in der Regel in kollektivem Besitz der sie jeweils tragenden Dorfgemeinschaften. Ämter werden basisdemokratisch vergeben und unterliegen im allgmeinen einem einjägrigen Rotationsprinzip.

lässt nicht erkennen, dass überhaupt daran gedacht wurde, dass die betroffenen Menschen eigene Vorstellungen von ihrem Leben und der Art und Weise des Umgangs mit ihrer Umwelt haben könnten.

Für das Funktionieren von REDD ist, wie für jedes marktwirtschaftliche Handeln, die Existenz von Eigentum von Nöten. Irgendjemand muss schließlich bezahlt werden, damit er oder sie ihren Wald nicht rodet. Somit ist die Privatisierung von Wald zwingende Voraussetzung für REDD. Privatbesitz aber, insbesondere dei von Land, ist in indigenen Kul turen meist nicht vorgesehen so auch nicht in Chiapas. Ur Eigentum zu erschaffen braucht es notwendigerweise eine äußere Instanz, die Eigen tümer definiert, und in dei Konsequenz Nicht-Eigentümei vom nun entstandenen Privat besitz ausschließt. Dies ar sich stellt schon einen Gravie renden Eingriff in das Lebei der Leute dar und bedeutet ei ne weitere Eskalation, eine weitere qualitative und territo riale Ausdehnung kapitalisti scher Verwertung.

Zu schlechter letzt dienen die GCF-Mittel in Chiapas ganz konkret der Aufstandbekämp fung: Die Notwendigkeit Wald eigentümer zu haben führt da zu, dass jene zu solcher definiert werden, die politisch auf Seiten der Regierung, des Staates und somit in Opposition zu den rebellischen Zapatista-Gemeinden stehen. In Chiapas spielt sich seit inzwischen gut 15 Jahren ein Kleinkrieg ab, der darauf abzielt, die zapatistische Unterstützungsbasis der EZLN zu zermürben, der im wesentlichen darauf basiert, unterschiedliche ethnische und soziale Gruppen der indigenen chiapanekischen Landbevölkerung gegeneinander auszuspielen. In diesem Zusammenhang werden seitens des Staates üblicherweise diverse nationale Entwicklungsprogramme verwendet, um Gemeinden regelrecht zu kaufen. Gewaltsame Überfälle und Provokationen gegen die Zapatistas werden nicht verfolgt, sondern im Gegenteil ermuntert. GCF ist in Chiapas ein Mittel der Aufstandsbekämpfung. Regierungsnahe Gruppen werden gezielt mit Landtiteln und somit auch mit Zahlungen aus GCF versehen, im weiteren sogar mit Waffen und militärischer Ausrüstung, um illegalisierte Zapatistas im Namen des Klimaschutzes zu bekämpfen, von ihrem Land zu vertreiben oder die Inbesitznahme von Land durch anderswo Vertriebene zu verhindern. [2]



REDD und Palmöl

Die einzige bislang in Klimaverhandlungen verwante international verbindliche Definiton von Wald ist diese: „ein mindestens 0,5 bis 1 Hektar großes Gebiet, das zu 10–30 % von Pflanzen bedeckt ist, die ausgewachsen mindestens 2–5 Meter hoch sind.“ [3] Das schließt unter anderem Palmölplantagen ein. Die Comapaner@s aus Chiapas berichten hierzu:

„Die Befürchtung, dass indigene und kleinbäuerliche Gruppen von ihrem Land vertrieben werden, um den Urwald für Pflanzungen zu säubern, ist bereits Realität. Diejenigen, die darauf bestanden haben in ihrem Territorium zu bleiben, [...] wurden inhaftiert, weil sie Palmöl-Bäume gefällt hatten, ungeachtet ihrer Unwissenheit, dass diese Bäume Teil des REDD+-Projekts sind. Wie im Kongo gab es auch in Chiapas Vorfälle, bei denen Menschen von Händler_innen mit CO_2-Zertifikaten, verfolgt wurden. “ [4]

2009 wurde in Chiapas auf 44.000 Hektar Palmöl angebaut. Bis heute (2012) sollte die Anbaufläche nach Plänen von Gouverneur Juan Sabines auf 100.000 hektar, langfristig auf 900.000 hektar gesteigert werden. 6

Blog von Betroffenen vor Ort: http://reddeldia.blogspot.de/

1 http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie215_Informationsbroschuere_06_2011.pdf

2 http://de.scribd.com/doc/106773798/Ubersetzung-REDD-Declaration-final-version

3 https://de.wikipedia.org/wiki/REDD

4 http://www.chiapas.eu/news.php?id=4751

Vegan und trotzdem krank ? Selbst schuld.

Scheinbar liegt es in der Natur guter Ideen, dass sie nach kurzer Verweilzeit in den Köpfen und Lebensweisen der ewig Vorauseilenden schnurstracks zu aberwitzigen Modeerscheinungen verkommen, die dem Zeitgeist gemäß abgespeckt, weil weniger gut durchdacht und - was gleichzeitig ihre Akzeptanz in und Kompatibilität mit der aktuell „angesagten“ subversiv-alternativen Gegenkultur logisch erscheinen lässt - obendrein ein willkommenes Geschenk für all jene sind, die sich gerade auf der Suche nach einem neuen Götzen befinden.
Die meisten beginnen ihre neu entdeckte Leidenschaft mit dem Totalverzicht auf alles, was ihren bisherigen Speiseplan ausmachte. Da sich dieser Umsturz in der Regel von heute auf morgen vollzieht, suchen sie das Glück elementarer Bedürfnisbefriedigung hauptsächlich im Verzehr immenser Mengen Kohlenhydratlieferanten, wie Nudeln, Reis, Kartoffeln und möglichst viel Teig. Dieses Phänomen verwundert nicht. Ihr Körper ist an leicht Verwertbares (nicht zu verwechseln mit leicht Verdaulichem), wie Käse, Fleisch, Butter und Ei gewöhnt, das bei gleicher Masse einen deutlich höheren Energiegehalt als Obst und Gemüse aufweist. Paradoxerweise entblößt sich hier das Prinzip Fast-Food in seiner eigentlichen Vollendung: obwohl eine Mahlzeit aus Möhre, Apfel und Banane in puncto schnelle, einfache Zubereitung unbestreitbar besser abschneidet als ne kleine Pommes rotweiß, wird Letzterem nicht nur aus rein physiologischen Gründen der Vorzug gewährt. Heiß und fettig ist einfach geiler - titelt das Manifest kulinarischen UnSinns postmoderner Jugendlichkeit. This is my generation, baby. Selbstbestimmt wie selbstverständlich schlurft sie in die Arme ärztlicher Abhängigkeit. Denn erfahrungsgemäß machen solch einseitige Bedingungen krank. Zumindest nicht gesünder.
Haarausfall, rasanter Muskelabbau bei gleichzeitiger Zunahme des Fettgewebes (ja, ja, mensch ist, was mensch isst), chronische Magen-Darm-Beschwerden, Konzentrationsmangel und der Verlust am allgemeinen körperlichen Wohlbefinden, um nicht zu sagen eine sich schleichend entwickelnde Form von Unsportlichkeit - typische Anzeichen für einen Nährstoffmangel, der sich einige Zeit nach der Entscheidung für eine vegane Ernährung bei erstaunlich vielen bemerkbar macht. Dass das eigentliche Ziel einer radikalen Umstellung grundsätzlich an eine den jeweiligen Umständen entsprechend kurze oder längere Latenzphase gebunden ist, kann nicht von der Hand gewiesen werden. Doch ist ebenso klar, dass, hat mensch erst die geordneten Bahnen der Gewohnheit verlassen, um Chaos zu säen, in vielen Fällen eine strukturelle Unordnung, aber nur mit viel Aufwand und etwas Glück eine „ordentliche“ Struktur folgt. Wenn also aus dem Umsturz der herkömmlichen Ernährungsweise nicht einmal der Ansatz einer Auseinandersetzung mit dem eigenen Stoffwechsel resultiert, wird im besten Fall die plötzlich erworbene Unordnung und mit reichlich Pech das Chaos zur Gewohnheit. (...)
Fakt ist, dass der Nutzen von künstlichen Vitaminpräparaten bis dato nur unzureichend, also gar nicht belegt werden konnte und vor überdosierten Konzentraten sogar ausdrücklich gewarnt wird. Letztlich ist dieses ganze Substitutionsgewurschtel nicht nur ungesund, sondern entspricht nebenbei einer mir nicht ganz schlüssigen Doppelmoral. Geht mensch davon aus, dass nicht jedeR zu Produkten der Vegan Society, sondern ein Großteil zu Gerichten aus der Bayer- und Co. Küche greift, die zwar weniger trendy, dafür aber billiger sind, lässt der Widerspruch nicht lange auf sich warten: Mit dem Kauf und der Nutzung von Magnesiumbrausepulver, Folsäuretabletten oder Iodkapseln unterstütze ich einen Industriezweig, der sich zu Tierversuchen, also zu einer Praxis, deren Ausmaß und Abartigkeit nicht in Worte zu fassen ist, bekennt - vor dem Hintergrund, die Ausbeutung und damit die Qual der tierischen Freunde minimieren zu wollen.

(...) alles ist relativ. Auch Tofu. Die Life Food GmbH mit dem Markennamen Taifun führt mit einem Ausstoß von 70 Tonnen in der Woche den europäischen Markt der Tofuproduktion an. In dieser Branche sind sie die Guten: gentechnikfreier, kontrolliert biologischer Anbau, effizientes Umweltmanagement. Selbst die Sojabohne stammt zu knapp 50% aus den umliegenden Ländern. Doch auch Taifun muss, um seinen Bedarf an ca. 2000 Tonnen Sojabohnen jährlich decken zu können, auf den Anbau am anderen Ende der Welt zurückgreifen. Pro Jahr werden so über 1000 Tonnen Rohstoff von Brasilien ins

bayerische Freiburg verschifft, zehnmal mehr als noch vor zehn Jahren. Tendenz steigend. Neben Sojabohnen und Wasser gibt es einen weiteren Rohstoff, der für die Tofuherstellung essentiell ist - Nigari, das Magnesiumchlorid der Ozeane. Ein vorwiegend in Japan gewonnenes Gerinnungsmittel. Für 9 kg Frischtofu werden 150 g Nigari benötigt, was bei einem Kilogramm Tofu 16,6g Nigari entspricht - so werden jährlich knapp 60 Tonnen verarbeitet. Zur Nigari-Gewinnung kann mensch entweder sehr energieaufwendige Verfahren wie die Umkehrosmose oder die am häufigsten angewandte Methode der Verdampfung von Meerwasser nutzen. Dabei wird das Wasser aus über 600 Metern Tiefe an die Oberfläche gepumpt und anschließend kesselweise auf 110°C erhitzt, um den wertvollen Salzrückstand zu erhalten. Der Massenanteil von Salzen im Meer entspricht ca. 3,5%, Hauptbestandteil ist Natriumchlorid. Weitaus weniger machen andere Salze, also auch Magnesiumchlorid aus. Die Ausbeute aus einem Liter Meerwasser beträgt demnach nicht mehr als 1,75 g $MgCl_2$. Hochgerechnet auf den Jahresverbrauch benötigt mensch über 34600 Tonnen oder 36400 m^3 Wasser, um aus der Sojamilch den Quark zu machen. Das entspricht dem durchschnittlichen Wasser JAHRESverbrauch von fast 1000 Menschen in Deutschland. (...)
[Es] steht die Überlegung aus, wie sich die nahezu niedlich anheimelnden Taifunschen Produktionszahlen entwickeln würden, entschiede sich ein Großteil der Deutschen für ein Leben ohne Tier und mit Tofu.
Ein gedankliches Experiment

(...) Dreht mensch die Spirale ein Stück weiter, gelangt er/sie zu einem Sojabohnenbedarf von ca. 39 Millionen Tonnen jährlich, wenn die Gesamtbevölkerung von USA und Europa auf jegliches Tierprodukt in Fleisch- und Käseform verzichten würde: 17% des bisherigen Ertragsvolumens stehen 10% der gesamten Weltbevölkerung gegenüber. Um jedeN einzelneN dieser Erde mit ausreichend Bohnenquark versorgen zu können, müssten also weitere Anbauflächen für Sojabohnen erschlossen werden. Unter den sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts wäre das wahrscheinlich mit der Abholzung zusätzlicher Regenwaldgebiete verbunden. Kuh- und Schweinegase ade´, willkommen sei der Waldbrand. (...) Euch lasst gesagt sein, dass an dieser Stelle kein wissenschaftlich fundierter Diskurs eröffnet werden soll. Zumal das geschilderte Szenario in derart absoluter Form niemals eintreten wird. Es dient einzig dem Zweck, die Unmöglichkeit einer globalen Veganbewegung auf dem Rücken der Sojabohne zu veranschaulichen. Selbst wenn sich Treibhausgas- und Wasserbilanz erheblich verbessern würden, ist ein veganes Ernährungsverhalten, das sich an der Produktpalette von vegan-wonderland.de orientiert, weder progressnoch subversiv. Sondern ebenso un- wie doppelmoralisch.

Es existiert ein recht einfacher Trick, um dem ökologischen Desaster zu entrinnen und gleichzeitig back to Gesundheit zu finden. Mensch kombiniere Nährwert und Saison, schmecke regional ab und serviere auf kontrolliert biologisch.

Kurz gesagt: Dass eine vegane Ernährung per se gesundheitlich wie politisch verträglicher sein soll als die omnivore Variante, kann nur aus der Feder von jenen Menschen stammen, die sich zwanghaft - respektive pathologisch - das Weltverbesserermäntelchen überziehen, ohne konkret zu wissen, was sie eigentlich verbessern möchten und - weitaus bedeutsamer - welche negativen Begleiterscheinungen ihr Handeln mit sich bringen kann.
Also: Go vegan, aber bitte mit Verstand. Denn erst kommt die Moral, dann das Fressen.

Dieser Artikel wurde für die Aufgrund seines Umfangs gekürzt. Der vollständige Artikel kann im wiki nachgelesen werden.

(dä) Ganz ohne Kommentare kann ich diesen Abschnitt leider nicht layouten:

1. Der Vorwurf gegen Veganer_innen, sie wären für eine Ausweitung des Sojaanbaus verantwortlich ist Aufgrund der Tatsache, dass 80% des weltweit Angebauten Sojas (Worldwatch Institute, 2006) zu Tierfutter verarbeitet wird, leider ziemlich dumm.

2. Meerwasser wird beim Verdunsten weder verschmutzt noch 'verbraucht', es ist danach immer noch da und stellt kein Umweltrisiko dar.

3. Die suggerierte Wahl zwischen den beiden Möglichkeiten Tofu (ca. 10,6g Eiweiß/100g) oder Tier ist reichlich verkürtzt. Für Umwelt und Gesundheit sinnvolle Eiweißquellen sind z.B. Nüsse und Samen, regionale Hülsenfrüchte, Seitan, Brennesseln (ca. 5,5g Eiweiß/100g), Giersch (ca. 6,7g Eiweiß/100g), Vogelmiere, Kartoffeln & Topinambur oder die einfache Kombination aus 52 % Bohnen und 48 % Mais, die mit einer biologischen Wertigkeit von 101 sogar knapp den Vollei-Referenzwert von 100 schlägt.

Die neue Rubrik „Mensch-Tier-Verhältnis“

Ab der Ausgabe Winter 2012/2013 wird das grüne Blatt durch die Rubrik „Mensch-Tier-Verhältnis“ bereichert.
Denn ein radikales Verständnis von Umweltschutz von unten kann nicht völlig losgelöst betrachtet werden von einer kritischen Betrachtung des Mensch-Tier-Verhältnisses in dieser Gesellschaft.
Überschneidungen in der herrschaftskritischen Umweltbewegung und in der Tierbefreiungsbewegung bestehen sowohl personell als auch theoretisch: So kann es als logische Konsequenz aus einer generellen Herrschaftskritik verstanden werden, dass auch das Herrschaftsverhältnis Mensch-Tier hinterfragt und aufgebrochen werden muss. Ein weiterer Zusammenhang der Themen besteht in gewissen Kämpfen: Hier sei an erster Stelle die industrielle Tierhaltung genannt, die sowohl die systematische Unterdrückung von tierlichen Individuen auf die Spitze treibt, als auch massiv in diverse Umweltprobleme verstrickt ist, wie z.B. den Klimawandel, die Regenwaldabholzung und die Gentechnik. Auch die genetische Manipulation berührt beide Bewegungen: zum einen die Umweltbewegung durch die „klassische“ genetische Manipulation von Pflanzen und zum anderen auch die Tierrechts-/Tierbefreiungsbewegung durch das Genpharming und die Xenotransplantation.
Weiterhin sei an dieser Stelle genannt, dass es auch für Debatten im Bereich Mensch-Tier-Verhältnis wichtig ist, dass es (neben anderen) ein offenes Medium gibt, in dem kontroverse Debatten ausgetragen werden können.

Die Rubrik „Mensch-Tier-Verhältnis“ kann Raum bieten für Theorien zum Mensch-Tier-Verhältnis, Aktionsberichte und -aufrufe, Berichte über aktuelle Debatten und Entwicklungen in der Tierrechts-/Tierbefreiungsbewegung, Hintergrundwissen zu den verschiedenen Tierausbeutungssektoren und praktische Tipps und Tricks zum Leben ohne Tierausbeutung.

Diesmal widmet sich die Themenrubrik „Mensch-Tier-Verhältnis“ vor allem direkten Aktionsformen. Zum einen durch den Artikel „Drückjagd gestört!“ -ein Aktionsbericht über eine lange vergessene Aktionsform. Zum anderen durch die Zusammenfassung direkter Aktionen gegen Betriebe der Tierausbeutung.

Scarlett

Drückjagd gestört!

Am 10. November 2012 bekam eine Gesellschaftsjagd im Steinbrücker Forst bei Lübeck unerwarteten Besuch: Vier Dutzend Tierbefreiungsaktivist*innen aus mehreren Bundesländern waren als Überraschungsgäste angereist und versperrten den Jägern durch ihre Anwesenheit das Schussfeld.



Im Vorfeld war die Jagd im Internet angekündigt worden. Seiten wie www.PremiumJagd.de sind hier empfehlenswerte Quellen; dort werden Jagdreisen kommerziell angeboten, in schönster kolonialistischer Tradition übrigens auch zur Großwild-Safari nach Simbabwe oder Namibia. Der Service: Alle wichtigen Faktoren für einen „erfolgreichen Jagdverlauf“ werden im voraus geprüft. So wollten auch in Steinhorst mehrere Drücker mit Hunden dafür sorgen, dass die aufgescheuchten Tiere den angereisten Schützen direkt vor die Gewehre laufen. Doch wenn auch viele Tiere beunruhigt durch den Wald liefen: Immer wieder kamen mit Warnwesten und Trillerpfeifen ausgerüstete Aktivist_innen dazwischen, scheuchten Tiere von den Hochsitzen weg oder standen einfach dabei, sodass den Jägern das Schießen vermiest wurde. „Die Jäger rechtfertigen ihr Morden damit, indem sie behaupten der Jäger müsste als Ersatz für Raubtiere regulierend in die Natur eingreifen. Fakt ist jedoch, dass die Wildtierbestände in diesen Breitengraden nie maßgeblich durch Fressfeinde, sondern vielmehr durch Winterkälte, Nahrungsmangel und Krankheit reguliert wurden. Auch dass sie den Wald vor Verbissschäden durch die Wildtiere schützen müssten, indem sie die Tiere bejagen ist Schwachsinn. Die Jäger bekämpfen nicht die Verbissschäden, sie verursachen sie: Die Tiere werden gerade in den Wald gelockt und gedrückt, zum einen, indem sie durch die Jagd scheu gemacht werden und zum anderen durch die

Wildtierfütterung. “ Widerlegt eine Aktivistin die Argumente der Jäger.

Laut Jagdrecht muss eine Jagd sofort unterbrochen werden, wenn sich unbeteiligte Menschen auf dem Gelände befinden. Normalerweise reicht dann ein polternd vorgebrachter Hinweis auf die Ordnungswidrigkeit der Jagdstörung, und die Spaziergänger*innen verziehen sich wieder. Nicht so am 10.11. – und auch wenn die Jagdleitung sich weigerte, die Jagd abzubrechen, konnte so den ganzen Tag kaum geschossen werden. Ein starker Kontrast zum anfänglichen Geballer, das angehoben hatte, kurz bevor die Störenden im Forst angelangt waren und die Hochsitze aufsuchten.



Hierbei muss gesagt werden, dass die Begegnungen mit Jägern sehr unterschiedlich verlaufen können. Viele geben sich gesetzestreu und legen ihre Mordwaffen weg, wenn mensch in ihr Blickfeld tritt. In der Regel ist die Aktionsform also ruhiger und unspektakulärer, als mensch meinen mag. Auch lustige Anekdoten kommen so zustande: Etwa von dem Jäger, der von seinem Hochsitz stieg, mit Waffe durch den Wald ging und dabei von Störer_innen konsequent verfolgt wurde, bis er sich überwand und ihnen entnervt seine Absicht offenlegte: „Verdammt, kann man denn hier nicht mal seine Notdurft in Ruhe verrichten!“, pflaumte dieser die Aktivist_innen an. Auch der Kontakt mit der von der Jagdleitung herbeigerufenen Cops war eher amüsant als stressig: Die Handvoll Dorfbullen war weder willens noch in der Lage, die Täter*innen einer Ordnungswidrigkeit (vergleichbar mit Falschparken) durch den Wald zu verfolgen; wenn sie mal wen erwischten, fehlten ihnen auch die repressiven Instrumente, um die Aktion wirksam zu unterbinden.



Es kann aber auch zu unschönen Konfrontationen kommen. Obwohl das Auftreten der Aktivist_innen an diesem Tag angesichts dieser Gefahr bewusst deeskalativ war, rastete einer der angereisten Killer aus, stieg von seinem Hochsitz und griff zwei Jagdstörer_innen schubsend und tretend an. Nachdem sie dem glücklicherweise unbewaffnet eher ungefährlichen Waidmann ausgewichen waren und sich kurz darauf seinem Hochsitz wieder
näherten, gab er einen Schuss in ihre Richtung ab. Er hatte schon vorher mit seinen Erfahrungen als Soldat in Afghanistan geprahlt und betont, er habe kein Problem damit, Menschen zu erschießen. Durch das generelle Chaos im Wald, das die Schüsse auf ein Minimum begrenzte, konnte die Aktion aber dennoch als voller Erfolg gewertet werden. Die Anzahl der Morde an diesem Tag wäre ohne eine Störung wohl um ein Vielfaches höher gewesen.

Fazit: Eine sinnvolle direkte Aktion, die unmittelbar Morde verhindert und Jäger*innen mit entschiedener Kritik an ihrem Handeln konfrontiert! Die gesellschaftspolitische Wirkung dürfte sich allerdings in Grenzen halten, sofern nicht auch ein Fokus auf Medienarbeit zu der Aktion gelegt wird. Die Nervosität, die eine Konfrontation mit bewaffneten militanten Fleischesser_innen mit sich bringt, zu überwinden, lohnt sich. Je mehr Störer_innen vor Ort sind, desto wahrscheinlicher wird die Jagd unter- bzw. abgebrochen und desto höher ist die Sicherheit für alle! Allerdings müssen alle Beteiligten ihre eigenen körperlichen wie nervlichen Grenzen kennen und ernst nehmen; für eine emotionale Vor- und Nachbesprechung sollte Raum sein. Eine gute Koordination der Aktion im Vorfeld wie in ihrem Verlauf gibt Sicherheit und erhöht die Effektivität enorm.



Alle Tage Jagdsabotage – in Steinbrück, und überall!

Wildferkel und Scarlett

„DIE DIREKTE AKTION, DIE SICH SCHON AUF ÖKONOMISCHEM GEBIET ALS ERFOLGREICH ERWIESEN HAT, IST IM BEREICH DES INDIVIDUUMS GLEICHERMAẞEN WIRKSAM. HUNDERTE VON ZWÄNGEN BEEINTRÄCHTIGEN DORT SEIN DASEIN, UND NUR HARTNÄCKIGER WIDERSTAND DAGEGEN WIRD ES ENDLICH BEFREIEN. DIREKTE AKTION GEGEN DIE BETRIEBSFÜHRUNG, DIREKTE AKTION GEGEN DIE AUTORITÄT DES GESETZES, DIREKTE AKTION GEGEN DEN ZUDRINGLICHEN, LÄSTIGEN EINFLUẞ UNSERES MORALKODEXES IST DIE FOLGERICHTIGE, KONSEQUENTE VORGEHENSWEISE DES ANARCHISMUS."

(Emma Goldman: Der Anarchismus und seine wirkliche Bedeutung. „anarchistische Texte 11", Libertad Verlag 1983, S. 15)

Unvollständige Zusammenfassung direkter Aktionen gegen Betriebe der Tierausbeutungsindustrie

Mai

Nacheinander wurden mehre Webseiten von Unternehmen, die mit Tierversuchen oder den verkauf von Pelz oder Leder Profit erwirtschaften, gehackt, verändert und/oder zeitweise außer Funktion gesetzt.

Am 2.05. wurden die Webseiten von Riccò Alete, einem Lieferanten von Laborequipment an den Tierversuchskonzern Green Hill, sabotiert. Zudem wurde die Webseite von SD Pellicceria, einem Pelzladen mit Filialen in Seriate und Milan, gehackt und verändert.Am 4. Mai wurde die Tierversuchswebseite der pro-animal research scientific association gehackt und verändert.

Am 10.05. wurde die Webseite von Marshall Pet Products (marshallpet.com), einem Partnerunternehmen des Tierversuchskonzernes Marshall BioResources, zeitweise außer Funktion gesetzt. Zudem wurde die Webseite eines Italienischen Pelz- und Lederkonzerns (gentili-fur.com/news.asp) gehackt und verändert. (Bericht hierzu auf Informa-Azione).

23.05. Farbanschlag auf Amtsgericht in Celle

Auszüge aus dem Bekenner_innenschreiben:

„Wir haben in der Nacht auf den 23. Mai 2012 die Fassade des Amtsgericht Celle mit Farbbomben verschönert und die Parole "Gegen Käfige und Knäste" darauf hinterlassen. Mit diesem Farbanschlag wollen wir unsere Kritik am Rechtsstaat und an Gerichten als unentbehrliche Bestandteile dessen zum Ausdruck bringen. ... So werden vor Gericht auch die Profitinteressen, die hinter der Schlachtfabrik in Wietze stehen, gegen den vielfältigen Widerstand durchgeboxt. Beispiel hierfür ist der Prozess, bei dem eine Schlachtfabrikgegnerin am 2. Mai in ihrer Abwesenheit verurteilt wurde. Sie soll sich bei der Besetzung des Schlachtfabrikbauplatzes im Sommer 2010 nicht frewillig von dem Gelände entfernt haben.

Unsere Aktion soll ein Zeichen sein gegen die beschriebenen Zwangsverhältnisse.

WIR WOLLEN NICHT HINNEHMEN DASS ANDERE ÜBER UNSERE LEBEN BESTIMMEN. LASST UNS HANDELN FÜR DIE EMANZIPATION ALLER LEBEWESEN!"

24.05. Anhörung zu zwei Mastanlagen im Celler Kreishaus gestört

Am 24.05. sollte im Neuen Kreisssaal von Celle den Anwohner_innen und Interessierten die Möglichkeit geben, die mehr als 500 eingebrachten Einwendungen gegen zwei Mastanlagen, die im Celler Land gebaut werden sollen, mit den Verantwortlichen des Kreises und den Vertreter_innen des Betreibers Christoph Lichthardt zu diskutieren. Hierzu kam es jedoch nicht. Während immer deutlicher wurde, dass dem Kreis wirtschaftliche Interessen mehr gelten als Bedürfnisse der betroffenen Menschen und Tiere, wuchs im Saal der Unmut der Anwohner_innen und Zuhörer_innen. Als eine Aktivistin das Wort ergriff, ließ Höhl diese durch die Polizei kurzerhand aus dem Saal werfen. Im Anschluss kam es zu lautstarken Protesten. Gegner_innen der Mastanlagen zeigten Spruchbänder, die sich gegen Tierausbeutung und Umweltzerstörung richteten. Der Großteil der Betroffenen und Zuhörer_innen solidarisierte sich mit dem Protest, stellte sich sogar schützend vor die Aktivist_innen, als die Polizei mit aller Gewalt begann, diese aus dem Saal zu werfen.

24.05. Tiertransporter für 7 Stunden blockiert

8 Aktivist_innen besetzten das Dach eines lähren Tiertransporters vor der Ausfahrt des Hühner Schlachthofs in Wietze bei Celle

Aus der Pressemitteilung der Aktivist_innen:

„Wir haben den Transporter besetzt, um direkt den Schlachtbetrieb zu Stören. In Wietze sollen Wöchentlich 2,6 Millionen lebende Tiere getötet werden um sie als Fleischprodukte auf

den Markt zu bringen. Für mich ist dieser Umgang furchtbar und auch in Anbetracht der Folgen auf die Umwelt nicht akzeptierbar.

DIESE AKTION RICHTET SICH NICHT NUR GEGEN DIESEN SCHLACHTHOF , SONDERN GEGEN DAS KAPITALISTISCHE SYSTEM IN WELCHEN DIE BEDÜRFNISSE VON INDIVIDUEN IMMER PROFITINTERESSEN ANGESTELLT WERDEN.
so eine der Aktivist_innen zu ihrer Aktion." Nach etwa sieben Stunden, verließen die Aktivist_innen den LKW wieder.

Juni

In Italien und der USA werden erneut die Webseiten von Tierversuchsunternehmen lahmgelegt
19.06., Italy: Anonymous activists have claimed responsibility for attacking the website of laboratory animal supplier Marshall BioResources. The website, www.marshallbio.com, was taken down temporarily. (Infos: Informa-Azione)

17.06., USA:
Anonymous activists have reported temporarily taking down the website of the pro-vivisection organization Americans for Medical Progress (www.amprogress.org) on May 29 and again on June 6.

Juli

15.07. „Fleisch ist Mord" auf dem Dach der Wietzer Mastanlage in Wendesse
Aus dem Bekenner_innenschreiben:
„„„Fleisch ist Mord" schrieben wir in der nacht auf den 15. juli in riesigen buchstaben auf dem mit solarzellen belegten dach der hühnermastanlage wendesse bei peine. dort werden bisher ca. 39000 fühlende individuen gefangengehalten. die tiere werden so gezüchtet und gehalten, dass sie in kürzester zeit höchstmögliches gewicht zulegen. nach 30 tagen lebenszeit sollen sie dann im wietzer schlachthof getötet werden...."

23.07. befreiten Tierbefreiungsaktivist_innen bei Cartagena in Spanien Hunderte Tunfische.

25.07. (UK) ALF Aktivist_innen befreiten über 200 Fasane und sabotierten Arbeitsgeräte
Aus dem Bekenner_innenschreiben:
"Zucker wurde in den Tank eines Traktors der Farm geschüttet. Das Gerat wurde damit zeitweilig, vielleicht für immer, außer Betrieb gesetzt. Zudem wurden über 200 Fasane aus ihrem Gefängnis in die Freiheit entlassen."

SOLANGE KÄFIGE VOLL SIND MÜSST IHR DAMIT RECHNEN, DASS SIE GEÖFFNET WERDEN.

Solange ihr Profit aus der Ermordung von Tieren schlagt, rechnet mit Gegenschlägen. Wir werden nicht aufhören bis jeder Käfig leer ist...
Tierausbeuter*innen nehmt euch in Acht, wir sind da! ALF

August

05. 08. Füchse von der letzten Fuchsfarm in Virgina (USA) wurden befreit und deren Käfige zerstört. Die ALF-Aktivist_innen brachen in die Farm ein, öffneten alle Käfige und befreiten alle gefangenen Füchse. Als alle nichtmenschlichen Tiere ihr Gefängnis verlassen hatten zerstörten die Aktivist_innen die Käfige und alle wichtigen Gerätschaften.

Am 6. 08. wurde ein Tierversuchslabor der University of Chile in Santiago von Tierbefreiungsaktivist_innen gestürmt.

07.08. Bern: Farbanschlag in und auf Pelzgeschäft verursacht ein Schaden von mehreren Hunderttausend Franken

8. 08. Mehrere Aktivist_innen stürmten das Forschungsgebäude der katholischen Universität in Santiago und störten eine Lehrveranstaltungen mit Versuchstieren. Dabei wurden die Fensterscheiben des Gebäudes zerschlagen und Tierbefreiungsslogans wurden hinterlassen. Keine der Aktivist_innen wurde verhaftet.

10. 08. Nach einem Bombenalarm sperrte die Polizei alle Straßen um die katholische Universität in Santiago

13.08. Tierbefreiungsaktivist_innen verschönerten das Auto von Dr. Benjamin Suarez, dem Direktor des Institute of Biomedical Sciences, University of Chile in Santiago. Suarez ist Teil der Tierversuchslobby an der Uni Chile. In einem Bekenner_innenschreiben ließen die Aktivist_innen verlautbaren: "Tierquäler haben Vor- und Nachnamen. Und wir kennen sie."

27.08. Aktivist_innen der Animal Liberation Front (ALF) befreiten Tausende Regenbogenforellen aus einer Zuchtfarm in Schweden.
Bekenner_innenschreiben:
"In der Nacht auf den 28. August besuchte die ALF die Umlax Fischfarm in Nordschweden. Mit Hilfe der Nacht und einigen Messern zerschnitten wir alle der 18 großen Netze der Fischfarm und erlaubten so über 520.000 (131 Tonnen) Fischen in die Freiheit in den Fluss Umea zu schwimmen. Anstatt weiter ein unsägliches Leben mit Stress und Krankheiten zu führen um am Ende ermordet, verkauft und gegessen zu werden, wurde über einer halben Million Individuen die Möglichkeit gegeben in Freiheit zu leben, Ent-

scheidungen zu treffen, auszuruhen und Fressen zu finden. Wir glauben nicht, dass sich die Fische darum sorgen, dass die Farm nicht versichert war, oder dass der Farmbetreiber ein Kopfgeld von 10.000 Euro ausgesetzt hat um die Befreier*innen zu fangen. Wir glauben die Fische leben jetzt ein Leben in Freiheit, ob dieses auch kurz oder lang sein wird spielt keine Rolle, im Vergleich zum Leben in der Hölle einer Fischfarm. Alle Tiere haben das Recht auf Freiheit!

LASST UNS IN DER NACHT NACH DRAUßEN GEHEN UND WEITER BEFREIEN! ALF"

September

08.09. Bei Kiev (Russland) wurden Straßen, die in Jagdgebiete führen, unpassierbar gemacht. So wurde beispielsweise die einzige Straße, die nach 'Zhukov Ostrov' führt, über eine weite Strecke zerstört und für motorisierte Fahrzeuge unpassierbar gemacht. In einem Bekenner_innenschreiben benannten die Aktivist_innen als Grund für ihre Aktion, den Zugang zum Jagdgebiet zu erschweren.

13.09. Pro-Jagd-Antrag der FDP abgelehnt - Aktivist_innen protestieren in Bezirksversammlung Hamburg-Wandsbek
15 AktivistInnen unterschiedlicher Hamburger Tierrechtsgruppen haben an der Bezirksversammlung in Hamburg Wandsbek teilgenommen, wo die lokale FDP Fraktion einen Antrag zur vermehrten Bejagung von Wildschweinen eingereicht hat. Die Sitzung begann mit einer Bürgersprechstunde, wo ein Aktivist von Tierbefreiung Hamburg die Gelegenheit nutze, um gegen die Jagd und das Vorhaben der FDP zu protestieren. Dr. Fischer von der FDP reagierte darauf, indem er lediglich in Frage stellte, ob denn das Wort "Mord" im Zusammenhang mit Tieren angebracht sei, da Tiere sich ja auch gegenseitig umbringen würden... Nach etwa einer halben Stunde begann dann die eigentliche Debatte um den Antrag, welche durch Zwischenrufe, Trillerpfeifen und ein ausgebreiteten Transparent gegen Jagd mehrfach kurz unterbrochen werden musste. Einige Aktivist_innen wurden im Zuge dessen des Saales verwiesen. Schlussendlich wurde jedoch recht bald deutlich, dass die FDP keine Mehrheit für ihren Antrag bekommen würde - tatsächlich scheiterte sie kläglich, da selbst Teile der CDU - sonst eher die politische Heimat der Jäger und Jägerinnen - den Antrag ablehnten.

In der Nacht des 18. 09. haben Aktivist_innen der Animal Liberation Front (ALF) in Ponte Alto / Modena die Fleischindustrie angegriffen. Durch einen Brandanschlag wurde ein Lastwagen, der zum Fleischtransport benutzt wurde, völlig zerstört.

Am 21.09. verübten Aktivist_innen der Animal Rights Militia (ARM) bei Reggio Emilia einen Brandanschlag auf einen Hot-Dog-Transporter und zerstörten diesen damit völlig.

22.09. 400 Rebhühner in Spanien befreit
Aus dem Bekenner_innenschreiben:
"Tierversuche, Zirkus, Milch, Pelz, Fleisch, Stierkampf ... basieren alle auf der selben Ungerechtigkeit. Diskriminierung von Individuen aufgrund ihrer Spezieszugehörigkeit. Wir haben erkannt, dass es nur möglich ist dies alles zu beenden, wenn dem Speziesismus ein Ende gesetzt wird. Aber in diesem sehr langsamen Prozess ist es notwendig, dass wir alles dafür tun, möglichst viele Tiere aus ihren Käfigen zu befreien. Freitagnacht, zwischen dem 21. und 22. September, brach eine kleine Gruppe von Menschen in solch einen Ort ein, der den Speziesismus verkörpert; eine Rebhuhnfarm in der Provinz Toledo. Und nur wenige Wochen vor Beginn der Jagdsaison schnitten wir große Löcher in einen der Käfige. Dann betraten wir den Käfig und brachten die Rebhühner in Richtung des Fluchtweges. Über 400 konnten in die Freiheit entkommen. Als wir uns entfernten konnten, wir sie in den nahegelegenen Feldern fliegen und rennen hören.

DIESE ART VON AKTIVISMUS IST EINFACH UND EFFEKTIV, JEDE_R DIE WILL KANN SIE DURCHFÜHREN.
Animal Liberation Front."

Oktober

Am 3.10. verübten Aktivist_innen der Animal Liberation Front (ALF) einen Brandanschlag auf eine Lederfabrik in Kumla (Schweden). Nachdem ein Anschlag vor einigen Wochen gescheitert war, brannte die Lagerhalle des Lederhändlers diesmal völlig aus.

07.10 Brandanschlag auf Fahrzeug einer Lederfabrik in Schweden
Bekenner_innenschreiben:
"In der Nacht des 7. Oktober besuchten wir den Besitzer von Jerndahls skins and leather in Kumla. Eines ihrer Fahrzeuge wurde in Brand gestzt. Das ist nur eine Warnung, was passieren wird wenn du nicht SOFORT deine Beteiligung am blutigen Handel mit Häuten beendest!!! DBF (ALF)"

07.10. Brandanschlag auf Schlachthof in Italien
Bekenner_innschreiben:
"In der Nacht des 07.Oktober 2012 brachen wir in den Schlachthof von Colle Val d'Elsa (Siena) ein und setzten alle elektronischen, sowie die Lüftungssysteme in Brand, zudem setzten wir alle Maschinen außer Kraft... In Gedenken an all die Tiere, die in diesem Schlachthaus ermordet wurden. ALF"

10.10. Farbanschlag auf Metzgerei in Essen
Bekenner_innenschreiben:
"In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag haben wir auf eine Metzgerrei in Essen-Steele 'Butcher Scum better run' 'Murder' & 'A.L.F' mit schwarzer Farbe gesprayt. Es wird auch in Zukunft mit den Tierausbeutern und desgleichen kein Frieden geben."

19.10. In Italien werden mehrere MC Donalds Filalien angegriffen
In der Nacht vom 18. auf den 19. Oktober haben Tierbefreiungsaktivist_innen in Turin mehrere Mc Donald´s Restaurants angegriffen und z.T. schwer beschädigt. Bei fast allen Restaurants wurden die Fensterscheiben eingeworfen. Zudem wurden die Türschlösser verklebt und Slogans gegen Tierausbeutung hinterlassen.

24.10. Tierschützer_innen sägen Hochsitze ab
Der Rhein Main Extra Tipp berichtet darüber, das in den letzten Wochen in der Region zu zerstörten Hochsitzen gekommen ist. Dazu folgendes Zitat:
„Es macht kein Spaß mehr ein Jäger zu sein, denn wir werden oft angefeindet“,
sagt der Dietzenbacher Jäger Christian Peter. Auch in seinem Revier zwischen Offenthal und Dietzenbach wurden schon oft Hochsitze zerstört. So oft, dass er die meisten gar nicht wieder aufbaut.

24.10. Zerstörte Hochsitze
Die Hessische/ Niedersächsische Allgemeine berichtet über einen zerstörten Hochsitz: „Hann. Münden. Im Wald am kleinen Staufenberg zwischen Hermannshagen und Wiershausen wurde ein Hochsitz beschädigt. Unbekannte haben den Hochsitz vermutlich um getreten. Von den Täter fehlt jede Spur. Der Vorfall ereignete sich zwischen Mittwoch und Sonntag. Der Schaden wird auf rund 1500 Euro geschätzt.“

29.10. ALF Aktivist_innen verübten Brandanschlag auf Umspannstation - Soliaktion für anarchistische Gefangene
Auszüge aus dem Bekenner_innenschreiben: "Wir senden unsere feurigen Grüße an unsere anarchistischen Freund_innen im Gefängnis: Yana Terenina und Aleksandra Dukhanina. Wir nutzen diese Möglichkeit um an Yana Terenina und ihr Schicksal zu erinnern. Sie wurde nach einem Vorfall nahe der Shoppingmall ´Atrium´ in Moskau ins Gefängnis gesteckt. Bei dem Vorfall ging es um einen Kampf zwischen Yana und einer Pelzträgerin. Während des Kampfes griff plötzlich der Ehemann der Pelzträgerin ein, während diese eine Schere als Waffe einsetzte. Später entschied ein Richter, dass Yana und ihr Freund Maksim einen ´bewaffneten Raubüberfall´verübt hätten. Die Pelzträgerin lehnte jede Art der friedlichen Lösung des Konfliktes ab. Aleksandra Dukhanina erwartet ein Gerichtsverfahren im Bezug auf öffentlichen Ungehorsam während der Massenproteste am 06/05/2012, als die Polizei die Gewalt provozierte. In der Nacht vom 28. auf den 29. Oktober haben wir eine Umspannwerk zerstört, das ein Jagdgebiet bei Tver mit Energie versorgte. ... Wilde Schweine, ALF-FAI"

November

03.11. Drohungen gegen Boehringer Ingelheims Tierversuchslabor in Hannover.
Aus der Hannover Allgemeinen Zeitung:
„Militante Tierschützer haben am Freitag in Kirchrode die Bombenentschärfer der Polizei auf den Plan gerufen. Der Wachdienst des Tierimpfstoffherstellers Boehringer hatte gegen 6.40 Uhr vor dem Gelände an der Bemeroder Straße eine verdächtige schwarze Sporttasche entdeckt. Beim vorsichtigen Blick in die Tasche entdeckte ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes einen Drohbrief. In dem Schreiben wird zur Sabotage von Tierversuchen und Tierfabriken aufgefordert und zur Wiederaufnahme des Protests gegen das Unternehmen aufgerufen.“

10.11. Italien Brandanschlag von ALF Aktivist_innen zerstört Fleischfabrik und alle LKW darin Bekenner_innenschreiben:
"In der Nacht des 27. Oktober 2012, besuchten wir eine Fleischfabrik in Troghi, Florenz.
Wir brannten die Fabrik mit allen Lastwagen darin nieder...
Keine Ruhepause für Folterer! Tierbefreiung - koste es was es wolle! ALF"

Die Bekenner_innenschreiben und Aktionsberichte wurden zum Teil gekürzt und der Internetplattform Linksunten.indymedia.org entnommen. Die Originalfassungen sowie Originalquellen sind dort unter der Kartegorie Antispeziesismus & Tierrechte zu finden.

„Zusammen zum Ziel!" - Workshopwochenende zu Intersektionalität und Aktivismus in Braunschweig

Vom 12. bis 14. Oktober fand in Braunschweig ein Wochenende mit Workshops, Vorträgen und Diskussionen rund um die Zusammenhänge verschiedener Herrschaftsmechanismen statt. Dabei wurden Positionen aus unterschiedlichen Strömungen ausgetauscht, denen die Analyse von und der Kampf gegen unterdrückende Machtverhältnisse gemeinsam ist.

Organisiert wurde das Wochenende als Auftakt einer kleinen Kampagne, die unter dem Slogan „Zusammen zum Ziel!" die Interdependenzen[1] der Macht untersuchen und angehen will. Das bedeutet auch, die wechselseitigen Abhängigkeiten verschiedener emanzipatorischer[2] Strömungen ebenso zu erkennen wie ihre jeweilige Verstrickung in teils schwer zu überblickende Machtverhältnisse. Fragen, die hier gestellt wurden, umspannten also ein weites Feld: Wie hängen beispielsweise Kapitalismus und Speziesismus zusammen, und was ist das Verhältnis der beiden Phänomene zum Sexismus? Zeugt die Unterrepräsentation von People of Color[3] in z.B. der Tierbefreiungsbewegung von unterliegendem Alltagsrassismus? Wenn wir sprechen, für wen sprechen wir – für uns, oder versuchen wir, andere dabei zu vertreten? Was für eine Sozialisations- und Privilegierungsgeschichte schwingt in dem Gesagten mit? Aus welcher Position im Netz der Unterdrückung nehmen wir wahr, denken und handeln wir?

INTERSEKTIONALITÄT – WAS IST DAS EIGENTLICH?

Das Programm begann mit einer Einführung in die Ansätze der Unity of Oppression und der Intersektionalität.. Die Idee des Unity of Oppression baut auf die These der Triple Oppression auf, nach der Kapitalismus, Sexismus und Rassismus als gleichermaßen wichtige Unterdrückungsmechanismen nebeneinanderstehen und interagieren. Der aus der Tierrechtsbewegung der 90er stammende Unity of Oppression – Ansatz erweitert die genannten Machtverhältnisse noch um das des Speziesismus und öffnet das Modell auch für weitere Ergänzungen.

In der Intersektionalitätsforschung geht es ebenfalls um die Interaktionen und Interdependenzen von Unterdrückung. Ihre Wurzeln und ihre Urheberinnenschaft sind im Black Feminism zu verorten, der in den 70er Jahren begann, den Befreiungskampf Schwarzer Frauen als mehr als ein jeweiliges Anhängsel der Feministischen und der Schwarzen Bewegungen zu begreifen. Die besondere Situation von Menschen an der Intersektion, d.h. der Kreuzung von Rassismus und Sexismus bedarf einer speziellen Analyseperspektive, um sie zu verstehen und verändern zu können. Denn hier geht mehr von statten als eine bloße Addition von Rassismus und Sexismus; es kommen Diskriminierungen von Schwarzen Frauen hinzu, die weder Schwarze Männer noch Weiße Frauen so treffen würden.

Von diesem Punkt ausgehend hat die Intersektionalitätsforschung das Denken und Handeln von Sozialwissenschaftler_innen und Aktivist_innen vieler Richtungen geprägt. Sie kann gesellschaftliche Verhältnisse präziser darstellen als etwa klassisch-marxistische Ansätze mit ihrer alleinigen Kapitalismus-Fokussierung. Allerdings kann ihre Komplexität verwirrend und sperrig wirken, weshalb auch in vielen politischen Gruppen und Organisationen nach wie vor gilt: Single Issue[4] ist leichter vermittelbar, pragmatischer, kurz: sinnvoller. Während dies als eine Strategie allen offen steht, sprachen sich die_der Referent*in wie auch viele Diskussionsteilnehmer_innen gegen Strategien aus, die aus „pragmatischer" Ignoranz anderen Befreiungsbewegungen in den Rücken fallen (sexistische PETA-Reklamen[5] sind ein zu Recht häufig kritisiertes Beispiel). Wenn größtmögliche Freiheit für alle das Ziel ist, dann muss die Gegnerin Herrschaft als solche heißen – egal, in welchem konkreten Zusammenhang sie sich manifestiert.

In einem vielfältigen Programm ging es im Folgenden einführend um verschiedenste Formen von Herrschaft und Unterdrückung, ihre Zusammenhänge und unsere Position darin. Hervorgehoben werden sollen an dieser Stelle aus Platzgründen nur einige:

GESUNDE BEWEGUNG?

Udo Sierck (www.udosierck.de) gab in einem beeindruckenden Vortrag einen Überblick über die Geschichte, Theorie und Praxis der politischen Behindertenbewegung.

Es ist leider nicht sehr üblich, dieses Thema in linksradikalen Zusammenhängen zu bedenken und in die politische Praxis zu integrieren: Diese Leerstelle äußert sich in verhältnismäßig seltener Zusammenarbeit und praktischer Solidarität, aber auch bereits bei der längst nicht immer gegebenen Barrierefreiheit bei Kongressen oder Treffen. Ableism[6] betrifft viele Millionen Menschen allein in Deutschland direkt; letztlich werden auch alle anderen von gesellschaftlichen Konzepten von Schönheit, Gesundheit und Körperlichkeit geprägt. In akademischen Intersektionalitäts-Diskursen spielt das Thema seit vielen Jahren eine größere Rolle - allerhöchste Zeit, es auch stärker in politische Analysen und Strategien mit einzubeziehen!

SPRECHER_INNENPOSITIONEN UND DIE TRIVIALISIERUNG VON GEWALT

À propos Relativierung [TRIGGERWARNUNG – im folgenden Absatz wird sexualisierte Gewalt thematisiert]: Vergleiche, die etwa den Holocaust mit dem Morden an anderen Tieren oder Vergewaltigungen mit der Behandlung sog. „Milchkühe" in ein Verhältnis setzen, problematisierte die vegane Bloggerin Viruletta (zu lesen auf viruletta.blogsport.de und maedchenmannschaft.net) überzeugend in ihrem Workshop. Diese Vergleiche sind weder zielführend noch vertretbar, weil sie die Besonderheiten und Kontexte der jeweiligen Taten außen vor lassen. Sie sind nicht korrekt, denn etwa die regelmäßigen Zwangsschwängerungen einer Kuh fügen sich ein in einen vollkommen anderen, von ökonomischen Erwägungen geprägten Zusammenhang ein als die Vergewaltigung einer Frau, die immer im Kontext Patriarchaler Herrschaft, einer permanenten Bedrohungs- und Dominanzsituation zu sehen ist. Es geht also um die eigentliche Bedeutung der Tat, die sich auf weit mehr beläuft als das gewaltsame Eindringen in einen Körper (und von diesem Aspekt nicht einmal abhängt). Sie darauf zu reduzieren, wäre eine Verharmlosung. [TRIGGERWARNUG aufgehoben.]

Zudem ist die Gleichsetzung von Menschen mit Tieren zwar generell im antispeziesistischen Sinne, jedoch ist darauf zu achten, wo genau und gegenüber wem sie konstruktiv ist. Ausgerechnet und spezifisch die Betroffenen unterdrückerischer Gewalt auf die kulturell niedrig bewertete Stufe von anderen Tieren zu stellen, hat wohl kaum emanzipatorischen Charakter. Wenn jemensch die Parallelen solcher Phänomene aufzeigen kann, dann sind es Betroffene selbst; sich als Nichtbetroffene_r, d.h. hier Privilegierte_r, das Recht zu nehmen, diesbezüglich zu urteilen, hat weniger mit Gleichberechtigung oder Objektivität zu tun als mit mangelnder Reflektiertheit. Zumal es oft auf Flyern, Postern etc. geschieht, die dann auch keinen Raum für Differenzierungen oder Hintergründe bieten. Das Grauen, das den anderen Tieren angetan wird, ist an und für sich ausreichend furchtbar – eine Gleichsetzung mit anderen Gräueln ist also weder notwendig, noch sinnvoll, und schon gar nicht die erneute Verletzung Betroffener wert.

WAS BEDEUTET DAS ZUSAMMENKOMMEN VERSCHIEDENER MACHTVERHÄLTNISSE FÜR UNS?

In einem so betitelten Workshop brachte die Wissenschaftlerin und Trainerin Urmila Goel (anders-deutsch.blogger.de, urmila.de) den Teilnehmenden Ansätze des Umgangs mit eigenen Privilegien und Marginalisierungen nahe. Privilegiertheit ist hier keine Einbahnstraße – vielmehr ist eine vielschichtige, ambivalente Positionierung im Netz der Macht die Regel. Das bedeutet, dass Menschen im einen Verhältnis privilegiert sein können, bspw. als Weiße Deutsche. Gleichzeitig aber können sie wirtschaftlich benachteiligt und körperlich behindert sein. Es gibt also keine eindeutig identifizierbaren Täter- und Opfergruppen; vielmehr sind verschiedene Menschen in verschiedenen Unterdrückungsverhältnissen unterschiedlich betroffen, gehören zur Norm oder werden als „anders" konstruiert und benachteiligt. Klare und allgemeine Schuldzuweisungen sind somit kaum möglich, vor allem aber auch wenig zielführend: Angestrebt wird ja eine Veränderung der Ungerechtigkeiten, und diese braucht Verantwortungsgefühl, kein lähmend schlechtes Gewissen oder Selbstbild.

Da also wohl alle hier oder da von Herrschaft eher profitieren, anderswo marginalisiert werden, können Privilegien strategisch gegen die eigene Unterdrückung eingesetzt werden. Etwa, wenn eine Frau ihren Status als bürgerliche Intellektuelle nutzt, um einen proletarischen Sexisten an die Wand zu reden. Problematisch wird es,

wenn solche ja stets gewaltvollen Methoden sich verselbständigen und die Reflexion der eigenen Position dabei auf der Strecke bleibt.
Andere Privilegien lassen sich zumindest ein Stück weit teilen, etwa nach dem Modell des Powersharing. Dies ist ein Weg, Privilegien wirklich zu dekonstruieren, indem sie zwischen einer Bevorteilten und einer oder mehreren Benachteiligten Person(en) aufgeteilt werden.Allerdings ist auch das nicht ohne Haken und Komplikationen möglich: Will mensch beispielsweise Geld teilen, ist es nicht immer einfach, das Bild einer_s gütigen Helfer_in zu vermeiden. Hierzu ist es nötig, die jeweilige Ressource bedingungslos zu teilen, sich also kein Sanktionsrecht einzuräumen und zu respektieren, dass Marginalisierte durchaus andere Entscheidungen treffen können, als es Privilegierten in den Kram passt. Aber was, wenn die so unterstützte Person oder Gruppe sich überlegt, damit nun völligen Mist anzustellen? Wenn etwa das Geld zur Eröffnung einer Schlachterei genutzt werden soll? Dann muss mensch sich entscheiden zwischen konsequentem Powersharing und der Möglichkeit einer Intervention. Benachteiligte Menschen sind eben auch Menschen in einem schadhaften System, keine Engel oder Held_innen.
So stellt sich dann auch die Frage, mit wem mensch sich solidarisiert: Ein besetztes Haus, aus dem sexistische Übergriffe bekannt worden sind, wird polizeilich geräumt – Zeit für feministischen Jubel oder anarchistische Angriffe auf den Staat, oder beides? Je differenzierter eine Reaktion ausfällt, desto schwerer vermittelbar ist sie u.U. wieder auf der politischen Ebene.

Perfekte Patentlösungen gibt es in solchen Fällen keine; oft müssen Mehrdeutigkeiten und Konflikte ausgehalten und auch mal Fehler gemacht werden, um einen Weg aus dem Dilemma zu finden. Das soll jedoch kein Freifahrtsschein für Beliebigkeit oder Passivität sein: Auch eine unterlassene Handlung hat Folgen, und dass viele imperfekte Möglichkeiten existieren, heißt nicht, dass nicht einige doch besser wären als andere.

FAZIT

Eine intersektionale Perspektive kann gesellschaftliche Verhältnisse präziser erfassen als so manches orthodoxes Paradigma[7]. Ihre Komplexität wirkt dabei jedoch leicht sperrig, unhandlich und kompliziert. Sich dieser Herausforderung zu stellen, Vielschichtigkeit, Facettenreichtum und Verwobenheiten der Realität in die politische Theorie und Praxis einzubinden scheint jedoch auf dem Weg Richtung befreiter Gesellschaft unabdingbar. Wie dieses Konzept für einen radikalen und entschlossenen Aktivismus praktikabel gemacht werden kann, konnte an diesem Wochenende nur angerissen, sicher nicht abschließend geklärt werden. Aber es wurde einer von vielen kleinen nötigen Grundsteinen gelegt, um von der theoretischen Analyseperspektive der Intersektionalität / Interdependenz zu einer politischen Agenda zu gelangen.

Scarlett für „Zusammen zum Ziel!"

Fußnoten:
1.Interdependenzen: Wechselseitige Abhängigkeiten, Verwobenheiten, Verschränkungen. Verdeutlicht, dass Unterdrückungsverhältnisse nicht losgelöst und für sich bestehen, sondern einander beeinflussen und formen.
2.Emanzipatorisch: sich frei machend, Autonomie erlangend oder anstrebend. Gilt für alle Bewegungen, die eine befreite Gesellschaft zum Ziel haben, anstatt z.B. „den Armen zu helfen" oder ähnliche Ansätze von oben herab zu wählen.
3.People of Color (POC): Nicht zu übersetzende Selbstbezeichnung vieler von Rassismus Betroffener.
4.Single Issue: eine eindimensionale Agenda bezogen auf ein einzelnes Machtverhältnis, z.B. Tierrechtspolitik ohne generelle Herrschafts- und Kapitalismuskritik.
5.Sexistische PETA-Reklamen: Siehe bei Interesse bspw. die Kritik an PETA's „BWVAKTBOOM"-Spot auf den Blogs http://lenaschimmel.de/wordpress/index.php/2012/636/ oder http://idogiveadamn.blogspot.de/2012/02/alle-die-nicht-verstehen-was-mich-peta.html.
6.Ableism / Ableismus: die Diskriminierung nach körperlichen oder geistigen Fähigkeiten, wobei diese nie abgelöst von sozialen Kontext zu bestimmen sind.
7.Paradigma: im wissenschaftlichen Kontext eine Art „Brille" oder ein Rahmen zur Interpretation von Sachverhalten.

Mehr Abos für das grüne blatt:

✔ **Damit wir das grüne blatt besser kalkulieren können und um zumindest einen Teil der Herstellungskosten zu finanzieren, suchen wir weitere AbonnentInnen.**
Überleg doch, ob du das grüne blatt abonnieren möchtest und frag auch andere Leute danach. Den Abo-Schnippel findest du ganz hinten im Heft.

...und was mache ich jetzt?!

14. - 16. Dezember 2012 (Freitag ab 18 Uhr, Sonntag bis 15 Uhr in Braunschweig im Nexus (Frankfurter Str. 253): Prozesstraining!
Anlässlich aktuell laufendender Strafverfahren (wg Straftaten, die sich angeblich während der Critical Mast Aktionsfahrradtour ereigneten), organisieren wir ein Training zur Vorbereitung auf kreativ offensive Prozessführung. Das Training richtet sich sowohl an Angeklagte, die sich selbst verteidigen wollen, an Unterstützer_innen im Publikum als auch an Menschen, die mit den oben benannten Verfahren nichts zu tun haben.
Zum Inhalt des Wochenend-Seminars: Ziel ist, Prozesse zur Einschüchterung politischer Aktivist_innen offensiv zu gestalten. Grundlage ist die Vermittlung von Basiswissen zur Selbstverteidigung gegenüber der Justiz um Ängste vor Gerichten, Richter_innen und der Justiz überhaupt abzubauen. Dazu gibt es u.a. ein Rollenspiel, in dem eine Gerichtsverhandlung mal "probiert" werden kann.
Da Das Training nur mit einer Mindestanzahl von 7 Teilnehmer_innen stattfinden kann, ist es notwendig das du dich verbindlich anmeldest. Bitte gebe bei deiner Anmeldung auch an, wenn du für die Zeit des Seminars einen Schlafplatz benötigst.

18. - 20. Januar 2013 in Braunschweig - Kampagnenbüro
Seminar: Pressearbeit für Aktivist*innen (mit großen Praxisteilen)
Du hast Lust, gemeinsam mit anderen Aktivist*innen an Deiner Öffentlichkeitsarbeit zu feilen, an Pressemitteilungen und spontanen Statements zu arbeiten und überzeugendes Auftreten zu trainieren? Dann ist dies Dein Seminar!
Teilnahme, Verpflegung und Unterkunft gegen Spende.

weitere Termine:

Freitag, 14. Dezember 2012, 20Uhr: Jod und Katastrophenschutz bei einem atomaren Unfall, Volkshochschule Biberach Schulstr. 8

Mittwoch, 19. Dezember 2012, 19Uhr: Sexarbeit in Europa -- zwischen Arbeitsrechten und Entrechtung, Göttingen ver.di-Haus, Großer Saal, Groner-Tor-Str. 32

4. - 21. Februar 2013: Bauwochen Innendämmung Dachboden, Projekthaus Mannsdorf
parallel dazu oder direkt nach dem Fundraising-Training: Seminar zu Baum- und Heckenpflege & Zaunbau aus Wildholz
www.kein-schoener-wohnen.de.vu

23. Februar - 3. März 2013: Fundraising-Training im Projekthaus Mannsdorf
www.kein-schoener-wohnen.de.vu



Quelle: privat

9. März 2013: Menschenkette gegen Atomenergie, Paris
http://chainehumaine.org/

25. - 31. März 2013: Bauwoche Elektroinstallation Dachboden, Projekthaus Mannsdorf

14. bis 16. Oktober 2013: European Commission EURADWASTE '13 conference in Vilnius

dauerhaft/noch ohne Termin: Rechtsstaat versenken/ über das Foto freuen

Minnesota-Buffalo Walk For A Nuclear Free Future from Minnesota to Buffalo 2013 (USA)

www.kein-castor-nach-ahaus.de

Wendland-Castor 2014
www.nuclear-heritage.net

grünes blatt Fahrplan 2013

Ab sofort gibt es konkrete Termine rund um die Produktion und das Erscheinen des grünen blatts. Macht mit, schreibt Artikel, beteiligt euch an einer Themenredaktion oder helft beim Layout! Die Termine findet ihr unten, oder kontaktiert uns per Mail, wenn ihr Fragen habt.

Parallel zur Zeitschrift wollen wir in Zukunft passende inhaltliche und methodische Begleitveranstaltungen anbieten. Zum einen bieten sich unsere Layoutseminare, in denen wir die jeweils nächste Ausgabe erstellen, an, sich Fähigkeiten an zu eignen. Außerdem gibt es verteilt übers Jahr weitere Workshops zur Kompetenzerweiterung im Medienbereich. Darüber hinaus dürft ihr euch fürs kommende Jahr auf inhaltlich vertiefende Begleitveranstaltungen zu den jeweiligen Titelthemen freuen! Die Termine werden in der jeweiligen Ausgabe angekündigt.

Ihr könnt uns übrigens auch beim Versand der grünen blätter oder durch Korrekturlesen der Artikel helfen. Schreibt an mail@gruenes-blatt.de, wenn ihr mitmachen wollt!

Methodenworkshops:

Presseseminar in Braunschweig 18. - 20. Januar (Anmeldung an libri@riseup.net)
Fundraising – Training in Döbeln 23. Februar – 3. März (Anmeldung an falk@greenkids.de)
Wiki-Workshop in Döbeln 15. - 17. März (Anmeldung an falk@greenkids.de)

Layoutseminare:

Ausgabe Sommer 2013
22.- 29. März in Braunschweig
Ausgabe Herbst 2013
2.-8. September 2013 in Döbeln
Ausgabe Winter 2013/2014
25. November – 1. Dezember 2013 in Döbeln

Redaktionssitzungen:

Ausgabe Herbst 2013
15./16. April in Döbeln
Ausgabe Winter 2013/2014
30. September/ 1. Oktober in Döbeln
Ausgabe Frühjahr 2014
16./17. Dezember in Döbeln

Einsendefristen für Artikel:

Ausgabe Sommer 2013 - 21.März 2013
Ausgabe Herbst 2013 - 1. September 2013
Ausgabe Winter 2013/2014 - 24. November 2013

Wichtig: Da uns viele Artikel immer wieder zu spät mitten im Layout erst erreichen, werden wir die Deadlines ab sofort strikt durchziehen. Stellt eure Artikel also pünktlich ins Wiki oder schickt sie uns rechtzeitig zu!

ISSN 1612-2186

